

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit Illustration Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montagen.

Die Infections-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Bericht- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inzerate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Kassenprüfer: Am I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Sonntag, den 12. Dezember 1897.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Quittung.

Im Monat November gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Altona, die Arbeiter der Fabrik S. P., Winklerplatz 13.—
 Fischerleben, v. d. Genossen durch Gr. 20.— Berlin, Beiträge der
 Wahlkreise: 2. Nr. 400.— (darunter O. W. 20.—, Freund Wickersberger
 3.—, G. L. 8.—, Dampfbohrer Steglitz 3.—, Uebersch. v. Wahr. Jaf. 3.
 52). 3. Nr. 900.— (darunter S. G. W. 35.—, aus Stephan's
 Kreisen M. Rg. 30.—), 4. Nr. Süd-Ost 1000.— (darunter S. O.
 100.—), 6. Nr., Oranienburger Vorstadt und Wedding 1800.—
 (darunter G. E. 3.—, Janke-Miegel 4,20, Polarlicht 2,20)
 6. Nr., Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen 800.—, 6. Nr.,
 Schönhauser Vorstadt 300.— (darunter vom plattdeutschen
 Genossen Schulze, Marienburgerstr. 20.—, alter Genosse, Buchholzer-
 Straße 1.—, Noll avert 6.—) Berlin, diverse Beiträge:
 P. S. 50.—, N. B. 50.—, G. S. 5.—, Dr. L. H. 50.—,
 N. R. 40.—, Nothe Buchbinder, Grünstr. 5.—, Vergolder,
 Brangelstraße 5.—, Machetes 5.—, Von Mitgliedern der
 U. Dr. Oktober-Rosember 10,80. Fr. Engels 4.—, Ge-
 burtsjahr-Feier 1,25. Noabiter Geburtsjahr-Bl. 4,35.
 47 Arbeiter von Schuster u. Bar 13,45. Ans Dessau 1,50. Ueber-
 schuß einer Kranzspende.—, 50. Bamberg, Jäcklein Rohrbach 5.—,
 Sonn 21,33. Bernburg 10.—, Bochum, d. d. Vertrauensmann 50.—,
 Bern, P. L. 50.—, Cottbus, S. 10.—, Dresden-Alstadt, 5. jäh-
 rlicher Reichstags-Wahlkreis 500.—, Ernstthal in Sachsen,
 G. B. anlässlich seines fünfzigjährigen Jubiläum 15.—,
 Erfurt 50.—, Fallenberg (Oberschl.) 2.—, Freiburg, v. bairischen Ge-
 nossen 10.—, Grimma, von Lederarbeitern 5.—, Greiz und Um-
 gegend, von Genossen 50.—, Gießen, E. R. 5.—, Gera (Neuß) 50.—,
 Hamburg, S. R. Immoehr v. 1896 20.—, Hamburg, Elise Awerdtstr.
 5,50. Hamburg, 2. Nr. E. Lu. 10.—, Hamburg, Ostar 3.—, Hahndt,
 von Genossen 10.—, Hamburg, Holzkantion, Bremerstr. 9, 4,05.
 R. T. N. 74. Regt 10.—, Th. Horn 14,25. Sa. 28,30. Hannover
 1000.—, Jena, von Genossen zur Verabreichung d. „Kreuz-Zeitung“ 20.—,
 Lademsheld, W. R. 8,65. München, Waldhäuser 5.—, Wemel,
 von Genossen 10.—, Mülhausen i. G., gesammelt von Genossen im
 Lughof 4.—, Nürnberg a. L. ein Einsamer 10.—, Mannheim, von
 den Genossen 50.—, Mittweida, von den Genossen 15.—,
 Magdeburg-Buckau, An. 3.—, Neyschan, verbrannte Decke 3.—,
 Nieder-Brednis (19. sächs. Reichstags-Wahlkreis) von Genossen 3,20.
 Oranienburger, Lederarbeiter 10.—, Oberlangenbielau, von Arbeitern
 aus dem Gulegebirge 100.—, Ostbavländischer Wahlkreis 100.—,
 Offenburg i. B., von vier kleinen Sozen am Nikolausabend 3,35.
 Plauen i. B., von Genossen 100.—, Ploßhof, von den Genossen 200.—,
 Plemscheid, von zwei Metallarbeitern M. S. 3.—, Donnerkehl
 10.—, Sa. 13.—, Ruhla 40.—, Rudolstadt, Stangold 2,51.
 Rawitsch 20.—, Ronndorf, durch den Vertrauensmann 20.—,
 Schwelm 100.—, Schneberg, rother Fuhrmann 3.—, Schneberg,
 Bau-, Erd- u. gewerbliche Hilfsarbeiter 15.—, Saarbrücken, aus
 dem Königreich Stumm 10.—, Seesen, von organisierten Genossen
 15.—, Schönwalde i. M., frisch auf! 35,55. Schwerin a. B., von
 Genossen 3,35. Selbst, v. d. Genossen 50.—, Weida, rote Hochzeit
 2,50. Württemberg 50.—, Zwickau, 18. sächs. Wahlk. 200.—
 Unter den in der Nr. 204 des „Vorwärts“ als Grimmitzhan
 quitierten 300.— befinden sich folgende Einzelbeiträge: Nothe Kind-
 tanke P. S. d. S. 1,50. O. G. „Gardrobe“ 1.—, R. R. B. 5.—,
 U. Uersch. v. Böhren 1.—, G. J. I.—, R. R. 1.—, Nothe
 Hochzeit v. O. B. 3,15.
 Berlin, den 10. Dezember 1897.
 Für den Parteivorstand:
 H. Gerlich, Kasseführer. 9 I.

Zum englischen Maschinenbauer- Streik.

Unsere Genossin Cleanore Marx-Abeling sendet uns eine Betrachtung über den gegenwärtigen Stand des Streiks, über seine Aussichten und Folgen. Sie knüpft an eine Unterredung an, die sie alsbald nach Abbruch der Konferenz mit Barnes, dem Leiter des Maschinenbauer-Verbandes, gehabt hat. Auf die Frage: Was soll jetzt geschehen? erwidert Barnes:

„Unsere Leute werden die Bedingungen gewiß nicht annehmen. Reichtum und Hunger mögen uns schlagen, doch wir werden kämpfend fallen. Verzicht aber wird man uns nicht. Niemand kann unsere Bewegung auslöschen. Mögen auch die einzelnen im Kampfe fallen. Wir sind aber noch weit davon entfernt, geschlagen zu werden und wenn die englischen Arbeiter ferner uns zur Seite stehen, werden wir unser Ziel doch noch erreichen. Unter keinen Umständen werden wir unsere Flagge streichen.“

„Gibt es schon viel Leid unter Euch?“ fragt unsere Genossin weiter.
 „Ja, sehr viel,“ erwiderte Barnes. „Die Lage der Arbeiter ist schauerhaft. Aber ihr Verhalten ist ausgezeichnet. Der Winter ist schon eingezogen und die Kinder sind hungrig. Trotzdem sind wir noch voller Kampfeslust, das melden Sie auch dem „Vorwärts“.“

Dann sprach dieser Mann, dem jede Sentimentalität fern liegt, von der großartigen hochherzigen Hilfe, die ihnen aus allen Theilen der Welt, besonders aus Deutschland, geworden sei, und Thänen traten ihm in die Augen und ersticken seine Stimme. Wenn unsere Genossen es gehört und gesehen hätten, sie würden nicht wanken — und ich weiß, sie werden es auch nicht — in der Unternehmung eines Kampfes, der ihr Kampf ist, der Kampf ihrer Klasse.

„Und ich wiederhole nochmals: Was auch der Ausgang sein möge, der Sozialismus gewinnt in England. Lysak und Siemens wissen nicht, wie geschäftig und erfolgreich sie dem Kapitalismus sein Grab graben helfen. Inmitten all' dieser Qualen und Leiden

der Arbeiter ist der Gedanke ein Trost, daß das Schlussergebnis dieser „Zerschmetterung der Arbeiterverbände“ eine Zerschmetterung der Herrschaft des Kapitalismus sein wird. —
 Ähnlich läßt sich John Burns aus, der sich in hervorragender Weise an der Agitation für die Streikenden beteiligt hat, indem er im ganzen Lande Tugende von Versammlungen abhielt. Es wird immer klarer, schreibt Burns in einem Briefe an „Daily Chronicle“, daß es den Unternehmern darum zu thun ist, die Gewerkschaften völlig lahm zu legen. Den Despotismus in der englischen Industrie einzuführen, so wie er in Deutschland üblich, wo der Unternehmer allein zu bestimmen hat, unter welchen Umständen gearbeitet werden soll, das ist ihr Endziel. Dies zu verhindern haben die Maschinenbauer den Kampf aufgenommen und seit 6 Monaten mit bewundernswerther Ausdauer und Opfermuth gefüht.

Die Frage, ob die Arbeiter den Kampf werden weiter führen können, ist lediglich eine Frage des Geldes. Wird ihnen das in genügender Menge zur Verfügung stehen? Diese Frage glaubt Burns bejahen zu können, wenn nur alle Arbeiter ihre Pflicht thun, wie ein Theil sie bisher schon erfüllt hat. Die geplante Konferenz sämtlicher Gewerkschaften Großbritanniens sei notwendig, aber diese lasse sich nicht schnell genug zusammenbringen. Die einzelnen Gewerkschaften müßten sofort handeln.

„Seken die Unternehmer,“ so schließt Burns, „daß die gesammte Arbeiterschaft hinter den kämpfenden steht, so ist es immerhin noch möglich, daß sie einlenken. Sie stützen sich weniger auf ihre eigene Kraft, als auf die vermeintliche Schwäche der Arbeiter.“

Das Generalsekretariat der Maschinenbauer hat bereits an alle Vorstände der Gewerkschaften Englands und zum Theil des Auslandes ein Rundschreiben erlassen, in welchem es unter voller Anerkennung der bisher geleisteten Hilfe um weitere und noch ausgiebigere Unterstützung ersucht. Es heißt darin, daß die Arbeiter entschlossen seien, weiter zu kämpfen, selbst, wenn ihre Unterstützung etwas herabgesetzt werden müßte. Alle Gewerkschaften müßten hier zusammenstehen; es sei nicht mehr eine Sache der Maschinenbauer, sondern eine gemeinsame Sache der gesammten Arbeiterschaft.

Die öffentliche Meinung in England ist nach dem Bekanntwerden der von den Unternehmern gestellten Bedingungen noch mehr zu gunsten der Arbeiter umgeschlagen. Die Parlamentsmitglieder Sir Frederik Mazzin und Sir Edward Clarke haben in ungewöhnlicher Weise ihrem Mißfallen über die Haltung der Unternehmer Ausdruck verliehen. Lajo Brentano's Brief an die Streikenden, den wir gestern im Auszuge wiedergaben, hat in England einen guten Eindruck hervorgerufen. Von großer Bedeutung für die kämpfenden ist ferner die glückliche Wendung, welche der Konflikt in der Baumwoll-Industrie und derjenige der Eisenbahnen genommen hat. Die zwei starken und reichen Verbände der Eisenbahnen und der Baumwollspinner werden mit ihren Zuschüssen nun nicht mehr geizen.

Was die deutsche Arbeiterschaft anlauge, so hat dieselbe den Maschinenbauern gegenüber ihr Solidaritätsgefühl in so großartiger Weise bekundet, daß wir kaum nöthig haben, hier dazu noch besonders anfordern zu müssen. Die deutschen Arbeiter werden begreifen, daß es jetzt gilt, die bedrohten Rechte der Arbeiter zu schützen. Die Gewerkschaftsbewegung in England, dem klassischen Lande der Gewerkschaften, ruiniert, heißt auch der deutschen Gewerkschaftsbewegung schweren Schaden zufügen. Die deutschen Arbeiter werden daher nicht aufhören, die tapferen Kämpfer zu unterstützen — in ihrem eigenen Interesse.

Politische Uebersicht.

Berlin, 11. Dezember.
Aus dem Reichstage. Es gab eine Zeit, wo man den Statrednern aus dem Zentrum mit gespannter Aufmerksamkeit folgte, weil man aus deren Stellungnahme Schlüsse auf das Schicksal vorliegender wichtiger Vorlagen ziehen konnte. Diese Zeit ist vorbei, seit unter der glänzenden Führung des Herrn Dr. Lieber die Partei der Mitte mit ihrer oppositionellen Vergangenheit vollständig gebrochen hat. Was die Zentrumredner heute sagen und was die Presse dieser Partei schreibt, ist gleichgültig. Man weiß, daß das Gros der Partei jedesmal schließlich der Regierung zu Willen sein wird. Unter dieser Empfindung, haben heute die Ausführungen des Herrn Fritzen Hart gelitten. Derselbe bemühte sich ersichtlich, im Gegensatz zu der Lieber'schen Plottenrede, die schärfere Tonart zu markieren; er fand aber keinen Glauben dafür. Erwähnenswerth sind eigentlich nur die Ausführungen des Redners über den Zuellnsprung in der Armee, durch welchen besonders den gläubigen Katholiken der Eintritt in das Offizierskorps erschwert werde, und die Erklärung, daß seine Partei für eine Vermehrung der indirekten Steuern unter keinen Umständen zu haben sei. Man wird gut thun, besonders die letzte Konfession sich vorzunehmen.
 Der Kriegsminister v. Soller suchte die Zuellnsprünge des Zentrums zu beruhigen, indem er bestritt, daß in einzelnen Regimentern der Eintritt in das Offizierskorps von

der Stellung zum Duell abhängig gemacht werde. Weiter verwies der Minister auf die günstigen Erfolge des kaiserlichen Duellverlasses, indem seit demselben nur mehr zwei Duelle unter Offizieren, und zwar in Stargard und Bremen, stattgefunden haben. Zu diesen gaben schwerste Verletzungen der häuslichen Ehre Anlaß und für solche Fälle erscheint auch dem Minister das Duell die einzig mögliche Form der Genugthuung. Porin die Genugthuung bestehe, wenn der Schänder der häuslichen Ehre dem Geschädigten ein Loch in den Leib schießt, darüber blieb Herr v. Soller die Antwort schuldig.

Für die Konservativen nahm heute Herr v. Leipzig das Wort. Derselbe begann seine Rede mit einem Gesellschafter für den Grafen Caprivi, welcher es nicht verstanden habe, das Bismarck'sche Erbe zu erhalten, und mit einem Lob auf die neueste Regierung und ihre Erfolge in Haiti und China. Sonst trug der Herr nur agrarische Gemeinplätze vor, worunter besonders die Doppelwährung einen breiten Raum einnahm.

Kurz nach 3 Uhr ergriff Bebel das Wort, um dasselbe bis kurz vor 5 Uhr zu behalten. Den Jubel der meisterrhasten Ausführungen in einer kurzen Skizze auch nur andeutungsweise wiederzugeben, ist unmöglich. Der Redner begann damit, den Herrn Kriegsminister zu ersuchen, seinen Rath, die Ehre des Nebenmenschen so zu achten, wie man die eigene Ehre geachtet wissen will, auch dahin zu richten, daß Provokationen großer Parteien in Zukunft unterbleiben und dadurch nicht Gegenüberstellungen veranlaßt werden, die dann schließlich vor den Strafgericht führen.

Für die Unterstützung der Landwirtschaft erklärte sich Bebel namens der Partei bereit, soweit dieselbe ohne Schädigung der Konsumenten möglich sei. Unser Redner wies dann auf den Unfall des Zentrums in der Flottenfrage hin und hob hervor, daß der Flottenbewilligungsreifer der Bourgeoisie sich nur daraus erkläre, daß die herrschenden Klassen es bisher verstanden haben, die Kosten von sich ab und auf die Schultern der Massen zu legen. Müßten unsere Bourgeois, statt in patriotischen Redensarten zu wachen, einmal die Kosten für das Heer und die Marine aufbringen, dem Militarismus entsünde in jenen Kreisen eine Gegenpartei, die weit über die Opposition der Sozialdemokratie hinausginge. Bebel führte dann die Fesseln für die Wehrlasten vor zehn Jahren und heute an, um zu zeigen, in welcher Weise sie gewachsen sind. Er erwähnte dann die fortgesetzten Unwahrheiten in der Wehr- und Waffentechnik, durch welche immer neue Kosten und Ausgaben entstehen werden.

Ein Zwischenruf, daß der Schiffbau etc. doch zur Arbeiterbeschäftigung diene, gab unserem Genossen Anlaß zu ungemein interessanten Ausführungen über produktive und unproduktive Ausgaben. Wollte man die Arbeiter beschäftigen, so gebe es eine Unmasse der notwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen, wodurch die Roth und das Elend von Millionen gehoben werden könnte. Für solche kultur-fördernde Zwecke sei aber kein Geld da. Zur Aufstellung einer werthvollen Bibliothek fehlen in Preußen 400 M., für unproduktive Militär- und Flottenausgaben werden aber hunderte von Millionen flüssig gemacht. In 1200 preussischen Säulen müßte ein Lehrer mehr als 50 Kinder unterrichten, während in der Armee auf 9 Soldaten ein Unteroffizier und auf 25 Soldaten ein Offizier komme.

Dabei zeige der so gebührende Militarismus sein kulturfeindliches Gesicht überall. So sei in der Vorlage des Militär-Strafprozesses nicht der Mensch, sondern nur der Soldat zum Wort gekommen.

Bebel kam im Anschluß an diese Ausführungen zu der Frage: wo die Einlösung des jetzt eingezeichneten bezüglichen des Vereinsrechtes bleibe? Am Schluß der vorzüglichsten Rede bildeten Ausführungen über den Kampf und die Unterdrückung der Arbeiterorganisationen, die Zurückdrängung der Sozialreform und die Begünstigung des Unternehmertums auf Kosten der Arbeiterschaft. Der Redner schloß unter lebhaftem Beifall unserer Fraktion.

Wie die Rede auf den Bundesrathlich gewirkt hatte, das beweist die Thatsache, daß trotz der vorgerückten Stunde sich vier Minister, darunter der Kaiser, hinter einander zu Abwehrevorsuchen erhoben. Besonders Graf v. Posadowsky kündigte ein spezielles Eingehen auf die Bebel'schen Ausführungen in einer späteren Sitzung an. Der Herr Reichskanzler suchte die ersichtlich immer fataler empfundene Falschheit bezüglich der Vereinsgesetz-Änderung wegzudeckeln, er errichtete aber nur das eine, daß auf neue best. läßt wurde, daß für Minister und Diplomaten die Worte nur da sind, um die Gedanken — vorausgesetzt, daß sie solche haben — zu verbergen.

Montag, mittags 1 Uhr, Fortsetzung der Etatsdebatte. — Die Zentrums-Zeitungen haben alle Jeddern anzusehen, um den Vorwürfen entgegenzutreten, denen ihre Partei wegen ihrer Haltung zum Flottengesetz ausgesetzt ist. Dabei klinge allerdings aus einigen Artikeln dieser Presse auch ein Kon vorständig verhalten, aber doch deutlich bemerkbarer Unzufriedenheit mit der tatsächlichen Stellungnahme des Herrn Lieber. Bei der Wichtigkeit, welche das Zentrum für die Einwirkung der Flottenfrage behalten wird, sei wieder, die „Köln. Volksz.“, sich über den gegenwärtigen Stand der Frage äußert. Sie schreibt:
 „Daß nun die Vorlage, wie sie ist, für das Zentrum annehmbar sei, hat auch Dr. Lieber nicht gesagt; im Gegentheil, er

hat deutlich und ausführlich dargelegt, daß sie unannehmbar sei. . . Ob eine Verständigung möglich ist, das ist eine ganz andere Frage. Herr Dr. Lieber hat allerdings einige Vorschläge auf Abänderung zur Sprache gebracht; das sind aber vorläufig nur hingeworfene Gedanken, und nicht etwa namens des Zentrums gemachte Angebote, zu denen die Regierung nur Ja und Amen zu sagen braucht, nur ihre Vorlage gestützt zu haben. . . Die Vorschläge des Abg. Dr. Lieber sind einmal noch zu wenig formuliert, daß man sagen könnte, sie bestritten alle Bedenken gegen die Vorlage, und noch viel weniger hat das Zentrum dieselben bereits geprüft und gebilligt.

Vorerst ist alles noch völlig im Ungewissen. Es ist arg verfrüht, schon jetzt die Vorlage als gesichert zu betrachten, wo man doch weder weiß, was die Regierung zugehoben will, noch was das Zentrum für nötig hält. Andererseits wäre es auch verfrüht, mit dem Scheitern der Vorlage zu rechnen. Diese Vorlage wird nicht Gesetz; aber es läge auch kein Grund vor, alles zu verworfen, wenn die Regierung befriedigende Zugeständnisse macht. Daß eine Verständigung großen Schwierigkeiten begegnen muß, liegt auf der Hand. Das Zentrum ist gar nicht im Stande, sich mit ein paar leeren Formalitäten zu begnügen, die sachlich nichts zu bedeuten hätten und die Vorlage im Wesen unverändert ließen. Man wird aber auch zugestehen müssen, daß bei den Zentrumsmitgliedern nicht durchweg eine grundsätzliche Antipathie gegen die Flotte herrscht. Das Zentrum würde sich also der Zustimmung seiner Wähler versichert halten dürfen, wenn es die Vorlage streng sachlich prüft, und zu etwas weiterem hat es sich bisher mit keinem Worte verbindlich gemacht. Wir haben schon hervor, daß es eine ganze Reihe von Punkten gibt, in denen die Bedenken des Zentrums gehoben und Zugeständnisse von der Regierung gemacht werden müßten, ehe es etwas annehmen könnte. Mit alledem hat es noch weite Wege, und sich schon jetzt über die Stellungnahme des Zentrums zu beunruhigen, dazu liegt gar kein Anlaß vor.

Die „Kölnische Volkszeitung“ hebt, um die Angriffe gegen ihre Partei wegen ihrer Rechtschwendung abzuschwächen, tendenziös alle die Dinge aus der Lieber'schen Rede hervor, die den der Vorlage gegenüber skeptischen Teil derselben ausmachen. Den Hörern gleichwie den Lesern der Lieber'schen Rede dagegen erschienen diese Einschränkungen und Bedenken des Zentrumsredners nur als taktischer Kniff zur Verdeckung der Schwankung ins Tirpitzlager. Die „Köln. Volksztg.“ zitiert kein Wort von den Lieber'schen Verherrlichungen des „großen Marinewerkes“, von seiner Anerkennung für das Verhalten der Regierung, von seiner Schwärmerei für die Waffen, welche die Welt überwinden“ u. s. w. Wer so wie Herr Lieber in Hurrapatriotismus gewöhnlicher Art macht — und gerade einer besonders religiösen Partei steht dieser Hurrah- und Nordpatriotismus wunderschön zu Gesicht! — der braucht sich nicht zu wundern, wenn man jene „Bedenken“ und die geforderte „sachliche Prüfung“ nicht mehr recht ernst nehmen kann.

Zunächst ist es bemerkenswert, daß die „Köln. Volksztg.“ erklärt, die Lieber'schen Vorschläge seien nur „hingeworfene Gedanken“ und vom Zentrum noch keineswegs geprüft und gebilligt. Man darf daraus wohl schließen, daß es den demokratischeren Kreisen des Zentrums doch nicht ganz geheuer ist auf den Wegen, die Herr Lieber der Partei weisen möchte, daß ihnen doch das Gewissen etwas schlägt und die Frage ihnen Kopfschmerzen macht: Was werden unsere Wähler dazu sagen?

Und die Wähler werden allerdings nicht erbaut sein. Wenn die „beschiedigenden Zugeständnisse“ von der Regierung gemacht sein werden und die Linke der Partei wenn auch ungerne und nur aus den bekannten Rücksichten auf die Einheit der Partei nachgegeben haben wird, dann haben die Wähler das Wort und es wird sich zeigen, daß auch dem Zentrum eine Grenze des jesuitischen Spiels mit dem Volksrecht gesetzt ist! —

Neue Gewehre. Von sachmännlicher Seite erhalten die „Hamburger Nachrichten“ eine Zuschrift, die sich wieder mit der Frage beschäftigt, ob das jetzige Gewehr, Modell 88, als veraltet anzusehen ist oder noch genügt. Der Sachmann vergleicht zunächst das im Gebrauch befindliche Modell 88 und das aus den Militärarsenialplätzen probierte neue Modell von 6 Millimeter-Kaliber:

„Wie bekannt, tragen die kleinkalibrigen Gewehre von 6 Millimeter etwa einen Kilometer weiter als das Modell 88, besitzen eine noch rasantere Flugbahn und daher größere beschränkte Mäusche und gestatten dem Wanne gegen ein Drittel Distanz mehr bei sich zu führen. Ungeachtet dieser Vorzüge haben ihre verschiedenen erprobten und in der Erprobung begriffenen Modelle das M 88 an Brauchbarkeit noch nicht übertroffen. Ein Faktor, der über ihre Gesamtbrauchbarkeit entscheidet, besteht in der geringeren Widerstandsfähigkeit ihrer Konstruktion gegen die Verschleißeinflüsse im Frieden wie im Kriege. Diese ist bei den probeweise verwendeten kleinkalibrigen Gewehren noch unvollkommen. Wäre das Gegenteil der Fall, so würde ein von ihnen voraussichtlich bereits bei uns in der Einführung begriffen sein.“

Literarische Rundschau.

Platter, Julius: Demokratie und Sozialismus. (Bd. 10 der Bibliothek der Sozialwissenschaften. Wigand's Verlag in Leipzig. 1897. 276 S.)

Das neue Buch von dem Buxiger Professor J. Platter ist, wenn man von der stark demokratischen Gesinnung, die es durchzieht, abstrahiert, eine wenig erfreuliche Lesart. Die Kritik der Sozialdemokratie, die er darin zum besten gibt, ist nicht nur kleinlich-übelgerigelt, sondern sie erscheint auch inhaltlich vielfach nur als der Ausdruck einer abeklanigen Subjektivität, die um so lieber tadelt, je weniger sie selbst einen klaren, in sich abgeschlossenen Standpunkt des Urteils gewonnen hat. Zudem ermüdet die endlose Reihe von hundert zusammengewürfelten Zitaten, die wohl zwei Drittel oder mehr des kleinen Buches sehr zum Schaden eigener Gedankenentwicklung füllen mögen.

In dem Kapitel über die demokratische Auflösung der Widersprüche in Recht und Wirtschaft scheidet man auf ein Bekenntnis, nach dem man ohne weiteres den Verfasser für einen marxistischen Sozialisten halten müßte. Auf Grund der Ausdeutung, die mit dem heutigen Wirtschaftssystem innerlich verbunden ist, sagt Platter, haben verschiedene führende und konsequente Denker die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln für diejenige Maßregel erklärt, welche vor allem anderen notwendig wäre, wenn man dem Individuum die persönliche Freiheit nicht bloß scheinbar und formell, sondern wirklich und materiell zurückgeben wolle. . . Natürlich müßte dann in irgend einer Form Gemeineigentum an den Produktionsmitteln und Produktion in großem Maße, soweit diese verwendbar und vorteilhaft, aber nicht mehr für den Privatnutzen einzelner, sondern für den gemeinsamen Nutzen aller an die Stelle treten, also sozialistische oder kommunistische Wirtschaft in irgend einem Sinne und auf irgend eine Weise. Wer wirkliche Freiheit für alle will, soweit sie denkbar ist, der kommt allem Anschein nach notwendig zu einem solchen Schluß. Auch sonst tritt Platter dieser Folgerung, die er aus seinem demokratischen Prinzip zieht, nirgends direkt entgegen. Was aber ist die Sozialdemokratie anders als die politische Organisation der Arbeiterklasse, die sich dieses hohen Endzieles der proletarischen Bewegung bemußt geworden und die staatliche Macht der Befehlsgebung sowohl für die augenblicklichen Interessen der Arbeiterschaft als auch, wenn die Zeiten gereift sind,

zu den gesteigerten Schutzleistungen der neuen Waffe allein kann kein Grund zu ihrer Einführung gefunden werden. Gewehre, deren Schutzleistung weit über die Grenze der zuverlässigen Beobachtung ihrer Wirkung hinaus, zum Beispiel anstatt auf 4 Kilometer auf 6 Kilometer im Maximum hinausreicht, und die bis zu 2500 Meter beziehungsweise eventuell 3000 Meter besitzen, sind hinsichtlich dieser Distanzen von fragwürdigem Werte. Bei solchen Entfernungen stellt der geringste Ziel- oder Distanzschätzungsfehler die Wirkung, wenn die Ziele nicht in ziemlich gleicher Höhe liegen, in Frage. Für das Schießen auf solche Distanzen hat man sich bereits veranlaßt gesehen, Versuche mit Fernrohren zu machen, die mit Spinnweb- oder Glasfernrohren versehen und am Gewehre selbst angebracht sind, um das Zielen und die Beobachtung der Schutzleistung zu ermöglichen. Damit nähert man sich der Grenze des in der Praxis des Krieges Möglichen. . . Wir glauben, daß wir am besten thun, mit der Einführung von 8 mm Gewehren so lange zu warten, bis ein vollkommenes Modell hergestell ist.“

Der Gewehrsmann der „Hamb. Nachr.“ behandelt, wie man sieht, die „Gewehrfrage“ ziemlich nüchtern. Er zeigt die Schwierigkeiten auf, welche die Herstellung eines „noch besseren“ Modells hat.

Wir möchten wünschen, daß diese Schwierigkeiten niemals überwinden werden, daß wir mit dem „kleinkalibrigen“ für alle Zeit verpöndet blieben.

Überdies darf man sich nicht verhehlen, daß solche Wünsche nicht in Erfüllung gehen werden. Die Militärtechniker der „zivilisierten“ Staaten Europas stimmen unermüdet darauf, wie die Schwierigkeiten, die jetzt noch der Einführung eines weiter tragenden und vererblicher wirkenden Gewehres entgegenstehen, überwunden werden können.

Das „kleinkalibrige“ wird früher oder später „in ganzer Vollkommenheit“ ersehen und alle Bedenken der „Sachmänner“ werden gelöst werden. Die Völker werden es zahlen müssen, wie sie so viele Modelle gezahlt haben!

Zum Staatsrecht des Reichstags. Zu unserer der „Breslauer Zeitung“ entnommenen Mitteilung, daß ein Teil der Aufträge für die in dem Flottengesetz geforderten Schiffe schon „in Bestellung“ sei, nimmt die „Nordd. Allg. Ztg.“ das Wort. Das offiziöse Blatt erklärt, es könne die Behauptungen der „Bresl. Ztg.“ als vollständig erfunden bezeichnen.

Es ist erfreulich, daß die Regierung die von uns gestellte Anfrage prompt beantwortet hat. Indem aber das Regierungsblatt jetzt sagt: „Denn man derartige Anschuldigungen gegen die Regierung erhebt, müßte man doch wenigstens den Schein eines Beweises in Händen haben“ — so möchten wir erwidern, daß wir erst abgewartet haben, ob auf die Veröffentlichung des Breslauer Blattes eine Erwiderung erfolgen würde. Da diese jedoch nicht erfolgte, so war es unsere Pflicht, die Angelegenheit zu behandeln. Natürlich werden wir, da wir das Dementi der „Nordd. Allg. Ztg.“ gebracht haben, auch von den Gegenäußerungen der „Bresl. Ztg.“ Notiz nehmen.

Mindestens darf sich das Regierungsorgan nicht wundern, wenn Klagen kommen, wie sie die „Bresl. Ztg.“ brachte, in weitesten Kreisen zu finden. Das Verhalten der Regierung bei der Herstellung des neuen Artilleriematerials macht das Auskommen eines solchen Mißtrauens überaus begründlich. —

China. Offiziös wird mitgeteilt, daß die Meldung der „Times“ aus Shanghai, wonach die Deutschen demnächst die Kiao-Tschou-Bai verlassen und die Samsch-Bai okkupieren würden, unrichtig ist.

Die Haltung Japans zur Kiao-Tschou-Frage soll, wie mitgeteilt wird, der japanische Gesandte am Berliner Hofe, Prinz Akimura dahin präzisirt haben, daß Japan gegen eine Pachtung oder definitive Besetzung der Bucht nichts einwenden wolle, wenn diese Besetzung sich in einer Zone von 100 englischen Meilen hält.

Die „Marine-Politische Correspondenz“ schreibt in echtem Draufgänger-Artikel u. a.:

„Die sehr man auch von diesem (kaufmännischen) Gesichtspunkt aus ein festes Zugehen unserer Regierung wünscht, geht unter anderem auch aus der Thatsache hervor, daß sich bereits Gesellschaften zum sachgemäßen Abbau der Kohlenlager bei Wei, etwa 100 Kilometer von der Kiao-Tschou-Bucht entfernt, und zur Anlage einer Eisenbahn mit den Kohlenbergwerken verbindenden Eisenbahn, sowie zum Bau von großen Lagerhäusern und den für die Handelschiffahrt nötigen Hafenanlagen in der Kiao-Tschou-Bucht bilden. In ihrer definitiven Konstitution wird nur die endgültige Entscheidung unserer Regierung abgewartet.“

Man sieht, die Erwerbung der Missionare wird noch goldene Früchte tragen. —

In Oesterreich herrscht nun der Absolutismus. Der Nachfolger des Badeni hat die Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien des Abgeordnetenhauses eingestellt, weil sie nicht die von ihm erwarteten Erfolge hatten. Statt nun die einzig richtige Konsequenz zu ziehen, einem begabteren Staatsmanne die Lösung der für ihn zu schwierigen Aufgabe zu überlassen und zu demissionieren, zieht es Herr v. Gautsch vor, ohne Parlament mit Nothverordnungen zu regieren. Diese Nothverordnungen sollen sich aber nicht auf irgend welche nebensächliche Dinge, sondern auf die wichtigsten Grund-

sachen beziehen. Herr v. Gautsch, dem so ziemlich alles zum Bismarck fehlt, der nach keiner Seite eine originelle, polikräftige Natur, sondern bloß ein geschmeidiger und gehorsamer Diener seines Kaisers ist, wird nun den Ausgleich mit Ungarn, das Budget, die Rekrutenkontingente und, was ihm sonst noch beliebt, auf dem Wege der Nothverordnung festsetzen. Wie Belcredi nach Eisierung der Verfassung im Jahre 1865 rief Herr v. Gautsch sich zu „frei ist die Bahn“. Aber wie der Belcredi'sche Versuch in den Anfängen des österreichischen Konstitutionalismus nach knapp 1 1/2 Jahren mit dem Rücktritte Belcredi's vom politischen Leben endete, so wird auch Herr v. Gautsch seine Selbstherrlichkeit umso eher zu Ende gehen sehen, als heute das gesammte Volk politisch aufgeweckt und erregt ist und von seinem Antheile an der Regierung des Reiches nichts abzugeben gewillt ist.

Die bürgerlichen Parteien veröffentlichten nun nach dem Abbruch der Verhandlungen mit dem Ministerium, folgend dem Beispiele des sozialdemokratischen Verbandes, Manifeste an die Wähler; sie klingen alle sehr resignirt. Die Majorität hat die Stirne, in ihrer Kundgebung die Verantwortung für die traurige Lage der Dinge abzulehnen. Es scheint dies aber die letzte gemeinsame That der Majorität des Grafen Badeni zu sein, denn die Polen suchen schon nach neuer Zählung, sie merken, daß die Junggehehen nach den Vorgängen in Prag nicht mehr so regierungsfähig sind, wie noch vor Monatsfrist. Die Ratten verlassen das Schiff. Dies zeigt auch die folgende Depesche aus Demberg:

Die gesammte hiesige polnische Presse rät von der Idee einer polnisch-österreichischen Verbrüderung ab, ebenso von dem Versuch einzelner Kurzsichtiger, Massenpolitik zu treiben. Bei einer Slavisierung Oesterreichs könne für die Polen nichts gutes herauskommen.

Die Junggehehen sind durch die Vorgänge in Prag in den geistlichen Bezirken in able Situation gekommen, sie können nur auf die Gefahr des Verlustes ihrer Popularität diese Exzesse verurtheilen, ohne diese Verurtheilung erlangen sie aber vorerst die Regierungsfähigkeit nicht wieder. Vorläufig finden sie aus dieser Schwierigkeit keinen Ausweg.

Die deutsche Bewegung, deren Situation hierdurch verhältnismäßig günstig geworden ist, hat sich auf die Forderung der unbedingten Aufhebung der Sprachverordnungen festgelegt, ihre Abgeordneten werden gedrängt durch die radikal-nationale Richtung Schönerer und durch ihre nur-nationale Wählerchaft darin noch fester gemacht werden, als sie es wollen, so daß der zur Lösung der Sprachfrage unabweichliche Kompromiß zwischen den gleich unerfüllbaren Forderungen der Junggehehen und Deutsch-Nationalen nur erschwert wird. Ihr Manifest an die Wähler schließt die deutsche Volkspartei mit den folgenden Sätzen:

„Wir entseht, zu erkennen, daß die baldige Wiedereröffnung der parlamentarischen Thätigkeit im politischen und wirtschaftlichen Interesse des Volkes gelegen sei, ist die Partei ebenso überzeugt, daß das Volk eher einen noch längeren Stillstand der verfassungsmäßigen Einrichtungen, als das Abweichen von den Geboten der nationalen Pflicht und der nationalen Ehre dulden wird. Die Partei verlangt vor der Hand nichts als Wiederherstellung des Zustandes vor Erlassung der Sprachverordnungen; sobald das geiche sein werde, sei die Bahn für weitere Verhandlungen frei.“

Als „eheliche Makler“ bieten sich die Vertreter des verfassungstreuen Großgrundbesitzes an. Ihre Kundgebung klingt in den folgenden Worten an:

Die Vereinigung erwartet von der Regierung unzweideutige und energische Maßregeln zur Sicherung des Lebens, des Eigentums und der staatsbürgerlichen Stellung der Deutschen Böhmens, und wird die notwendige Politik der Beruhigung sowie alles unternehmen, was die Regierung anwenden wird, um die Anknüpfungspunkte zu suchen und zu finden für die Wiederherstellung parlamentarischer, verfassungsmäßiger Zustände. Die Vereinigung sieht den deutschen Stammesgenossen im Kampfe um die berechtigte Stellung der Deutschen Oesterreichs treu zur Seite und wird unablässig für das österreichische Staatswohl unter Aufrechterhaltung der bisherigen Prinzipien einstehen.

Der Einfluß dieser Gruppe ist aber nicht groß genug, das Vertrauen zu derselben so gering, daß selbst die Ehrlichkeit ihrer Absichten vorausgesetzt, ihr Streben ziemlich aussichtslos ist.

So ist die Situation in Oesterreich auch, nachdem der Badeni durch den Volkszorn aus dem Wege geräumt ist, noch überaus verworren.

Eine Lösung ist nicht abzusehen.

Sache des österreichischen Volkes, vor allem der Sozialdemokratie, wird es sein, Herrn v. Gautsch das absolute Regieren so unbequem als möglich zu machen. —

ein beschränkte, daß ihr Vorgehen von der eigenen Initiative und der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiter begleitet, hierdurch gestützt sein muß, ist selbstverständlich, gilt aber doch wahrhaftig auch in der sozialdemokratischen Partei als anerkannter Gemeinplatz. Was indes Platter außer dem Hinweis auf die Bedeutung dieser Organisationen zur Begründung seines Standpunktes vorbringt, ist unvollständig und nichtig, nur der Ausdruck einer starken subjektiven Aversion. Die Demokratie, sagt er (S. 86), an einen Ausdruck des „großen Engländer's“ Noxens anknüpfend, wende sich von der Politik, einem alten halbsauben, aristokratischen Gewächs, innerlich ab.“ Die relative politische Indifferenz der Massen in England, ihre einseitig gewerkschaftliche Richtung gilt ihm, das geht aus dem Zusammenhange dieser Stelle hervor, als Zeichen ihrer demokratisch-kulturellen Ueberlegenheit! Die beiden Arten des Emanzipationskampfes, die im Verhältnis gegenseitiger Ergänzung zu einander stehen, den gewerkschaftlich-organisatorischen und den politischen, stellt er als die „Alternativen „Gewalt oder Arbeit“ (so heißt die Ueberschrift des zweiten Theiles) einander gegenüber.

Die ganze Begriffslosigkeit einer solchen Gegenüberstellung tritt an konkreten Beispielen am klarsten hervor. Eine Arbeitsverkürzung z. B., die von Gewerkschaften erlangt ist, wäre etwas sehr Schönes, Resultat der „Arbeit“, dieselbe Arbeitsverkürzung aber, die von der Politik her, durch die Agitation von Arbeiterparteien gebrachte Macht gesetzlich dekretirt wird, wäre ein Resultat der „Gewalt“ und insoweit vererblich; eine Arbeitslosenversicherung durch die Gewerkschaften höchst anerkennenswerth, dieselbe Arbeitslosenversicherung, durch den Staat oder die Kommune geordnet, dagegen höchlichst verächtlich u. s. w. in infinitum.

Wie weit übrigens Platter die Konsequenzen seiner gefühlsmäßigen, wohl aus früheren marxistischen Zeiten herkommenden Abneigung gegen staatliche Eingriffe selbst zu ziehen bereit ist, darüber — also über die zweite Hauptfrage, die jeder, der einen solchen Standpunkt einnimmt, zu beantworten verpflichtet wäre — wird der geschätzte Leser leider auch nicht aufgeklärt. Man enthalte sich z. B. folgenden Satz, der noch am ehesten als eine Art von Ausflucht gelten könnte: Wo sie (die demokratisch organisierten, aufbauenden Kräfte der Gesellschaft) in ihrer Aktivität durch die bestehende Staatsgewalt eheulich und wirksam gehindert werden, wo also die derzeitigen Inhaber der politischen Gewalt entschieden und mit klarer Erkenntnis der Situation den Fortschritt der Massen wollen,

für die Erreichung des Endzieles nutzbar machen will? Sofern diese politische Organisation, ebenso wie die gewerkschaftliche, den Interessen der Kapitalbesitzer zuwiderläuft, ist sie von vor. herein und notwendig Klaffenstempel.

Aus diesem einfachen Zusammenhang ergibt sich auch das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus, das in dem Platter'schen Buche nach dem Titel wenigstens zur Behandlung steht. Die Demokratie ist die politische Form, in welcher die Arbeiterklasse, die, im weiteren Sinne des Wortes, weitans die Majorität in der modernen Gesellschaft bildet, durch ihr Votum die Befehlsgebung am entschiedensten beeinflussen kann, um einerseits negativ, die staatliche Parteimahme zu gunsten der Kapitalbesitzer im gewerkschaftlichen Kampfe u. s. w. unmöglich zu machen, und um andererseits positive sozialreformatorische Forderungen zu Gunsten der aufstrebenden Arbeiterklasse und weiterhin auch zur Verwirklichung des ihr gesteckten Endzieles durchzuführen. Und eben darum, weil die Demokratie in ihrem Wesen so unabweichlich günstigste Bedingungen für das dem Volk gefühlvolle Emporkommen der Arbeiterklasse bietet, darum ist der Kampf um die Demokratie in reaktionären Staaten wesentlich selbst ein Klassenkampf.

Platter thut aber nur ein paar Schritte in dieser Richtung, deren Nothwendigkeit sich aus der Anerkennung des sozialistischen Endzieles ergibt und in der Taktik der Sozialdemokratie zu ihrem adäquaten Ausdruck kommt. Platter im Wege macht er plötzlich halt. Die Demokratie, erklärt er, soll wesentlich nur die Freiheit für die wirtschaftliche Organisationsfähigkeit der Arbeiter, für die Gewerkschaften, die Konsumvereine und die diesen sich anschließende genossenschaftliche Produktion garantieren, aber sie soll nicht, oder so gut wie nicht, in positiver Weise als Zwangs- und Machtmittel für den Emanzipationskampf des Proletariats verwendet werden. Ihre Rolle müßte nach Platter, so weit die wenig methodischen Ausführungen sich zu einem festen Eindruck verdichten, die einer wohlwollenden Neutralität sein.

Warum? Man sollte meinen, daß, wer das Ziel der sozialdemokratischen Partei anerkennt, aber die positive Benennung der Staatsmacht für Forderung der Arbeiterklasse und für Erreichung des Endzieles im Gegensatz zu dieser Partei verwirft, doch auch die Pflicht hätte, methodisch eine sachliche Begründung dieses Standpunktes zu versuchen. Ja, diese Begründung müßte der Angelpunkt eines solchen Buches wie des Platter'schen sein. Aber bei Platter sucht man vergebens danach. Daß die staatliche Macht

ein beschränkte, daß ihr Vorgehen von der eigenen Initiative und der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiter begleitet, hierdurch gestützt sein muß, ist selbstverständlich, gilt aber doch wahrhaftig auch in der sozialdemokratischen Partei als anerkannter Gemeinplatz. Was indes Platter außer dem Hinweis auf die Bedeutung dieser Organisationen zur Begründung seines Standpunktes vorbringt, ist unvollständig und nichtig, nur der Ausdruck einer starken subjektiven Aversion. Die Demokratie, sagt er (S. 86), an einen Ausdruck des „großen Engländer's“ Noxens anknüpfend, wende sich von der Politik, einem alten halbsauben, aristokratischen Gewächs, innerlich ab.“ Die relative politische Indifferenz der Massen in England, ihre einseitig gewerkschaftliche Richtung gilt ihm, das geht aus dem Zusammenhange dieser Stelle hervor, als Zeichen ihrer demokratisch-kulturellen Ueberlegenheit! Die beiden Arten des Emanzipationskampfes, die im Verhältnis gegenseitiger Ergänzung zu einander stehen, den gewerkschaftlich-organisatorischen und den politischen, stellt er als die „Alternativen „Gewalt oder Arbeit“ (so heißt die Ueberschrift des zweiten Theiles) einander gegenüber.

Die ganze Begriffslosigkeit einer solchen Gegenüberstellung tritt an konkreten Beispielen am klarsten hervor. Eine Arbeitsverkürzung z. B., die von Gewerkschaften erlangt ist, wäre etwas sehr Schönes, Resultat der „Arbeit“, dieselbe Arbeitsverkürzung aber, die von der Politik her, durch die Agitation von Arbeiterparteien gebrachte Macht gesetzlich dekretirt wird, wäre ein Resultat der „Gewalt“ und insoweit vererblich; eine Arbeitslosenversicherung durch die Gewerkschaften höchst anerkennenswerth, dieselbe Arbeitslosenversicherung, durch den Staat oder die Kommune geordnet, dagegen höchlichst verächtlich u. s. w. in infinitum.

Wie weit übrigens Platter die Konsequenzen seiner gefühlsmäßigen, wohl aus früheren marxistischen Zeiten herkommenden Abneigung gegen staatliche Eingriffe selbst zu ziehen bereit ist, darüber — also über die zweite Hauptfrage, die jeder, der einen solchen Standpunkt einnimmt, zu beantworten verpflichtet wäre — wird der geschätzte Leser leider auch nicht aufgeklärt. Man enthalte sich z. B. folgenden Satz, der noch am ehesten als eine Art von Ausflucht gelten könnte: Wo sie (die demokratisch organisierten, aufbauenden Kräfte der Gesellschaft) in ihrer Aktivität durch die bestehende Staatsgewalt eheulich und wirksam gehindert werden, wo also die derzeitigen Inhaber der politischen Gewalt entschieden und mit klarer Erkenntnis der Situation den Fortschritt der Massen wollen,

für die Erreichung des Endzieles nutzbar machen will? Sofern diese politische Organisation, ebenso wie die gewerkschaftliche, den Interessen der Kapitalbesitzer zuwiderläuft, ist sie von vor. herein und notwendig Klaffenstempel.

Aus diesem einfachen Zusammenhang ergibt sich auch das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus, das in dem Platter'schen Buche nach dem Titel wenigstens zur Behandlung steht. Die Demokratie ist die politische Form, in welcher die Arbeiterklasse, die, im weiteren Sinne des Wortes, weitans die Majorität in der modernen Gesellschaft bildet, durch ihr Votum die Befehlsgebung am entschiedensten beeinflussen kann, um einerseits negativ, die staatliche Parteimahme zu gunsten der Kapitalbesitzer im gewerkschaftlichen Kampfe u. s. w. unmöglich zu machen, und um andererseits positive sozialreformatorische Forderungen zu Gunsten der aufstrebenden Arbeiterklasse und weiterhin auch zur Verwirklichung des ihr gesteckten Endzieles durchzuführen. Und eben darum, weil die Demokratie in ihrem Wesen so unabweichlich günstigste Bedingungen für das dem Volk gefühlvolle Emporkommen der Arbeiterklasse bietet, darum ist der Kampf um die Demokratie in reaktionären Staaten wesentlich selbst ein Klassenkampf.

Platter thut aber nur ein paar Schritte in dieser Richtung, deren Nothwendigkeit sich aus der Anerkennung des sozialistischen Endzieles ergibt und in der Taktik der Sozialdemokratie zu ihrem adäquaten Ausdruck kommt. Platter im Wege macht er plötzlich halt. Die Demokratie, erklärt er, soll wesentlich nur die Freiheit für die wirtschaftliche Organisationsfähigkeit der Arbeiter, für die Gewerkschaften, die Konsumvereine und die diesen sich anschließende genossenschaftliche Produktion garantieren, aber sie soll nicht, oder so gut wie nicht, in positiver Weise als Zwangs- und Machtmittel für den Emanzipationskampf des Proletariats verwendet werden. Ihre Rolle müßte nach Platter, so weit die wenig methodischen Ausführungen sich zu einem festen Eindruck verdichten, die einer wohlwollenden Neutralität sein.

Warum? Man sollte meinen, daß, wer das Ziel der sozialdemokratischen Partei anerkennt, aber die positive Benennung der Staatsmacht für Forderung der Arbeiterklasse und für Erreichung des Endzieles im Gegensatz zu dieser Partei verwirft, doch auch die Pflicht hätte, methodisch eine sachliche Begründung dieses Standpunktes zu versuchen. Ja, diese Begründung müßte der Angelpunkt eines solchen Buches wie des Platter'schen sein. Aber bei Platter sucht man vergebens danach. Daß die staatliche Macht

ein beschränkte, daß ihr Vorgehen von der eigenen Initiative und der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiter begleitet, hierdurch gestützt sein muß, ist selbstverständlich, gilt aber doch wahrhaftig auch in der sozialdemokratischen Partei als anerkannter Gemeinplatz. Was indes Platter außer dem Hinweis auf die Bedeutung dieser Organisationen zur Begründung seines Standpunktes vorbringt, ist unvollständig und nichtig, nur der Ausdruck einer starken subjektiven Aversion. Die Demokratie, sagt er (S. 86), an einen Ausdruck des „großen Engländer's“ Noxens anknüpfend, wende sich von der Politik, einem alten halbsauben, aristokratischen Gewächs, innerlich ab.“ Die relative politische Indifferenz der Massen in England, ihre einseitig gewerkschaftliche Richtung gilt ihm, das geht aus dem Zusammenhange dieser Stelle hervor, als Zeichen ihrer demokratisch-kulturellen Ueberlegenheit! Die beiden Arten des Emanzipationskampfes, die im Verhältnis gegenseitiger Ergänzung zu einander stehen, den gewerkschaftlich-organisatorischen und den politischen, stellt er als die „Alternativen „Gewalt oder Arbeit“ (so heißt die Ueberschrift des zweiten Theiles) einander gegenüber.

Die ganze Begriffslosigkeit einer solchen Gegenüberstellung tritt an konkreten Beispielen am klarsten hervor. Eine Arbeitsverkürzung z. B., die von Gewerkschaften erlangt ist, wäre etwas sehr Schönes, Resultat der „Arbeit“, dieselbe Arbeitsverkürzung aber, die von der Politik her, durch die Agitation von Arbeiterparteien gebrachte Macht gesetzlich dekretirt wird, wäre ein Resultat der „Gewalt“ und insoweit vererblich; eine Arbeitslosenversicherung durch die Gewerkschaften höchst anerkennenswerth, dieselbe Arbeitslosenversicherung, durch den Staat oder die Kommune geordnet, dagegen höchlichst verächtlich u. s. w. in infinitum.

Wie weit übrigens Platter die Konsequenzen seiner gefühlsmäßigen, wohl aus früheren marxistischen Zeiten herkommenden Abneigung gegen staatliche Eingriffe selbst zu ziehen bereit ist, darüber — also über die zweite Hauptfrage, die jeder, der einen solchen Standpunkt einnimmt, zu beantworten verpflichtet wäre — wird der geschätzte Leser leider auch nicht aufgeklärt. Man enthalte sich z. B. folgenden Satz, der noch am ehesten als eine Art von Ausflucht gelten könnte: Wo sie (die demokratisch organisierten, aufbauenden Kräfte der Gesellschaft) in ihrer Aktivität durch die bestehende Staatsgewalt eheulich und wirksam gehindert werden, wo also die derzeitigen Inhaber der politischen Gewalt entschieden und mit klarer Erkenntnis der Situation den Fortschritt der Massen wollen,

Der deutsche Kaiser und die Vorgänge in Oesterreich-Ungarn. Es ist selbstverständlich, daß ein Mann wie Kaiser Wilhelm II., der mit lebhaftem Antheil dem politischen Leben folgt, nicht gleichgültig bleiben kann den Vorgängen in Oesterreich-Ungarn gegenüber. Er hat sich auch darüber dem Reichstags-Präsidenten gegenüber geäußert. Wir zweifeln auch keineswegs, daß der Kaiser auch sonst mit den Personen seiner Umgebung sich über die aufstrebenden Vorgänge in unserem Nachbarlande unterhalten haben wird. Dagegen erscheint es uns schwer, zu glauben, daß der König von Preußen und Deutsche Kaiser seine in Budapest durch den begeisterten Laot auf die Ungarn schnell erworbene Popularität dazu benutzt haben könnte, um auf die Entschlüsse der ungarischen Oppositionsparteien einzuwirken. Trotzdem halten wir es für unsere publizistische Pflicht, die folgende, recht sonderbar klingende Depesche aus Budapest auch zur Kenntniß unserer Leser zu bringen:

Wie behauptet wird, sei die Nachgiebigkeit der Opposition bei den Verhandlungen über die Gesetzesvorlage betreffend das Ausgleichsprivilegium mit Oesterreich darauf zurückzuführen, daß Graf Jichy im Abgeordnetenhaus erzählt habe, der deutsche Kaiser hätte ihm bei seiner Anwesenheit in Potsdam erklärt, daß es für Ungarn ein großer Fehler sein würde, wenn es ebenfalls in Ostraktion verfiel. Es würde dies die günstige Position, in welcher sich Ungarn augenblicklich befindet, stark schädigen.

Wir glauben, daß diese Meldung ein rasches unabweisbares Dementi verdient, da die deutsche Reichsregierung sich eine Einwirkung des Oesterreichischen Kaisers auf die Entschlüsse der Zentrumspartei oder des Präsidenten der französischen Republik auf die Abstimmungen der Gesetze entschieden verbitten dürfte.

Deutsches Reich.

Die Altgesellen der biesigen Bäckerinnung hatten im vorigen Monat an das Reichskanzleramt das Gesuchen gerichtet, ihre Gründe für die Beibehaltung der Bundesrats-Vorordnung dem Kaiser persönlich vorzutragen zu dürfen. Sie rechneten umsonst auf die Erfüllung ihres Wunsches, als vor kurzem dem Kaiser in derselben Angelegenheit eine Audienz gewährt worden war. Die Antragsteller haben nun folgende Antwort erhalten:

Der Herr Reichskanzler steht sich infolge seiner vielfachen anderweitigen Dienstgeschäfte verhindert, Sie und den Herrn Mitunterzeichner der Eingabe vom 28. v. M. in Angelegenheiten der Bundesrats-Bekanntmachung, betreffend den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien, persönlich zu empfangen. Ich stelle ergebenst anheim, den Altgesellen Herrn Hoff hiervon zu benachrichtigen.

Im Auftrage:
v. Weiditz.

Diese Antwort muß aufs höchste befremden. Weder nahm auch in seiner heutigen Stadrede bereits Veranlassung, auf die sonderbare Art, wie seitens des Reichskanzlers den Wünschen der Arbeiter begegnet wird, hinzuweisen, während die Unternehmer mit Recht auf ein weitgehendes Entgegenkommen rechnen konnten.

Der Reichskanzler deutete in seiner Antwort gegenüber Bebel die Sache so, als ob er nur einen Unterschied gemacht habe zwischen Beschwerdeführern, die eine bestehende Verordnung geändert haben wollen und solchen, die für ihre Beibehaltung eintreten. Das letztere war bei den Arbeitern der Fall, deshalb habe er die Audienz abgelehnt. Die Erklärung wird kaum befriedigend klingen, vielmehr deutet auch sie nur darauf hin, daß in sozialpolitischen Dingen die Arbeiter weder gehört werden noch in ihrem langen bei der Regierung Unterthänigkeit finden.

Die Unternehmerinteressen stehen aber höher im Kurs.

Ein neuer agrarischer Vorstoß. Wie wir in unserem Beiratsartikel von Nr. 267 ganz richtig vernommen hatten, wird in der That die neue Aktion der Petroleum-Monopolisten dazu ausgenutzt, den nothleidenden Junkern eine wirksame Hilfe zu bringen. Wir hatten es auch gar nicht anders erwartet, als daß gelegentlich der Petroleum-Interpellation die Regierung auf das Spiritusfähigkeits hinweisen würde, durch welches angeblich das Petroleum-Monopol bekämpft werden könnte. Die einzige Schwierigkeit liegt jedoch nicht in der technischen, sondern in der finanziellen Seite der Frage. Es gibt allerdings bereits vorzüglich funktionierende Spiritusfabriken, aber damit eine solche Lampe mit den modernsten Petroleumglühlampen im Preise zu konkurriren im Stande ist, dürfte der Liter Spiritus nicht theurer als 6 Pf. sein. Und um die Konkurrenz mit der gewöhnlichen Petroleumlampe aufzunehmen, müßte man den Liter Spiritus für 12 Pf. im Detailhandel kaufen können. Für diesen Preis kann Spiritus gegenwärtig nicht abgegeben werden. Kein Wunder deshalb, daß die „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe“ sofort die Forderung erhebt, den ostelbischen Junkern durch staatliche Vorkäufe diese Preisverabfolgung zu ermöglichen. In lakonischer Kürze begründet die „Korrespondenz“ dieses Ansuchen mit den Worten:

„Denn sicher ist es, vom national-wirtschaftlichen Standpunkte, richtiger eventuell wirklich einmal eine Vorkaufsgabe“ von

wo sie Maßregeln treffen oder unterstützen, welche irgendwo und irgendwie auf Einschränkung oder Beseitigung des Renten-einkommens... auf Einschränkung oder Beseitigung des Kaufcharakters unserer Volkswirtschaft und Ersetzung desselben durch das Prinzip der Solidarität tendieren, und das alles immer ohne wirklichen Zwang, ohne Beschränkung der Freiheit, da ist nichts einzuwenden gegen die Mithilfe der politischen Organisationen zum Neubau der sozialen.“ Da der Verfasser es nicht für nöthig hält zu erklären, wie irgend ein Akt positiv in das Wirtschaftsgefüge einwirkender Gesetzgebung (sollte er auch nur die Arbeitszeit verkürzen) auf etwas anderes als auf „wirklichen Zwang“ und auf Beschränkung irgend einer Art von „Freiheit“ hinauslaufen kann, so läßt sich eben bei diesem wunderbaren Satz alles und nichts denken. Psychologisch merkwürdig ist nur, daß mit dieser ängstlichen Sorge vor „Zwang“ und „Freiheitsbeschränkung“ eine solche Vorliebe für das Gewerkschaftswesen Hand in Hand geht, welches doch in seinen hoch entwickelten Formen bekanntlich mit sehr ausgeprägtem „Zwang“ und sehr beträchtlichen „Freiheitsbeschränkungen“ arbeitet. Sympathien und Antipathien scheinen für diese Kritik das Entscheidende zu sein.

Die Antipathie gegen staatliche Eingriffe als Zwangsmaßnahmen findet ihre Ergänzung in der heftigen Antipathie gegen die sozialdemokratische Partei, die für die Zwecke des proletarischen Emancipationskampfes die politische Macht erobern und positiv ausüben will, obwohl sie, wie allbekannt, darum in keiner Weise die Bedeutung des rein gewerkschaftlichen Kampfes unterschätzt. Die zu Beginn der Bewegung so natürlichen Hoffnungen, durch eine Revolution rasch und mit diktorischer Gewalt das neue Reich sozialer Freiheit einzuführen, Hoffnungen, welche die sozialdemokratische Arbeiterpartei im Kampfe mit der harten Realität, ebenso natürlich, mehr und mehr abstreift (man denke u. a. an Engels' Einleitung zu Marx' Klassenkampf vom Jahre 1895), bieten seinerzeitigen, recht antiquierten Kritik willkommene Anhaltspunkte. Da er selbst den Sozialismus als das nothwendige Entwicklungsstadium anerkennt, muß er, um über die Sozialdemokraten als eine „Schwachsachenschaft“ und wie die lieblichen Ausdrücke subjektiver Verdrängtheit sonst lauten, ordentlich bezügelte zu können, natürlich sich mit aller Kraft an solche Kränklichkeiten, die für die wirkliche Taktik der Partei bedeutungslos sind, anklammern. Die Stärke dieses psychischen Bedürfnisses kann man daraus erkennen,

einigen Millionen den heimischen Produzenten zukommen zu lassen, als die doppelte und dreifache Summe als jährlichen Tribut an die goldhungrigen Petroleum-Jingos jenseits des Ozeans zu zahlen.“

Da jeder Steuerzahler auch Lichtkonsument ist, so heißt das zu deutsch: „Belastet mit Steuern jeden Konsumenten um so viel, als er Spiritus billiger als Petroleum bekommen soll; die goldhungrigen Okeanos-Jingos brauchen das durch Steuern zusammengehaltene Gold nöthiger als die goldhungrigen Petroleum-Jingos.“ In der thatsächlichen Wirkung wäre dann für den Konsumenten natürlich nichts geändert. Was er am Spiritus spart, zahlt er an Steuern mehr. Aber schlimmer noch! Ein gut Theil des heutigen Getreidelandes würde dem Kartoffelbau zu Brennereizwecken dienlich gemacht werden. Je weniger Getreide im Inlande aber gebaut wird, desto höher kann natürlich sein Preis normirt werden; und die Agrarier erhalten einen weiteren Vortheil müheelos noch dazu. Die Taschen zu! heißt es auch hier. Nicht im Interesse der Spiritusproduzenten soll die Regierung arbeiten, sondern im Interesse der erleichterten Einfuhr von Okeanos-Petroleum. Das Volk ist lange genug von den Agrariern geschädigt worden — als daß durch erhöhten Spirituskonsum der Uebermuth der Agrarier noch weiter beharrt würde.

Den Rücktritt des Reichstags-Abgeordneten Freiherrn v. Langen von der Leitung der Konservativen Partei in Berlin sucht man nun in der Berliner konservativen Presse als einen freiwilligen und nicht als einen als einseitig gewünschten vorzustellen. Formell mag diese Demission eine freiwillige und doch allseitigen Wünschen entsprechende sein.

Treddehn, 11. Dezember. (Sig. Ber.) Zahlreiche Petitionen um Erbauung von Eisenbahnen liegen diesmal dem Landtage schon vor, und fast in jeder Sitzung werden noch neue eingehende registriert. In der That ist die Regierung mit einer Vorlage an den Landtag, in welcher die Mittel für acht neue Eisenbahn-Projekte gefordert werden. Die zur Ausführung dieser Bahnlücken geforderte Summe beträgt insgesammt 15 142 200 M.

München, 10. Dezember. (Sig. Ber.) Die Präsidentschaftskrise in der bayerischen Abgeordnetenkammer ist nunmehr glücklich beendet und das Direktorium ist nach der heute erfolgten Wahl des Abg. Spitzinger (Bav. Verb.) zum zweiten und des Abg. Seck (Konf.) zum vierten Schriftführer wieder voll besetzt. Die Liberalen haben den Präsidenten, den Vizepräsidenten, den ersten und dritten Schriftführer, die Bauernbündler den zweiten und die Konservativen den vierten Schriftführer gestellt. Das Zentrum, das Herrn v. Walter den Präsidentschaft um jeden Preis wieder zuschlagen wollte, um damit dem würdigen Ritter zu einer glänzenden Genugthuung für die angeblich erlittene Unbill zu verhelfen, ist mit seinem edlen Plane elend durchgefallen und hat infolge dessen auf jede weitere Stelle im Präsidium verzichtet. Die Präsidentschaft hat dieser herrschüchtlischen aller Parteien endlich einmal klar gezeigt, daß sie keine Mehrheit mehr für sich bildet, und sie hat diese bittere Lehre längst vollaus verdient. Die Herren geben sich deshalb auch gerade wie toll und ergeben sich in den lächerlichsten Drohungen, doch es wird ihnen schließlich nichts Anderes übrig bleiben, als sich mit der Zeit in ihre jetzige Lage zu finden. Das Haus begann gestern mit der Beratung des Gesetzesentwurfs über die Fortsetzung der Grundentlastung. Der Minister Abgeordneter Kohl (B.) leitete die Generaldiskussion mit einem langatmigen Berichte über die Ausnahmehandlungen ein, wobei er natürlich nicht versäumte, besonders seine „Verdienste“ ins bestmögliche Licht zu rücken.

Heute beschränkte sich zunächst der Abg. Wieland (Bav. Verb.) darüber, daß er als Antragsteller nicht zu den betreffenden Ausschüssen beigezogen wurde und daß seine Anträge der Kammer nicht gedruckt vorgelegt wurden. Diese Angelegenheit wurde nach ziemlich lebhafter Debatte dem Geschäftsrundungs-Ausschusse überwiesen. Die Wobenzinse selbst bezeichnete Herr Wieland als das schlimmste Unrecht, das endlich einmal beseitigt werden muß, denn sonst wird man im Volke kein Vertrauen mehr zur Staatsregierung und zur Volksvertretung haben. Mit dem vorliegenden Gelegenheitsworte aber sei den Bauern rein garnicht gebührt, hier müsse durch vollständige Abschaffung der im Jahre 1848 nur durch List und Betrug noch aufrechterhaltenen Wobenzinse saubere Tisch gemacht werden.

Aus Baden, 9. Dezember. (Sig. Bericht.) Die liberale Presse Badens hatte sich seit dem Bekanntwerden der Marinevorlage über die Haltung des Zentrums zu den Plänen der Reichsregierung nicht ausgesprochen; der Zentrumsführer Wacker hat sich im „Beobachter“ vollständig ausgesprochen und nur sein unterlegener Konkurrent im Kampf um die unbeschränkte Hegemonie des badischen Zentrums, Stefan Bender, Reichstags-Abgeordneter des IX. badischen Wahlkreises, hat erklärt, er werde unbedingt für die Flottenvorlage eintreten. Nun hat man aber seit der Rede Lieber's im Reichstage eine Aenderung der Situation erwartet, aber mit Unrecht. Die gesamte Zentrumspresse drückt die Lieber'sche Rede ohne Kommentar ab. Es scheint sich da um eine Art Generalorder zu handeln.

Kaiserliche K. V., 11. Dezember. (Sig. Ber.) Der Vorhänge der Budgetkommission, Zug, wird Montag im Landtage eine Interpellation über die von der Verwaltung der preussischen Staats-Eisenbahnen angewandten Konkurrenzänderungen gegen die badischen Eisenbahnen einbringen. Der Eisenbahnminister Brauer hat sich bereit erklärt, die Interpellation sofort zu beantworten.

Aus Hessen, 10. Dezember. (Sig. Ber.) Landtag. Der heutige Tag gehörte der Sozialdemokratie. Zur Debatte

daß Herr Platter jene Kränklichkeiten, nicht aber das sozialistische Endziel als das „Wesentliche“ der „alten Sozialdemokratie“ feierlich deklariert und dem Schweizerischen Gewerkschaftskomitee, da es in seinem Jahresbericht von dem „naturwöhnlichen Kommen des sozialen Staats“, vom Bedingsein des Fortschrittes durch die „Bildung“ und durch „Kampf und Mühe“ spricht, die fulminante Ehrenerklärung gibt: „Das sind keine Sozialdemokraten, mögen sie sich auch so nennen.“ (S. 261.) Ist es auch merger, hat es doch Methode!

Den Abschluß des zweiten, die „Kritik“ der Sozialdemokratie und allerhand Notizen über die politisch-soziale Lage der Hauptländer enthaltenden Theiles bildet die Verherrlichung der „echt modernen, freien, demokratischen, allen zugänglichen, die Klassen-gegenstände in einem gemeinsamen Interesse auflösenden, rein gemeinnützigen, auf Solidarität beruhenden Genossenschaft.“ Aber wie habe, während der gläubigen Leser auf Seite 272 bereits durch die Genossenschaften weit über alle Klassen-gegenstände in das Reich der reinen Harmonie hineingekauert ist, erfährt er zu seinem Schreck auf Seite 274, daß die Genossenschaften, Konsum- und Produktionsgenossenschaften gegen die Rechte gerichtet, allem Anschein nach doch also, ebenso wie der politische Kampf, ein Ausdruck freitender Klassen-gegenstände sind. Es lesen sich die Beispiele solcher artigen Ueberraschungen leicht vermehren. So entdeckt Platter in dem Vorwort, daß die deutsche Sozialdemokratie, wenn sie sich, wie bisher, allen anderen Parteien in schroffer Feindschaft gegenüberstellt, im Grunde nur der Reaktion diene! (S. IX), während auf Seite 208 mit der gleichen Unschicklichkeit erklärt wird: „Wer ein biederer demokratischer Muth im Leibe hat, ein wenig die Freiheit liebt, kein vollkommener Narnelud ist, der muß fast in ganz Deutschland seine Stimme einem Sozialdemokraten geben, nicht aus spezieller Sympathie für diese Partei, sondern aus natürlicher Antipathie gegen alle andern, die lächerliche Volkspartei etwa ausgenommen.“ Also: „Wer ein wenig die Freiheit liebt“, muß die Vertreter einer Partei, die im Grunde nur der Reaktion diene! wählen. Jedemfalls etwas merkwürdig!

Und läuft nicht schließlich das ganze Platter'sche Buch auf eine ähnliche Geheimlehre hinaus, daß nämlich, wer den Sozialismus als Endziel richtig will, die Politik als Mittel zur Erreichung des Endzieles und damit die Sozialdemokratie ablehnen soll? Die Quintessenz des Ganzen ist selbst ein ungeklärter Widerspruch.

stand die Interpellation unserer Genossen Dr. David und Haas, die Religionszusatzstunden in den Mainzer Volksschulen betreffend. Hesse erweist sich bekanntlich seit 1874 eines relativ fortschrittlichen Schulgesetzes, dessen wesentlichste Vorzüge die fast allgemeine Durchführung der Simultanmethode und Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht sind. Daß die Geistlichkeit diese Erziehungsmethode der liberalen Ära mit offenen und versteckten Mitteln zu durchbrechen sucht, ist selbstverständlich. Und nicht ohne Erfolg. In Mainz ist es ihr gelungen, den Religionsunterricht wöchentlich um eine Stunde zu vermehren. Die Regierung hatte das 1885 für die oberen Klassen gestattet: die Kreis-Schulkommission, deren Seele der Kreis-Schulinspektor Balmager ist, hatte aber diese Konzession aus eigener Machtbefugniß auch auf die unteren Klassen ausgedehnt. Abgesehen von dieser eigenmächtigen Ueberschreitung ihrer Befugnisse hat sie dann einen Lehrstoffplan für diese Stunden eingeführt, der den Pfarrern ein Aufsichtsrecht über die Lehrer einräumt, das nach dem heftigen Schulstreit ganz unstatthaft ist. Außerdem wurde diese Stunde von der Geistlichkeit benutzt, um eine genaue Kontrolle über den Kirchensbesuch der Kinder einzuführen, eine Kontrolle, die zum direkten Zwang führte, indem man mit den jesuitischen Knissen den Nichtbesuch bestrafte. Der staatliche Schulzwang war damit zum staatlichen Kirchenszwang erweitert. Gen. David eröffnete die Debatte mit einer Fülle von authentischem Material, das eine durchschlagende Wirkung übte. Der Erfolg seiner streng sachlichen Rede wurde noch erhöht durch die ganz unsachliche Art, mit der der Abg. v. Brentano darauf reagierte. Seine im heftigen Landtag schon längst außer Kurs gesetzten Tiraden von Resolution, Ansturz von Thron und Altar verfielen so gänzlich ihren Zweck, daß der Abg. Dr. Schmitt (Z.) seinen eigenen Fraktionsgenossen desavouirte. Aber auch er scheiterte an der Unmöglichkeit, das sachliche Beweismaterial David's zu erschüttern. Gen. Ulrich leuchtete dem Herrn v. Brentano mit solcher Macht und einem so drastischen Mitterwib herein, daß der neugeborene Parlamentarier gewiß an diesem ersten Versuch, das rothe Geipst zu jähren, genug hat. Gen. David präzisirte in seinem Schlusswort nochmals den von geistlicher Seite unternommenen Einbruch in das Volksschulgesetz und der Regierung blieb nichts übrig, als die Kreis-Schulkommission preiszugeben und Untersuchung und Abklärung der Missethate in Aussicht zu stellen. Den schwarzen Herren dürfte durch die Verhandlungen die Lust, ihr Regiment auf Lehrer und Schüler auszudehnen, arg vergrößert worden sein.

Aus Elsaß-Lothringen, 10. Dezember. (Sig. Ber.) Die letzten verflochtenen Jahre haben zahlreiche Beispiele dafür gebracht, daß der alles überwachende Militarismus immer dreister in die Verhältnisse des bürgerlichen Lebens eingreift. Im folgenden ein neues Beispiel dieser Art. Vor einigen Wochen stand vor dem Schwurgericht zu Colmar der Mechaniker Engasser unter der Anklage, durch einen Schuss aus seinem Jagdgewehr den Tod eines Dragoners von dem dort in Garnison liegenden Kavallerieregiment herbeigeführt zu haben. Die Verhandlung, deren Ausgang im ganzen Lande mit Spannung erwartet worden war, endigte mit der Freisprechung des Angeklagten, da der Verteidiger der Nachweis gelang, daß sich die Waffe Engasser's ohne seine Schuld entladen hatte, als er den gebliebenen Dragoner, der im Verein mit einigen Kameraden in einer Sonntagnacht des Juns durch das verschlossene Thor in das Anwesen des Angeklagten einzudringen versuchte, mit Gewalt hieran hindern wollte. Das freisprechende Verdict der Geschworenen, gegen welches, nebenbei bemerkt, die Anklagebehörde Revision beim Reichsgericht angemeldet hat, scheint nun den Befehl der Colmarer Militärbehörde nicht gesunden zu haben. Dieselbe sähle sich wenigstens veranlaßt, in recht eigentümlicher Weise gegen einen der Verteidiger Engasser's, Rechtsanwalt Dr. Behr in Colmar, vorzugehen. Derselbe ist Mitglied des dortigen Vergnügungsvereins „Erdolung“, der sich im übrigen aus den Kreisen der Offiziere und höheren Beamten rekrutirt. Nach Beendigung des Prozesses Engasser ist nun seitens der Militärbehörde an die Vereinsleitung in dringender Form das Ersuchen gestellt worden, das Mitglied Dr. Behr ohne weiteres aus dem Verein auszuschließen. Die Vorstandschaft scheint jedoch diesem sonderbaren Ansuchen nicht entsprechen zu wollen, da sie der Ansicht ist, daß einem Rechtsanwalt aus der pflichtgemäßen Ausübung seines Berufs auch dann kein Vorwurf zu machen sei, wenn derselbe den Intentionen der Herren Militärs nicht entspricht. Die Folge dieser Stellungnahme wird nun sein, daß die Offiziere in corpore ihren Austritt aus der „Erdolung“ bewerkstelligen werden. — Die Militärbehörde scheint jedoch auch noch auf andere Weise sich „Genugthuung“ für den Fall Engasser verschaffen zu wollen. Sie hat nämlich über die Wirtshaus „Zur Stadt Reims“, in welcher G. zu verkehren pflegt, die Militärsperrverhängung verhängt, angeblich deshalb, weil der Inhaber des Lokals von der That Engasser's keine Anzeige erstattete, obwohl er davon erfahren hatte. Nun waren aber mehrere Soldaten Augenzeugen des unglücklichen Vorfalles, von denen zu erwarten war, daß sie denselben zur Meldung bringen würden, sobald dem Wirtse keinerlei Verpflichtung zur Anzeige erwuchs. — Die seitdem nachfolgte, welche die Militärbehörde dem Fall Engasser folgen läßt, sind gewiß in keiner Weise geeignet, die Versöhnung der reichsständischen Bevölkerung mit den neuen, preussisch-deutschen Zuständen zu fördern, sie haben erklärlicherweise in weiten Kreisen der Bürgerschaft Colmar's berechtigte Entrüstung hervorgerufen.

Strasbourg, 8. Dezember. Einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ zufolge werde die Regierung dem im Vorjahre gegebenen Versprechen, den Entwurf eines reichsständischen Preßgesetzes dem gesetzgebenden Faktoren im laufenden Winter vorzulegen, nachkommen: Der Entwurf ist bereits fertiggestellt. Er deutet sich im wesentlichen mit dem Reichs-Preßgesetz, die abweichenden Bestimmungen beziehen sich vor allem auf die ausländische Presse. Ob der Entwurf dem Bundesausschuß oder dem Reichstage zugehen wird, ist noch nicht bestimmt. Nach dieser Richtung kommt in Betracht, daß bisher alle reichsständischen Gesetze auf dem Wege der Reichs-Gesetzgebung in Elsaß-Lothringen eingeführt wurden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich, wie uns geschrieben wird, vor der hiesigen Strafkammer der Tischlermeister Urbanitzki zu verantworten. Der Angeklagte wurde aber freigesprochen. Das Gericht nahm nämlich an, U. sei bei Begehung der That so betrunken gewesen, daß sein Zustand als ein willenloser bezeichnet werden müßte. Die inkriminirte Äußerung war am Bierische gefallen und die Demuntiation hatte ein „guter Freund“ erstattet, welcher gleichfalls am Bierische gefessen.

Von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen ward in der Sitzung der Strafkammer zu Hannover vom 8. ds. Mts. der Härbermeister Otto Gerhardt aus Hameln. Derselbe sollte bei der Geburtsstagsfeier des Kaisers sich ungestümmer Äußerungen bedient haben. Der Angeklagte bezeichnete die Demuntiation als Rache-Akt. Das Gericht legte denn auch den Angaben des Belastungszeugen nicht die zur Verurteilung nöthige Glaubhaftigkeit bei, weshalb Freisprechung erfolgte.

Wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Gendarmen Gärtners aus Neustadt ward in der vorgestrigen Sitzung der Strafkammer I des Landgerichts zu Hannover der Zimmermann Heinrich Böge aus Klenndorf zu 2 Monaten und einer Woche Gefängniß verurtheilt.

Oesterreich.

Wien, 11. Dezember. Großes Aufsehen erregt hier eine angeblich inspirirte Korrespondenz des Krakauer „Gas“, worin eine rein absolutistische Uebergangsperiode für Oesterreich angekündigt und Graf Badeni als der zukünftige Mann derselben bezeichnet wird.

Wir trauen dem Oesterreichischen Kaiser viel, aber doch nicht einen solchen — Genie Reich zu.

Prag, 11. Dezember. Heute begannen vor dem Strafgericht die Verhandlungen wegen der jüngsten Ausschreitungen und Plünderungen. Bis Mittag wurden sechs Angeklagte wegen Aufstaus, öffentlicher Gewaltthätigkeit und Diebstahls zu Freiheits-

Krahen von 3 Wochen bis zu einem Jahre schweren Keckes verurteilt.

Nachdem abermals in einigen Restaurants Exzesse vorgekommen sind, wurde der Befehl erneuert, die Lokale Abends um 10 Uhr zu schließen. Ebenso müssen auch die Bahnhofsrestaurants jetzt schon um 10 Uhr geschlossen werden.

Seitdem ist der gefasste Beschluss in deutscher und tschechischer Sprache ein Befehl des Korpskommandos bekannt gegeben worden, nach welchem der Kaiser unter Hervorhebung des vollen Vertrauens auf die bewährte Pflichttreue aller Truppen seine Befriedigung über die anstandslos korrekte Haltung aller Truppenkörper ausgesprochen hat, welche berufen waren, anlässlich der jüngsten belagerten Verhältnisse die Befriedigung für die Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung thätigst einzusetzen.

Der kommandierende General Graf Grünke hat das Oberkommando über die beiden in Böhmen dislozierten Korps übernommen.

Ungarn.

Budapest, 10. Dezember. Das Abgeordnetenhause erledigte in der Spezialdebatte die Vorlage betr. die Oris- und Gemeindefinanzen. Der Antrag August Pulszky's, nach welchem in Schulbüchern und in den für die Öffentlichkeit bestimmten Ausgaben neben der amtlichen Benennung auch die bisher gebräuchlichen Orts- und Gemeindefinanzen beibehalten werden können, wurde mit 106 gegen 70 Stimmen angenommen.

Frankreich.

Paris, 11. Dezember. (Voll. 31.) Der Begutachtungs-Ausschuss der Kammer nahm einstimmig einen Gesetzentwurf des Abgeordneten Glandin an, der die Blätter verpflichtet, unentgeltliche Berichtigungen in doppelter Länge des Angriffs binnen drei Tagen, während der Wahlbewegung nach vierundzwanzig Stunden zu veröffentlichen, wenn sie hierzu von dem summarisch verfahrenen Richter verurteilt werden. Verurteilung gegen das Urteil hat keine anschließende Kraft. Ist die Berichtigung länger als das Doppelte des Angriffs, so muss die Zeitung sie trotzdem drucken, nur muss der Ueberschuss nach dem Gebührensatz für gerichtliche Anklagen bezahlt werden. Die radikalen Blätter besprechen diesen Gesetzentwurf mit Entrüstung und hoffen, die Kammer werde ihn wenigstens mildern; ginge er durch, so könnte ein reicher Bewerber während der Wahlbewegung alle Blätter mit seiner Prosa ausfüllen und die Gegner vollständig mundtot machen.

Abg. de Beauregard gedenkt Dienstag einen Gesetzentwurf einzubringen, dessen Bestimmungen lauten: Jedem Individuum von jüdischer Abstammung ist es verboten, irgend einer öffentlichen Verwaltung anzugehören; jeder von ausländischen Eltern kommende Franzose kann erst im zweiten Geschlecht zu einem Staatsamte zugelassen werden.

Paris, 10. Dezember. Der Senat nahm den Gesetzentwurf an, durch welchen die Regierung ermächtigt wird, sofort und bis das Parlament seine Entscheidung getroffen, durch einfachen Erlass die Zölle zur Anwendung zu bringen, falls sie eine Spekulation in Importartikeln verhindern will. Die Kammer hat den Gesetzentwurf bereits früher genehmigt.

Luxemburg.

Luxemburg, 7. Dezember. (Sig. Ver.) Nachdem die Minister eingesehen, dass sie mit ihren Forderungen nicht durchdringen würden, ließen sie sich mit der Regierung in ein Kompromiß ein, demzufolge die Schullehrer viermal wöchentlich je eine Viertelstunde den Katechismus von den Schülern abhören sollen.

Dieser Antrag wurde mit 27 gegen 16 Stimmen angenommen. Die Minister wären mit all' ihren Forderungen abgewiesen worden, wenn nicht im letzten Augenblicke die ebenem antiliberalen Regierung ihre liberalen Freunde im Stiche gelassen und mit den Liberalen gemeinsame Sache gemacht hätte. Sowohl Liberalen wie Regierung erlangen einen richtigen Pyrrhussieg.

England.

Bristol, 11. Dezember. Der Schachspieler Piers Beach hielt gestern hier eine Rede, in welcher er ausführt, er glaube nicht, daß England irgendwie mehr wünsche nach Indien einzufallen, als England wünsche einen Einfall nach Zentral-Asien zu machen. Westlich Englands führte der Schachspieler aus, wenn die Zeit dazu gekommen sei, werde der Vormarsch nach Asien auszuführen werden und die Regierung werde nicht ärgern, von dem Parlamente die Unterstützung Englands bei diesem Unternehmen zu verlangen. Schließlich jagte der Minister, Englands Regierung müsse bereit sein, seine Rechte im Auslande manchmal selbst auf die Gefahr eines Krieges hin zu wahren, wenn sie nur sicher sei, daß diese Rechte bestehen, und von dem Vertrauen getragen werde, daß sie die Unterstützung und den Glauben des Volkes auf ihrer Seite habe.

Italien.

— **Rudini** ist es doch gelungen, ein Koalitionministerium zu bilden, das die Vertretung der meisten Gruppen des Linken umfasst. Offiziell ist das Kabinett noch nicht konstituiert.

Rumänien.

Bukarest, 11. Dezember. Der Universitätsrektor demissionierte infolge der jüdischen Demonstrationen eines Theiles der hiesigen Studentenschaft; auch der Rektor des Polizeipräsidiums soll demissionieren.

Amerika.

— **Neber die revolutionäre Bewegung in Guatemala** sind in New-York folgende Nachrichten eingetroffen: Obwohl die Insurgenten von Guatemala geschlagen worden sind, dauert die Aufregung in der Republik fort. Eine neue Revolution droht auszubrechen infolge der grausamen und unmenschlichen Mittel, die der Präsident der Republik, General Reina Barrios, ergriffen hat, um seine Gegner zu machen und zu schrecken. Wer von diesen in seine Hände fällt, wird ohne Erbarmen angegriffen. Tödtlich werden von der Polizei fast 200 Personen getödtet.

General Barrios, der unlängst den roten Adlerorden einer Klasse verliehen erhielt, gilt als ein „Freund“ Deutschlands. Besonders stolz brauchen wir auf diesen Freund nicht zu sein.

Rio de Janeiro, 10. Dezember. Der Kongress ist heute geschlossen worden. Das Budget weist einen Fehlbetrag von nahezu 30 Millionen Milreis auf. Eine Erhöhung der Einnahmen soll durch eine Zusatzsteuer erreicht werden.

Parlamentarisches.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages ist zum 14. d. M. einberufen worden. Sie soll die ihr vom Präsidium übertragenen Entscheidungen darüber fällen, ob das Mandat des Abg. Dr. Baasche (nat.) durch dessen Verletzung an die Technische Hochschule in Charlottenburg erloschen ist. Die neue Stellung des Abg. Dr. Baasche hat, nach der „Allgemeinen Volkszeitung“, zwar keine Gehaltserhöhung, aber eine Rangserhöhung (V) zur Folge.

Der Zentrumsführer Abgeordneter Dr. Lieber ist, wie die „M. B. Post“ meldet, am Donnerstag Vormittag plötzlich von seinem alten neuralgischen Magenleiden wieder befallen worden. Das Leiden ist diesmal mit einer solchen Heftigkeit aufgetreten, daß die näheren Freunde des Erkrankten ersichtlich um ihn besorgt sind.

Partei-Nachrichten.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee für das Herzogthum Braunschweig hat beschlossen, abermals eine Agitation zur Erreichung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts durch Versammlungen an den einzelnen Orten des Herzogthums in die Wege zu leiten und damit die Agitation für die nächsten Reichstags-Wahlen zu verbinden.

Bei der Stadtverordneten-Wahl in Barmen unterlagen unsere beiden Kandidaten Scharmer und Grube mit 1898

und 1808 Stimmen, obwohl sie gegenüber der Hauptwahl 550 bis 600 Stimmen mehr erhalten hatten. Gewählt wurden 1 Wismarscher Kandidat, 2 Freisinnige und 1 Konservativer mit 2383—4071 Stimmen. Das Zentrum stimmte für die Freisinnigen. Für den Wismarscher Kandidaten, der die höchste Stimmenzahl erhalten hat, stimmten alle drei Gruppen. Wenn es den Parteigenossen in Barmen trotz ihrer fleißigen Agitation noch nicht gelang, ein Mandat zu erobern, so ist doch das erreicht, daß die Herren im Stadtrat künftig die Interessen der Arbeiter mehr berücksichtigen werden als bisher. Das Vorhandensein von 1900 Wählern, die öffentlich ihre Stimme zu gunsten der Sozialdemokratie abgaben, ist eine Thatfache, die man nicht außer Betracht lassen wird.

Aus Johannesburg in Südamerika wird uns geschrieben: Die Verhandlungen des Hamburger Parteitags haben uns ungemein erfreut. Zuerst auch, wie es der Fortschritt der Partei bedingt, Meinungsverschiedenheiten zu Tage, in der Hauptsache sind die Vertreter einig gewesen. Mit der Hoffnung der Gegner, die Partei werde sich spalten, war es also wieder nichts. Der Parteitag wird auch den deutschen Sozialdemokraten im Ausland ein Ansporn sein, unermüdet im Dienste der Internationale weiter zu wirken, nicht achtend der damit verbundenen Opfer und Anstrengungen. Bedenke doch der lebensfrische Jung, der durch den Hamburger Parteitag wehte, auch in unseren Herzen neue Hoffnung, neuen Mut.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Redakteur Kohn von der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ wurde wegen Pastoren-Beleidigung in Kiel zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die organisierten Steinarbeiter Deutschlands sandten den englischen Maschinenbauern gestern als 5. Rate 1500 M.

Zur Zentralisation der Krankenkassen. Die Generalversammlung der Orts-Krankenkasse des Töpfergewerbes beschloß: Der Vorstand wird verpflichtet, für die Verwirklichung der Zentralisation sämtlicher Orts-Krankenkassen von Berlin und Umgebung mit aller Energie einzutreten.

Die Generalversammlung der Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen vom 5. d. Mts. sprach sich im Prinzip für die Zentralisation aus, beschloß aber, in anbetracht der gegenwärtigen Auffassung der Aufsichtsbehörden, sie vorläufig abzulehnen.

Deutsches Reich.

Angesetzt wurde in Danzig eine Versammlung der Vereinigung der Maler und Lackierer, weil an der Versammlung Sätze theilnahmen. Zum Ueberfluß wurde das Lokal für den ganzen Abend gesperrt und zeitweilig sogar von 8 bis 10 Schulknerten bewacht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß hier die Behörden zu Mitteln greift, die jeder geselligen Grundlage entbehren. Bezeichnend für unsere Rechtszustände ist es, daß derartige Mittel nun schon wiederholt gegen den Verein in Anwendung gekommen sind, ohne daß diesem Vorgehen unterer Behörden Einhalt gethan wurde.

Die Barbier- und Friseurgeschäften in Bielefeld befinden sich in einer Lohnbewegung, weshalb Zugang nach dort möglichst zu vermeiden ist. — In Stuttgart haben 73 Friseur den Gehältern einen Minimallohn von 4 M. wöchentlich bei freier Station bewilligt, während 62 trotz der dem Publikum auferlegten Preiserhöhung noch nicht bewilligt haben. Die Gehältern haben nun an das Publikum die Bitte gerichtet, sich nur in den Geschäften bedienen zu lassen, welche bewilligt haben.

Eine gut besuchte Bergarbeiter-Versammlung in Celdnig i. Erzgeb. stellte für das Reichs-Vergesetz die Berücksichtigung folgender Forderungen auf: 1. achtsündige Schichtzeit; 2. Vermehrung der Berginspektoren; 3. Verbot der Ueberschichten; 4. unvorhergesehene Naturereignisse dürfen keine Veranlassung sein, den Betrieb einzustellen (wie z. B. in Zwickau bei dem letzten Hochwasser); 5. Knappschaftskasse; ein Arbeiter, auch wenn er nach § 80 des Vergesetzes unter 1 bis 11 entlassen wird, darf seiner Kassengehalt nicht verlustig gehen; 6. Verbot der Frauenarbeit; 7. Regelung der Arbeitszeit an heißen Orten; diese soll nicht über sechs Stunden betragen; 8. Haftpflicht des Unternehmers bei Unfällen, wenn Nachlässigkeit der Befehlshörung u. s. w. nachzuweisen ist; 9. Berg-Schiedsgericht; es soll eine weitere Berufungsinstanz eingeführt werden; 10. Betriebseinstellung während der Ein- und Ausfahrt.

Soziales.

Krankenkassenwesen. Der Zentral-Kranken- und Sterbelfasse der deutschen Wagenbauer (G. H.) zu Göttingen, der Zentral-Kranken- und Sterbelfasse der Tapezierer und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands (G. H.) zu Hamburg und dem Allgemeinen Krankenverein Altona von 1869 (G. H.) ist vom Reichskanzleramt von neuem die Bescheinigung erteilt worden, daß sie vorbehaltlich der Höhe des Kronenbeitrages, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen.

Der Norddeutsche Lloyd in Bremen hat die Zwischen-Deck-Fahrtpreise nach New-York und Baltimore erhöht. Es treten nachfolgende Preise sofort in Kraft: nach New-York mit Schnelldampfer 160 M., mit Postdampfer 140 M.; nach Baltimore mit Postdampfer 140 M., mit Norddampfer 140 M., nach Galveston mit direktem Dampfer 180 M.

Die Kommission des städtischen Arbeitsamts in Stuttgart hatte beim Gemeinderat beantragt, den Arbeitslosen, die nach auswärtiger Stellung gehen wollen, die Reisekosten zu erstatten. Der Antrag fand Sympathie. Es soll ein entsprechender Betrag in den nächsten Etat eingestellt und zugleich auf Ermäßigung der Eisenbahn-Fahrtpreise hingewirkt werden. Angeregt wurde der Gedanke, von dem Leiter des Arbeitsamts, Herrn Altherrn.

Die bayerische Konferenz, die in München über die Zentralisation der Arbeitsnachweiskstellen beraten soll, ist jetzt vom Ministerium des Innern auf den 11. Dezember einberufen worden.

„Wenn Dich die bösen Suben locken, so folge nicht!“

(Sprüche, Salomonis 1, 10.)

Sieht da vor wenigen Tagen in dem Restaurant von Streif, Nannysstraße, ein Arbeiter G. und stant über die schlechten Zeiten nach. Da setzt sich zu ihm ein Herr Schulze. Schulze ist ein Begriff. Um klarer zu stellen, welcher von den vielen Schulze's gerade dieser Schulze war, sind noch mehr Merkmale erforderlich. Dieser Schulze war einer der Belastungszeugen in dem Prozeß Kuer und Gen. aus der Adressen. Im Polizei-Etat fungirt derselbe Schulze als Kriminalbeamter. Er hatte zu einzigen Besprechungen über Organisation der Wahlvereine als „Malermeister Schulze“ sich einführen lassen und ist in Berlin seit jenem Prozeß Kuer, in dem festgestellt wurde, daß er nie Malermeister war, der nie einen Pinsel geführt, sondern nur solche gesucht hat, als der „Malermeister Schulze“ nicht gänzlich unbekannt. Befagter Schulze beginnt mit dem Arbeiter G. ein Gespräch, traktirt ihn mit Bier, dann mit Abendbrot, auch mit Zigarren. Zu welchem Zweck? Ist Schulze solch' Gemüths Mensch? Je nun, Schulze ist — Kriminalbeamter und theilte dem G. mit, er habe schon lange die Ehre, ihn, G., zu kennen. Er, Schulze, sei Kriminalbeamter für die politische Polizei. Als solcher habe er ja brillante Ver-

bindungen. Er wisse alles. Aber er — möchte noch mehr wissen G. könne sich ein schön Stück Geld verdienen, wenn er ihn über geheime Sitzungen von Sozialdemokraten berichte. Da G. auch verheiratet sei, so könne ja Frau G. ein bißchen über die Frauenbewegung mittheilen. Das rentire sich brillant. G. würde in der ersten Woche 30 M., in der zweiten Woche 60 M. erhalten; es würde ihm dann auch zu Weihnachten eine Kueipe errichtet werden. G. lehnte dies Anerbieten für seine Frau höflich dankend ab. So nett, intelligent und schön seine Frau sei, so resolut sei sie auch. Schulze solle davon absehen, ihn (G.) in seiner Wohnung zu besuchen, sonst könne er für die Folgen einer Aussprache seiner Frau mit Schulze nicht stehen. Malermeister Schulze meinte: das würde sich ja schon finden; zunächst könne G. ja das ihm, dem Schwamm, geltende Anerbieten sich überlegen. Er, Schulze, kenne den G. schon sehr lange und wisse, daß er ein tüchtiger Mensch sei. „I woher kennen Sie mich denn aber?“ Das will ich Ihnen gern sagen. Sie haben in dem Lokal von K. in einer geschlossenen Gesellschaft verkehrt. Mich interessirte diese Gesellschaft nun so, daß ich durch das Guckloch, das aus einem Nebenraume auf einen Theil dieses Zimmers blickt, oft geschaut habe und da sahen Sie mir immer gegenüber. Sehen Sie, ich habe ja samole Verbindungen; meine Kollegen sind recht neidisch darauf. Ich möchte aber noch bessere Verbindungen haben. Ueberlegen Sie sich die Sache. Geld ist da leicht verdient: 80 Mark die erste Woche, 60 die zweite und, wenn ich dann gut bedient werde, so wird Ihnen so um Weihnachten rum auch noch eine Kueipe eingerichtet. Ueberklaffen Sie die Sache: diesen Dienstag (am 7. d. M.) treffen wir uns in dem Wurst-Restaurant Cafe Oranien- und Alexandrinenstraße. Hier haben Sie auch noch ein Duzend Zigaretten. Wir werden schon einig werden. Aber wehe Ihnen, wenn Sie mich verrathen. — Malermeister Schulze verabschiedete sich. Unser G. probirt die Zigaretten, ihm danach, die Sache stinkt. Einigen seiner Freunde theilt er dann den Sachverhalt mit. Am Dienstag zur bestimmten Stunde traf Malermeister Schulze vor dem Restaurant ein. Leider gingen just zur selben Zeit einige der in dem Prozeß Kuer verurtheilten Genossen ebenda vorbei — darauf verschwand der Malermeister Schulze. — Dieser Vorfall aus der jüngsten Zeit beweist, daß mit den Verlogen, Spindel unter anständigen Menschen zu werden, nicht aufgehört wird. Das kolossale hohe Angebot beweist, daß Malermeister Schulze oder ein anderer in Nöthen ist. Derartige Anerbietungen müssen notwendigerweise Dampen dazu führen, geheime Verschwörungen, geheime Verbindungen u. dgl. auf Lager zu arbeiten. Wann soll von diesem Vorgehen Gebrauch gemacht werden? Reizen die Schlappen in den Prozeßen Kuer, Beckert etc. zu neuen Niederlagen der politischen Polizei? Uns scheint, daß das Geld der Steuerzahler besser als für solche nutzlose Experimente verwertet werden könnte.

Gerichts-Zeitung.

Das Auffuchen von Waarenbeschlagnahmen bei Privatden betrifft eine wichtige Entscheidung des Kammergerichts, die zu erfahren um so mehr im Interesse der Beteiligten liegt, als sie dem früheren Anschein nach mit einer vor etlichen Wochen von uns veröffentlichten Kammergerichts-Entscheidung in Widerspruch steht. Die Novelle zur Gewerbe-Ordnung, die am 1. Januar des laufenden Jahres ihre Rechtskraft erlangte, bestimmt folgendes: Beschlagnahmen von Waaren dürfen ohne vorgängige ausdrückliche Aufforderung nur aufgesucht werden bei Kaufleuten, in deren Geschäftsräumen, oder bei solchen Personen, in deren Geschäftsbetriebe Waaren der angebotenen Art vorhanden sind. Wegen Vergehens gegen diese Bestimmung wurden ein Geschäftsinhaber und dessen Reisender angeklagt. Der Reisende erschien eines Tages im Antrage seines Chefs bei Privatleuten und hat sie, ihm ein mitgebrachtes Schriftstück zu unterschreiben, worin die Unterzeichneten das Ersuchen aussprechen, der Kaufmann möge seinen Reisenden mit Waaren beziehungsweise Waarenproben zu ihnen senden. Sowie die Leute die Unterschrift geleistet hatten, legte ihnen der Reisende seine Artikel zur gefälligen Auswahl vor. Schöffengericht und Landgericht vernichteten deswegen sowohl den Reisenden wie seinen Chef zu Geldstrafen von je 50 M. Die Gerichte nahmen an, daß hier eine vorgängige Aufforderung im Sinne des Gesetzes vorliege. Das Gesez wolle das Publikum vor den Belästigungen der Reisenden schützen und dieser Zweck werde durch Fälle wie der vorliegende verhindert. Die Angeklagten legten Revision ein und machten geltend, das Gesez sei von ihnen nicht verletzt worden. Aber auch das Kammergericht entschied zu ihren Ungunsten. — In dem oben erwähnten Falle war die Freisprechung der Angeklagten, auch eines Kaufmanns und seines Reisenden, erfolgt, obwohl die in betracht gekommenen Privatleute ebenfalls von dem Kaufmann veranlaßt worden waren, ein Formular zu unterschreiben, worin er aufgesucht wurde, ihnen seinen Reisenden zu schicken. Das Formular war jedoch den Leuten vor dem Besuch des Reisenden und vor seinen Angeboten zu gegangen und retournirt worden. Die Rechtslage ist also die, daß die Geschäftleute selbst die Aufforderung zum Besuch des Reisenden veranlassen dürfen, daß dies aber geschehen muß, bevor der Reisende die Wohnungen der vorausgeschickten Kunden betritt.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Paris, 11. Dezember. Der Richter Kempfer, dem der jüngere Justizminister Ricard seinerzeit die Untersuchung der Panama- und Südbahn-Affäre anvertraut hatte, hat heute in einem Falle von Schwermuth seinen Lebensabend gemacht, indem er sich aus einem Fenster des Justizpalastes hinabstürzte.

Paris, 11. Dezember. (B. Z. B.) Die halbamtlichen Blätter erklären, daß die Engländer die von dem Major Jeslinton am 17. November besetzte Stadt Bama, an der Grenze der Eisenbahnlänge, würden räumen müssen, da Bama untrüglich Frankreich gehöre.

Brügge, 11. Dez. (B. Z. B.) Das Schwurgericht sprach heute nach mehrstündiger Verhandlung dem Major der Bürgergarde, Gansbrauwera aus Ouden, welcher auf anonyme Anzeigen hin angeklagt war, seine Frau vergiftet zu haben, frei.

Antares, 11. Dez. (B. Z. B.) Infolge eines Verhörs kam es zwischen dem Direktor der „Epoca“, Filipeco, und dem Direktor der „Independencia“ Roumano, Lahovary, zu einem Tugendbuche, in welchem Lahovary getödtet wurde.

Genève, 11. Dezember. (B. Z. B.) Bei einer Entenjagd auf dem Lago Maggiore stieß ein Boot mit fünf Jägern um; drei davon ertranken, darunter der bekannte Maler der Awalet Dr. Zanini.

Tarnopol, 11. Dezember. (B. Z. B.) Bei Arzhowe erlegte ein Borsing 14 Waggons wurden zerstört.

Dabaua, 11. Dezember. (B. Z. B.) Während der letzten zehn Tage hatten die Australischen einen Verlust von 113 Todten und 35 Gefangenen; 348 Australische unterwarfen sich. Die Spanier hatten 14 Todte und 121 Verwundete. Nivas Rivera, der Nachfolger Macros, ist als Gefangener an Bord eines Schiffes gebracht worden, um nach Cadix geschickt zu werden.

Reichstag.

8. Sitzung vom Sonnabend, den 11. Dezember.

Vom Bundesratliche: Graf Posadowsky, v. Gopler, Lippich, v. Ziehlmann, v. Bülow.

Präsident v. Nolde eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr. Ein schleimiger Antrag Kuer (Soz.) auf Einstellung eines gegen den Abg. Horn (Sachsen, Soz.) beim Landgericht Dresden schwebenden Strafverfahrens wird debattiert und angenommen.

Tagesordnung: Erste Lesung des Etats.

Abg. Fröhen (B.): Der Staatssekretär hat uns gestern eine durchaus sachgemäße Darstellung der Geheimnisse unseres Reichshandels gegeben. Ich bin im Allgemeinen mit ihm einverstanden und habe nur wenige Ausstellungen zu machen. Ich stimme mit ihm überein, daß die Verhandlungen der anderen Länder über die Zuckerpflanzen abgewartet werden müssen. Dann bin ich erfreut über die Errichtung einer Zentralbehörde in Zolssachen. Der Schatzsekretär sagte weiter, er würde gern einen Gesetzentwurf einbringen, der eine noch höhere Schuldentilgung vorsieht, vorausgesetzt, daß wir die Matrikularbeiträge nicht erhöhen. Das wäre ein Weg zu der von uns wiederholt abgelehnten Finanzreform. Wir können nicht garantieren, daß wir die Matrikularbeiträge nicht erhöhen, denn sie sind unfer besserer Schutz gegen neue Steuern, sie zwingen auch die Finanzminister der Einzelstaaten auf den Reichshandels ein Augenmerk zu haben. Der Gedanke der Finanzreform ist in seiner Tendenz im höchsten Grade partikuläristisch. Die gestrige Rede des Schatzsekretärs war nicht so richtig angehaucht, wie die Schilderung der Finanzlage bei Gelegenheit der Marinevorlage. Die Finanzlage ist in der That nicht mehr so günstig wie im vorigen Jahre. Die Schuldentilgung wird dieses Jahr eine bei weitem geringere sein müssen. Ich will nun noch einige Bedenken vorbringen, den Marine-Etat aber nicht mehr berühren. Das Protokoll ist der Kommission überweisen, wir werden die Ergebnisse ruhig abwarten, ehe wir uns schlüssig machen. Das letzte Wort ist noch lange nicht gesprochen und wird sobald noch nicht gesprochen werden. Ich will für meine Person der Hoffnung Ausdruck geben, daß eine Einigung erzielt wird. Vielleicht, daß die eine Seite in der Form, die andere Seite in der Sache entgegenkommt. Was den Etat des Auswärtigen Amtes betrifft, so begreife ich die Summe für Unterstüfung deutscher Schulen im Auslande. Die Schulen müssen aber genau angegeben werden. Bei dem Etat von Ostafrika ist mir der Reichszuschuß für die Usambai'er Eisenbahn aufgefallen. Diese Eisenbahn scheint doch ein verfrachtetes Unternehmen zu sein. Für die Eisenbahn von Swakopmund-Windhoek ist eine Million gefordert. Wir bitten um den Nachweis, daß die Eisenbahn notwendig ist. Die an sich geringe Summe würden wir dann gern bewilligen. Auch bezüglich der Hafenanlage in Swakopmund erbitten wir nähere Auskunft in der Kommission. Ehe ich den Etat des Auswärtigen Amtes verlasse, will ich noch auf eine Neuerung des Grafen Limburg-Stirum zurückgreifen. Er sagte, die Zeitung der Auswärtigen Angelegenheiten hat im Auslande an Ansehen eingebüßt. In dem Moment, wo für uns in Ostafrika so große Interessen auf dem Spiele stehen, war diese Neuerung unangebracht, selbst wenn sie sachlich berechtigt gewesen wäre. Ich theile diese Ansicht aber auch sachlich ganz und gar nicht. (Sehr richtig! im Centrum.) Ich komme jetzt zu dem Reichsamt des Innern. Da werden wir zunächst die Einnahmen an dem Nord-Ostsee-Kanal genau prüfen müssen und untersuchen, ob es nicht möglich ist, die Einnahmen zu heben; jedenfalls werden wir uns einweisen dem aufrieden geben müssen, daß die Betriebskosten gedeckt werden. Die Mehrforderung von 200 000 M. zur Unterstüfung der Hochseefischerei findet unsere volle Billigung. Es wird ferner ein Zuschuß zum Juvalienfonds in der Höhe von 235 Mill. gefordert; wir haben es hier mit einer dancenden Ausgabe zu thun, die jedes Jahr um 2-3 Millionen wächst. Der Staatssekretär hat uns mitgeteilt, daß die Novellen um Unfall- und Invaliditäts-Gesetz in diesem Jahre nicht wieder vorgelegt werden sollen; wir haben aber den dringenden Wunsch, daß die Vorlagen vorerst in nächsten Jahre an den Reichstag gebracht werden. Wir hoffen ferner, daß dem dringenden Wunsch des Reichstags, betreffend die Aufhebung des Verbindungsverbotes endlich Folge gegeben wird. Wir müssen immer wieder besonderen Nachdruck auf die Sozialpolitik legen. Im Kreise meiner Freunde herrscht bereits Mißstimmung darüber, daß die Sozialreform wieder verschoben ist. Die soziale Frage wird wohl noch sehr lange auf der Tagesordnung stehen. Und so lange sie besteht, giebt sie den Unsturzbedrohungen beständig neue Nahrung. Den Unsturz können wir aber nicht durch Ausnahme-gesetze bekämpfen, auch nicht durch Polizeischikanen und strenge Handhabung des Vereins-gesetzes. Es giebt vielmehr nur ein einziges Mittel: unser Bestreben muß darauf gerichtet sein, die Lage der weniger bemittelten Klassen thunlichst zu verbessern.

Im Militär-Etat finden wir Mehr-Ausgaben, die zum großen Theil unsere Billigung finden; vor allem die Verbesserung der Mannschaftskost (92 Millionen), ferner 13-14 Millionen für Naturalleistungen, infolge der Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte; doch kommen diese Ausgaben schließlich der Landwirtschaft zu gute und haben daher unsere Sympathien; sie tragen ja auch bei zur Lösung der Agrarfrage. Mit großer Freude erfüllt hat uns die Verringerung der Militär-Erzte; in dieser Hinsicht hat der Kriegsminister seine Zusage prompt erfüllt. Die sonstigen Posten werden noch in der Kommission näher erörtert werden; hier will ich nur einzelne herausgreifen. Die Mandatskosten haben dieselbe Höhe wie im Vorjahre, nämlich 2 Millionen. Damals wurde uns aber in Aussicht gestellt, daß die Frage der Preussenschädigung in Erwägung gezogen werden wird; wir haben bis jetzt davon nichts gemerkt. Es fragt sich aber überhaupt, ob der Kostenaufwand bei den großen Mandaten im Verhältnis steht zu dem erzielten Nutzen. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Ich komme nunmehr zu der Duellfrage. Da ist uns wohl die Frage an den Kriegsminister erlaubt, ob er uns hier oder auch in der Kommission Mittheilungen darüber machen kann, ob die Kabinettsordre über das Duell bereits zu erheblichen Ergebnissen geführt hat. Achtung vor dem Gesetz ist besonders in einer Zeit notwendig, in der die destruktiven Elemente am Werke sind, die Grundlagen des Staates zu untergraben. Das Duell ist eine vorläufige Negation von Recht und Gesetz. Das Recht ist aber nur eines; die im Staate geltende Rechtsordnung bildet ein einheitliches Ganze. Man kann nicht in einem Punkte die Rechtsordnung negieren und sich auf der anderen Seite als Vorläufer derselben hinstellen. Das ist ein Widerspruch in sich. (Sehr richtig!) Der Anhänger des Duells steht auf demselben Boden wie der, der das Privateigentum verneint. In diesem Punkte stehen die verschiedenen Konfessionen essentiallyerweise im großen und ganzen auf demselben Boden. Nun bin ich weit entfernt, zu glauben, daß die Anschauungen über den Zweikampf — welche übrigens, wie ich besonders hervorheben will, nicht aus der ritterlichen Zeit des deutschen Mittelalters auf uns gekommen sind, sondern wie v. Below nachgewiesen hat, zu uns aus Frankreich übergekommen sind, aus der verkommenen Zeit der französischen Gesellschaft, — in unserer Armee mit einem Schlage zu befeitigen sind. Dazu gehört Zeit und Geduld, recht viel Geduld. Aber eins muß man fordern: daß diejenigen, welche tren dem Gesetz und tren ihrem Gewissen sich im Prinzip gegen das Duell aussprechen, nicht aus der Armee ausgeschlossen werden, in der Linie so wenig wie im Reservestand. (Sehr richtig im Centrum und links.) In der bayerischen Kammer hat der Kriegsminister eine dementsprechende

Erklärung abgegeben; auch unser Kriegsminister hat sich entgegenkommend geäußert. Aber auf eins mache ich aufmerksam: die unteren Behörden, namentlich die Bezirkskommandos, gehen ihren eigenen Weg. Junge Leute werden von ihnen deshalb nicht angenommen, weil sie Gegner des Duells sind. (Sehr richtig!) Die Folge ist, daß große und vornehme Gesellschaftsklassen ihre Söhne vom Heere zurückhalten und sich der Armee feindlich gegenüberstellen und das ist uns tiefste zu bedauern. (Sehr wahr! im Centrum.) Nun zum Pensionsetat. Er hat wieder eine Vermehrung erfahren. Doch besteht das Plus wesentlich in Juvalienpensionen vom Feldweibel abwärts. Das Plus an Offizierpensionen ist nur unwesentlich gewachsen, das will ich ausdrücklich betonen. Im vorigen Jahre haben wir zur Unterstüfung unserer alten Kriegsveteranen aus allen Feldstufen 600 000 M. in den Etat eingestellt. Leider können auch jetzt noch nicht alle Veteranen berücksichtigt werden. Noch immer erhalten etwa 3000 Leute keine Unterstüfung, obwohl sie sie dringend brauchen. Mit 3-400 000 M. ließe sich diese Unterstüfung ermöglchen. Wo uns so große Ausgaben für andere Zwecke zugemuthet werden, sollten wir nicht kargen mit dieser geringen Summe. (Zustimmung links und im Centrum.)

Einige kurze Bemerkungen zum Postetat. Die Ernennung des Herrn v. Pöbbecke ist von den Postbeamten selber mit sehr getheilten Gefühlen aufgenommen worden. Das Mißtrauen scheint aber jetzt im Schwünge begriffen zu sein. Hoffen wir, daß der neue Staatssekretär der Post die dringenden Reformen, von denen so viel die Rede ist, auch wirklich zur Ausführung bringt. Er hat so oft hier im Reichstag mit uns für die Sonntagruhe der Postbeamten gestimmt; möge er sie nunmehr auch einführen! (Bravo!) Ich bedauere, daß unsere Resolution vom vorigen Jahre, die eine Verringerung der Post-Unterbeamten und Band-Briefträger verlangt, in diesem Etat keine Berücksichtigung gefunden hat. Gründe dafür sind uns nicht mitgetheilt worden, vielleicht geschieht es noch. Um so mehr muß ich diese Unterlassung bedauern, wenn ich sie mit der Erhöhung des Gehalts der Unterstaatssekretäre zusammenhalte. (Sehr richtig! im Centrum und links.)

Nach die Repräsentationskosten des Reichstanzlers sind um 64 000 M. höher eingeseht. Unsere Sitten sind nicht mehr von puritanischer Einfachheit, von spartanischer Strenge, wo die schwarze Suppe genügt, um Diplomaten zu bewirthen. Allenfalls mag die schwarze Suppe für bittlenlose Reichstags-Abgeordnete befömmlich sein (Heiterkeit), aber nicht für die Gäste des Reichstanzlers. Doch wollen wir die Mehrforderung gern bewilligen, wissen wir doch, daß sie für die hohen Posten nicht für seine Person, sondern für sein Amt fordert. (Beifall im Centrum.)

Ich ziehe nun das Schlussergebnis des ganzen Etats. Das wir auch in diesem Etat nur mit Hilfe einer Anleihe auskommen können, liegt im wesentlichen an den großen Bedürfnissen für Heer und Marine. Sie sollten nach meiner Auffassung aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden. Jetzt haben wir einen Anleihebedarf von 54 Millionen, von denen 9 Millionen als wirtliche einmalige Ausgaben für den Bau von Reichs-Eisenbahnen gelten können. Das Ideal einer guten Staatsführung würde die Bilanzierung ohne Anleihe sein, und unser Bemühen muß dahin gehen, diesen Punkt zu erreichen, um so mehr, als wir auf die Dauer nicht auf eine solche Steigerung der eigenen Einnahmen des Reiches wie in den Vorjahren rechnen können. Schon jetzt die Oktober-Einnahme einen Stillstand. Wie sind unsere wirtlichen Aussichten? In der Textilindustrie haben wir schon heute eine Krise. Der Kohlenbergbau weist noch glänzende Resultate auf, aber in der Eisenindustrie scheint wir der Höhepunkt erreicht zu sein. Die Bemühungen der Eisenindustriellen, durch Kartelle die jetzige Position zu halten, deuten darauf hin, daß sie selber bereits den Rückschlag fürchten. Zeit er aber ein, dann sinken die Löhne, der Konsum geht zurück, die Einnahmen an den Zöllen fallen und die Ueberschüsse aus Post- und Reichseisenbahnen vermindern sich. Daher ist es unsere Pflicht, schon jetzt bei den Ausgaben die größte Sparfamkeit walten zu lassen. Um das Defizit in schlechten Jahren zu decken, würden neue indirekte Steuern vorgeschlagen werden, die gerade in der Zeit des Niederganges der Industrie die größte Entlastung im Volke erweisen würden, eine Entlastung, die auf die Ueberbürdung der Steuern zurückzuführen würde. (Sehr richtig! links.) Dr. Lieber hat mit Zustimmung aller unserer politischen Freunde bereits erklärt, daß das Zentrum eine weitere Ausdehnung der indirekten Steuern, die schon jetzt über 700 Mill. Mark betragen, unter keinen Umständen will. (Sehr richtig! im Centrum.) Herr Dr. Lieber hat nun direkte Steuern vorschlagen. Tenen stehen aber große Bedenken entgegen. Einmal widersprechen sie dem liberalen Charakter des Reiches, dann sind sie bei der Verschiedenartigkeit der Steuerarten in den Einzelstaaten schwer zu erheben und dann machen sie den direkten Steuern in den Einzelstaaten direkt Konkurrenz. Mit einer neuen Reichsteuer scheint mir also vorläufig nichts zu sein! Zwei Wege würden uns also nur übrig bleiben: Erhöhung der Matrikularbeiträge, oder neue Reichsschulden. Ganz richtig liegen die Dinge also nicht. Wir brauchen nicht nur ein schlagfertiges Heer, eine schlagfertige Flotte, sondern auch starke Finanzen. Wenn wir das Unglück hätten, in einen europäischen Krieg verwickelt zu werden, dann müßten wir das Aufgebot von Millionen von Soldaten, Milliarden von Mark zu ihrer Erhaltung bereit sein. Es ist unsere patriotische Pflicht, unsere finanziellen Kräfte nicht in tiefem Frieden so anzuspannen, daß sie im Kriege versagen! (Beif. Beifall im Zentr.)

Kriegsminister v. Gopler: Ich bin dem Herrn Vordredner dankbar für die wohlwollende Beurtheilung des Militär-Etats. Er hat aber eine Frage hier berührt: die Duellfrage, auf die ich ihm antworten muß. Auf prinzipielle Erörterungen lasse ich mich nicht ein. Die Sachlage ist hier: Erstens ist das Duell strafbar; zweitens sprechen religiöse Rücksichten dagegen; drittens ist der obere Kriegsherr und die Militärverwaltung geneigt, die Duelle zu verringern, so weit es irgend möglich ist. Jeder Fall liegt aber verschieden und muß verschieden beurtheilt werden. Verichtlichend will ich erwähnen, daß niemand, der Offizier werden will, gefragt werden darf, wie er sich zum Duell stellt. Ich begreife eine solche Behauptung, da gerade hier bestimmte Erlasse des obersten Kriegsherrn vorliegen, die allen Behörden mitgetheilt sind. Wenn solche Fälle geschehen, so muß man sich an die Stelle, wo sie geschehen, um Reueben wenden. Was die Wirkung der kaiserlichen Duell-Verordnung vom 1. Januar 1897 anlangt, so war sie in der That ausgezeichnet. Nach meiner Kenntnis sind nur 2 Fälle vorgekommen, wo aktive Offiziere bei einem Duell beteiligt waren. Es sind dies die Fälle in Stargard und Bremen. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, aber die vorläufigen Ergebnisse lassen erkennen, daß in beiden Fällen schwere Verletzungen der häuslichen Ehre vorgekommen sind, also Verletzungen schwerster Art, die ich von meinem Standpunkte und vom Standpunkte des gesammten Offizierkorps nur aus tiefste bedauern kann. In solchen Fällen, wo es sich um die Verletzung der häuslichen Ehre handelt, meine ich, muß man es den betreffenden überlassen, welche Schritte sie wählen. In meinen Augen ist die häusliche Ehre das höchste Gut. Wenn ein Einbrecher ins Haus dringt, benutze ich jede Waffe, um ihn abzuwehren; der Verletzer der häuslichen Ehre muß nach meiner Ansicht mit seinem Leben dafür haften. Wir haben eine Reihe von Fällen, wir können es nicht ändern, in denen unbedingt zugegeben werden muß, daß die Ehre höher steht als das Leben. Das wird einem Soldaten niemals erspart werden und darf ihm nicht erspart bleiben. Ich will diese Fälle nicht spezialistren und kann es nicht. Was nun die gesetzliche Grundlage betrifft, so gebe ich zu, daß die Duelle zweifellos strafbar sind. Der Art. 61 der Reichsverfassung hat den zweiten Theil der Verordnung für die Ehrengerichte vom Jahre 1848, die die Duellfrage regelt, für ganz Deutschland eingeführt. Dieser zweite Theil ließ sich nicht aufrecht erhalten, nachdem das deutsche Strafgesetzbuch die Strafen in anderer

Weise geregelt hat; deshalb mußte die neue Verordnung erlassen werden, die im günstigen Sinne gewirkt hat. Die Quelle haben sich thatsächlich vermindert. Prinzipiell muß ich sagen: es ist Pflicht jedes Offizierkorps und jedes gebildeten Mannes, die gute Sitte zu wahren und die Ehre eines anderen eben so hoch zu stellen wie die eigene. Dann verschwinden derartige Streitigkeiten ganz von selbst.

Abg. v. Leipzig (L.): Wenn Graf Limburg-Stirum gesagt hat, das Ansehen der Auswärtigen Politik Deutschlands sei seit dem Abgang des Fürsten Bismarck gesunken, so ist man wohl in weiten Kreisen der Meinung, daß die Wahrung dieses Ansehens am allerwichtigsten von dem direkten Nachfolger des Fürsten Bismarck, dem Reichstanzler Grafen Caprivi erreicht worden ist. Was nun den Etat betrifft, so sind wir mit den finanziellen Erfolgen der letzten Jahre zufrieden, als wir es haben erwarten können. Befriedigt sind wir besonders darüber, daß eine Anleihe nicht nötig war, daß im Ugentheil Schulden getilgt werden konnten. Der Vorschlag des Schatzsekretärs, die Ueberschüsse nicht vorzutragen, sondern zur Schuldentilgung zu verwenden, hat viel für sich. Vielleicht beschließen wir demgemäß in der Kommission. Den vorliegenden Etat glaube ich nach jeder Richtung hin günstiger beurtheilen zu können, als den vorjährigen. Auch der Wunsch meiner politischen Freunde ist es, das Extraordinarium so weit als möglich zu entlasten. Die Beamtengänge werden in der Kommission genau geprüft werden müssen. Beim Kolonialetat ist es erfreulich, daß jetzt endlich mehr Ausgaben für wirtschaftliche Dinge angeworfen werden. Meine Freunde sind abweichend vom Vordredner nicht nur für die Eisenbahn, sondern für die Hafenanlage Swakopmund. Was nicht und die Eisenbahn, wenn wir mit unseren Schiffen nicht an die Kolonie herankommen können. Das Kanalamt ist unser Schmerzenskind. Das Anlagkapital der Kanäle verzinst sich nicht. Deshalb kann vor kostspieligen Kanalbauten, namentlich in Preußen, nicht genug gewarnt werden. Die bisherige Aufschwüfung des Reichstags entspricht nicht allen Wünschen. Die Reichstags-Kommission sollte doch da ein Wort mitzusprechen haben.

Im Militär-etat befriedigt uns vor allem die Verbesserung der Mannschaftskost. Die Steigerung der Preise für die Naturalien im Militär-etat gab dem Abg. Fröhen Veranlassung, seine Freunde über die Verringerung der Lage der Landwirtschaft anzusprechen. Diese Verbesserung entspricht aber noch keineswegs der aufgewendeten Mühe und Arbeit. Die deutsche Landwirtschaft kann nur noch bei auskömmlichen Getreidepreisen bestehen. Wenn die Vereinigung im Nordosten, der Bauernverein Nordost, sagt, am Rönnerbau hätten nur die Großgrundbesitzer Interesse, für den Kleinbauern seien die Viehbestände viel wichtiger, so dient der „Nordost“ dem Kleinbauern gewiß nicht, wenn er für jede Oeffnung der Grenzen zur Vieheinfuhr eintritt. Die „Freisinnige Zeitung“ des Herrn Richter hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als sie schrieb: Die Herren treiben Bauernfang für die Wahlen. Die Getreidepreise müssen auf mittlerer Höhe erhalten werden. In Frankreich geschieht viel mehr für die Noth der Landwirtschaft. Die Wirkung der Handelsverträge war der Landwirtschaft schädlich, wir müssen bei den neuen Handelsverträgen die unglückselige Verkopplung mit den Weisbegünstigungsvorträgen beseitigen. Wir wissen ja nach den vorjährigen Ausführungen des jetzigen Staatssekretärs des Innern, daß der Wind für die Landwirtschaft günstiger weht. Wir sehen vertrauensvoll auf den Grafen v. Posadowsky. Die Interessen der Landwirtschaft werden von ihm hoffentlich mehr berücksichtigt werden.

Ich will auf das Verhältniß vom Gold zum Silber kurz eingehen und sagen, es ist ein schädliches. Die Frage kann nur international geregelt werden, hoffentlich steht aber unsere Regierung der Frage jetzt etwas günstiger gegenüber angesichts der starken Bewegung, die sich in Amerika für die Doppelswährung kund thut. Es wird immer so viel von Zucker- und Brauwwein-Beibgaben geredet, aber von den Beibgaben, die den Großmüllern und Großhändlern von Getreide mit den Zollkrediten gewährt werden, redet niemand. Die Herren links vertreten ja auch nicht das Interesse der Produzenten, sondern nur das der Konsumenten. In dem Getreide-Terminhandels-Verbot halten wir fest. Die von Herrn Richter prophesie Schädigung ist nicht eingetreten, kein Landwirt wünscht die Aufhebung des Verbots, da die sprunghafte Aenderung der Preise aufgehört hat. Die Notierungen durch die Landwirtschaftskammern sind besser, als es die Notierungen der Börse waren. In der Wiederherstellung der Börsen hat die Landwirtschaft kein Interesse mehr. Von der Reglerung verlangt sie aber stülte Durchführung des Defensgesetzes, damit nicht die alten Geschäfte verkappt weiter gemacht werden. Zum Marine-Etat will ich nur ganz kurz bemerken, daß wir Einwendungen nicht zu machen haben. Die Mehrzahl meiner Freunde wird sich für die Bewilligung des zweiten Docks erklären müssen. Ich kann die Beschaffung des Etats nicht verlassen ohne das Untergang des Torpedoboots 8 29 zu gedenken.

Wir wollen beim Etat äußerste Sparfamkeit beobachten und rechnen besonders auf Einschränkung bei Postenbauten. Was den Post-Zeitungsstaris anlangt, so ist der Wunsch nach einer Reform nach ebenso reger bei uns, wie im vorigen Jahr. Wir hoffen, daß der neue Staatssekretär des Reichs-Postamts uns bald einen neuen Post-Zeitungsstaris vorlegen wird, bei dem das Gewicht der Zeitungen berücksichtigt wird. Auf die streben letzten Jahre werden unbedingt wieder sieben inagere Jahre folgen. Für diese Zeit müssen wir heute schon sparen, sparen, sparen. (Beifall rechts.)

Abg. Weber (Soz.): Meine Herren, soweit wir uns hier mit speziellen Fragen zu beschäftigen haben, werden wir bei der speziellen Berathung Anlaß haben, Stellung zu nehmen. Zunächst muß ich auf die Erklärungen eingehen, die der Kriegsminister vorhin in bezug auf das Duell gemacht hat. Diese waren so gehalten, daß sie nicht gerade auf den Beifall des Reichstags rechnen konnten, daß auch nicht eine einzige Stimme sich heißig bemerkerbar machte. Ich muß auch hervorheben, weil es charakteristisch ist, daß wir seit Jahren von dieser Stelle gehört haben, daß höchste, wofür der deutsche Offizier sein Leben einzusetzen habe, sei die militärische Ehre; heute aber kam ein zweites Geschickspunkt hinzu: die Wahrung der häuslichen Ehre. Freilich will es das Unglück, daß in so und so vielen Fällen, in denen Offiziere zur Wahrung ihrer Ehre sich duellirt haben, derjenige gefallen ist, der sich zum Richter seiner Ehre aufgeworfen. Das weitere werden wir bei der Frage des Militär-etats zu erörtern haben. Der Kriegsminister schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Möge jeder bedacht sein, die Ehre des andern so hoch zu halten, wie seine eigene.“ Jawohl, meine Herren, ich möchte wünschen, daß der Herr Kriegsminister seinen Einfluß dahin aufbiete, daß gewisse Reden unterlassen würden, die geeignet sind, die Ehre eines Menschen zu kränken. Ich meine die Reden, in denen man von vaterlandlosen Gesellen gesprochen, oder von einer Horde von Menschen, die nicht werth sei, den Namen Deutsche zu tragen. Das sind Bemerkungen, die selbstverständlich den Widerspruch herauf-fordern, dann aber in den Majestätsbeleidigungs-Prozessen ihre Sühne finden. Ich würde dem Herrn Kriegsminister bitten, noch dieser Seite hin seinen Einfluß geltend zu machen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. v. Leipzig hat wieder seine Wünsche in bezug auf den Bimetallismus vorgebracht. Ich muß mich wundern, daß die Herren von der konservativen Partei angesichts der heutigen wirtlichen Entwicklung überhaupt noch den Gedanken hegen können, daß auch nur die geringste Aussicht auf die Bewirtlichung ihrer Träume vorhanden sei; daß diese Ausführungen die Veranlassung werden, besondere Konferenzen zu veranstalten, auf denen diese Fragen in einem ihnen günstigen Sinne beantwortet werden, darüber werden sie sich keiner Hoffnung hingeben. Hinsichtlich der von demselben Redner in die Debatte gezogenen Erklärung des Abg. Dr. Borst, daß die freisinnige und die soziale demokratische Partei in allen Fragen die Interessen der Kon-

Instrumente wahr, ist zu bemerken: Das ist bisher von Seiten der Sozialdemokratischen Partei in Steuerfragen stets so gehalten worden. Unsere Stellungnahme darin ist bisher stets so offenkundig gewesen, daß man sich doch nicht mehr darüber zu verwundern braucht. Daß 1896 nicht weniger als 142 Millionen an Getreidebeizölen eingenommen sind, beweist doch, daß die deutschen Getreideproduzenten nicht genug Getreide liefern konnten, so daß eingeführt werden mußte, um die stetig zunehmende Bevölkerung zu versorgen. Wir werden jederzeit bereit sein, die Landwirtschaft durch legitime Mittel zu unterstützen, (Hört! hört! rechts.) in allen Einzelheiten und rücksichtslossten Widerstand finden. Und Sie können überzeugt davon sein, daß die ungeheure Masse der deutschen Arbeiter hinter uns steht; das werden die nächsten Wahlen Ihnen beweisen. Die Thronrede, wie die Ausführungen des Staatssekretärs haben im allgemeinen die Finanzlage mit einem gewissen Rechte rosa in rosa gemalt. Aber so wenig ich sonst mit Herrn Fritzen einverstanden sein kann, darin stimme ich ihm bei, daß wir den Höhepunkt bereits erreicht haben, und wir uns darauf gefaßt machen müssen, daß es allmählich wieder bergab geht. Die Periode der geschäftlichen und industriellen Prosperität, die wir seit einigen Jahren haben, hat ihren Höhepunkt überschritten; die Periode der Krise muß nun herankommen; ihre Dauer kann kein Mensch bestimmen; sie muß sich bemerkbar machen in der Entlassung von Arbeitern; das Reichsbudget ist aber zu neun Zehnteln auf Einnahmen aufgebaut, die allein von den Arbeitern ausgebracht werden. Die indirekten Steuern: die Brauntweinsteuer (die allein 90 Mill. eingebracht hat), die Zuckersteuer, die Salzsteuer u. s. f., ferner die Petroleum-, Kaffee- und Getreidezölle u. s. w. u. s. w., alle diese Einnahmen werden in dem Maße verringert, wie die Konsumfähigkeit der breiten Massen sinkt. Das Reich ist dann gezwungen, neue Einnahmequellen sich zu erschließen, auf Grund der indirekten Steuern. Daß das natürlich einmal seine Grenze hat, liegt auf der Hand. Ich hoffe auch, daß später Wort gehalten wird mit dem, was Herr Fritzen mit dem denkbar größten Nachdruck heute erklärt hat: daß, wenn künftig die Finanzlage neue Einnahmequellen erheischt, er und seine Freunde dafür sorgen werden, daß dies nur auf dem Wege der direkten Steuern geschieht. Dieser Weg ist von den Freisinnigen und Sozialdemokraten oft präsentiert worden; er ist der einzige, der vernünftig und gerecht ist. (Bravo! links.) Alle die Ausgaben kommen in allererster Linie und nochmals und nochmals den Interessen der bestehenden Klasse zu Gute. (Zurück rechts: Den Arbeitern doch auch!) Ja, darüber werde ich später reden; in erster Linie sind es die maßgebenden Interessen der bestehenden Klassen, derer, die bei jeder Gelegenheit mit ihrem Patriotismus prahlen, und uns Mangel vaterländischer Gefinnung vorwerfen, die sich aber sehr hüten würden, auch einmal in den eigenen Beutel zum Schutz dieser Interessen zu greifen. (Widerpruch rechts, Beifall links.) Bis auf den heutigen Tag ist es der Arbeiter, der die Steuern zahlt. Angesichts dieser Tatsache ist es endlich einmal an der Zeit, wenn wieder neue Einnahmen geschaffen werden müßten, daß alsdann nicht wieder der Arbeiter bluten muß, sondern daß Sie selbst einmal die Millionen zusammenfischen. Wenn etwas geeignet sein kann und wird, dem rapiden Steigen unserer Militär- und Marine-Ausgaben entgegenzuwirken, dann zwingen Sie die Bestehenden, die Kosten aus der eigenen Kasse zu zahlen. Da werden Sie einen anderen Maßstab anlegen, da werden Sie Angriffe erleben, noch viel schlimmer, als jetzt von den Sozialdemokraten. Hätten Sie es versucht, mit einer Einkommen- und Vermögenssteuer die Marineforderungen zu decken, ihr Todesurteil wäre im Augenblick besiegelt. (Sehr richtig!) Das ist außerordentlich wichtig; es charakterisiert scharf die Tendenzen, von denen Sie bei ihrer Bewilligung geleitet worden. Es liegt im Wesen der bürgerlichen Gesellschaft, Produktionsmittel in kolossalem Maßstabe zu schaffen und zu verbessern, bis eines Tages niemand mehr das Bedürfnis an Waaren empfinden kann, bis die Ueberproduktion sich bemerkbar macht. Da ist die Krise unvermeidlich, und diese dauert in dem Maße länger, wie die Produktionsmittel erweitert worden sind. Das ist der Zustand, in dem wir mit Notwendigkeit in den nächsten Jahren hineingerathen.

Bei den Verhandlungen über die Marineforderungen hat man den übrigen Etat nur so gestreift, besonders den Militäretat. Ich kann aber diesen Haupt- und Kernpunkt nicht unberücksichtigt lassen, weil doch nur in Verbindung mit ihm die Finanzlage in das rechte Licht gesetzt werden kann. Das Bild wäre doch nicht vollständig, wenn wir nicht die Ausgaben, die zu gleicher Zeit für das Militär gemacht wurden, in Verbindung damit brächten. Diesen Vergleich halte ich jetzt für notwendig. Ich denke nur an die letzten zehn Jahre, also an die Zeit des sogenannten neuen Kurzes, von 1885/86 bis zum laufenden Etatjahr. Ich führe Ihnen zunächst die regelmäßigen Ausgaben vor Augen. 1885/86 waren es an dauernden Ausgaben: 363 Millionen, im laufenden Jahre: 493 Millionen, also ein Mehr von 130 Millionen, eine Steigerung von 85 pCt., während die Bevölkerung während derselben Zeit nur 10 pCt. zugenommen hat. Ganz ähnlich war es beim Marine-Stat: 1885/86: 36 1/2 Mill., im laufenden Jahre: 59 1/2 Mill., also 22 1/2 Mill. Mehrausgabe oder 60 pCt.! Ziehen wir die notwendigen Pensionen mit in Betracht, so betragen diese 1885/86: 27 Mill., im laufenden Jahre 58 Mill., also 31 Mill. oder 115 pCt. mehr! Dazu kommt vor allem noch die Reichsschuld-Verzinsung: 1885/86: 29 Mill., im laufenden Jahre 74 1/2 Mill., also 158 pCt. mehr. Es kommen also ganz fabelhafte Summen heraus, innerhalb dieser Jahre an dauernden Ausgaben für das Heer 4384 Mill., ferner für Marine 180 Mill., zusammen also 4564 Mill. Dazu kommen die einmaligen Ausgaben im Betrage von 1807 Millionen, sodaß wir für Heer und Marine 6672 Millionen, in den letzten zehn Jahren ausgegeben haben, und rechnen wir die Ausgaben für Friedenspensionen (419 Millionen) und die Verzinsung der Reichsschuld (128 Millionen) hinzu, so ergibt sich, daß in dem ganzen 7537 Millionen in diesem Zeitraum ausgegeben sind.

Dann haben wir für das laufende Jahr nicht weniger als auf jeden Kopf der Bevölkerung ca. 16 M.; und das ist noch dazu eine Ausgabe, die sich auf die Dauer mehr und mehr steigern wird. Ich bestreite entschieden, daß die Ausgaben für die Heeresverwaltung eine sinkende Tendenz angenommen haben.

Eine Reihe von Andeutungen geht durch die Presse, daß es auch im stehenden Heere nicht bei dem gegenwärtigen Zustande bleiben wird. Ein neues Infanterieregiment wird geprobt, doch wohl nicht zum Spaß; bewährt es sich, dann werden wir bald vor einer Neubewaffnung der Infanterie stehen. Man spricht auch von einem neuen Geschütz, das in Frankreich eingeführt sein soll, daß daher auch bei uns die Militärverwaltung bereits an die Einführung eines neuen Geschützes denken soll; auch soll die Absicht bestehen, Marginal-Schnellfeuergeschütze einzuführen, und zwar, weil die russische Artillerie vermöge ihrer neuen Organisation 38 Batterien mehr ins Feld stellen kann, als die deutsche. Ja, man denkt an eine Verstärkung des stehenden Heeres; der Gedanke, der 1890 oder 1891 erwogen wurde, daß der letzte wehrfähige Mann unter die Fahne müßte, soll jetzt in nächster Zeit zur Ausführung gelangen.

Nun hat auch die Frage der technischen Verbesserung eine Hauptrolle gespielt bei der Frage der Marineverwaltung. Ich bin etwas erstaunt darüber, daß das Zentrum im Gegensatz zu seinen früheren Äußerungen in dieser Hinsicht gar nichts hat verlanen lassen. Es ist zweifellos, daß der Redner des Zentrums, Dr. Lieber, diesmal eine Haltung eingenommen hat, die eine vollständige Frontveränderung der Zentrumsparthei bedeutet, eine Frontveränderung von solcher Stärke und solcher Bedeutung, daß selbst die in Frontveränderungen starke nationalliberale Partei eine solche in ihrer Geschichte kaum aufweisen kann. Die Ausführungen in bezug auf den Hollmann'schen Plan, die im März dieses Jahres von Seiten der Zentrumsredner gemacht wurden,

stehen im denkbar schneidendsten und schroffsten Gegensatz zu dem, was der Redner dieser Partei am Dienstag gesagt. Lieber hat damals gegenüber dem Hollmann'schen Plane mit Recht hervorgehoben, daß es sehr fraglich sei, ob die neuen Panzer sich auch im Ernstfalle bewähren würden. Und haben wir nicht erst vor wenigen Tagen es erlebt, daß im Großen Belt insolge einer unruhigen See zwei unserer besten Schiffe auf einander getrieben wurden und sofort nach dem nächsten Hafen flüchten mußten, um Reparaturen vorzunehmen. Von der Marine-Rundschau erscheint keine Nummer, ohne daß eine neue Einrichtung und Verbesserung angezeigt wird. Und nun denken Sie erst an den neuen Luft-Torpedo, der auf eine Entfernung von 15 Seemeilen hin den stärksten Panzer in die Luft sprengt. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß der neue Marineplan nicht drei Jahre zur Ausführung kommen wird, ohne daß Veränderungen der Technik zu Tage treten werden, die ihn über den Haufen werfen werden. Eine Verschiebung der Flottenstärke unter den einzelnen Nationen wird durch das neue Gesetz nicht eintreten. Denn sowie wir neue Schiffe bauen, werden England, Frankreich und Rußland ihre Flotte in demselben Maße vermehren. Ein Kontreadmiral Blüddemann verwirft ja schon heute den Flottenplan der Regierung. Er verlangt 32 Schlachtschiffe statt der 17, statt der 32 Kreuzer 60. Der Herr stellt natürlich nur solche unerhörte Forderungen, um die Forderungen der Regierung als nicht zu hoch erscheinen zu lassen. Meine Herren, haben Sie sich denn schon einmal die Frage ernsthaft vorgelegt, wo Sie im Falle eines Krieges mit Rußland und Frankreich die Kosten für das Landheer und die Marine hernehmen werden? Ich habe ja zu dem Patriotismus der Herren hier im Hause das allergrößte Vertrauen, sie werden ja mit ihrem Geldbeutel alle in der kolossalsten Weise eintreten. Aber es werden enorme Mittel flüssig gemacht werden müssen. Und an der künftigen Opferwilligkeit unserer Bourgeoisie habe ich nach den Erfahrungen von 1870 die allerheftigsten Zweifel. In einem solchen Erfolg wie 1866 und 1870 ist bei einem künftigen Kriege nicht zu denken. Tausende von Millionen werden wir das nächste Mal nicht bekommen. Wir werden froh sein, wenn wir das bewahren, was wir haben. An das Eintreten der Millionen ist gar nicht zu denken. Wir werden für die Hinterbliebenen unserer Gefallenen und unsere Verwundeten selbst sorgen müssen, ohne daß uns französische Milliarden dabei helfen werden. Das Herr Hammacher für die Vorlage im Interesse des Handels vorgebracht hat, spricht eher dagegen. Für den Handel mit den europäischen Ländern und Nordamerika brauchen wir keine Schiffe. Der Export nach anderen Ländern beträgt für uns aber kaum 200 Millionen, die sich auf eine Unmenge kleiner Staaten und kleiner Stätten verteilen. Da sind zwei oder drei Kreuzer einmal notwendig, um einen solchen Staat zur Naision zu bringen, aber keine Verstärkung der Kriegsstärke. Auch die übrigen Gründe des Abg. Hammacher für die Vorlage waren nicht stichhaltig.

Frankreich hat von seinen Schiffen 1870 so gut wie keinen Gebrauch machen können. Die Panzer wurden in die Häfen zurückbeordert und die Mannschaften zur Verstärkung der Landarmee herangezogen, wo sie auch thätigste gute Dienste geleistet haben. In unsere Küsten kann sich kein fremdes Schiff herannagen. Der Admiral wäre ein Thor, der mit einem fremden Kriegsschiff die deutsche Küste zu besetzen versuchen sollte. Er wäre in 2 mal 24 Stunden mit seinem Schiffe in den Grund geböhrt oder mit der Mannschaft gefangen. Eine Vermehrung der Marine halte ich deshalb für besonders schädlich, weil sie nur auf Kosten des Landheeres erfolgen kann. Das doch selbst Fürst Bismarck sein Bedenken aus diesem Grunde gegen den Flottenplan geäußert. Sie werden uns also niemals überzeugen können, daß die Verstärkung der Flotte notwendig ist. Die Flotte wird ja kommen, nachdem das Zentrum die Frontveränderung mitgemacht hat. Das Zentrum hat die Nationalliberalen einmal eine Regierungspartei sans phrase genannt. Das Zentrum ist jetzt eine Regierungspartei avec phrase geworden. (Große Heiterkeit.) Es sind ja bei der Flottenvermehrung große mächtige Interessen beteiligt. Ich will Herrn Hammacher gewiß nicht den Vortritt machen, daß ihn persönliche materielle Interessen zur Befürwortung der Flottenvorlage geführt haben. Herr Hammacher hat selbst, daß er mehr kann noch brauchen kann (Heiterkeit). Aber die Herren identifizieren zu leicht die allgemeinen Interessen mit ihren persönlichen Interessen. (Abg. Kardorff: Arbeiterinteressen!) Ja, Sie kommen immer mit den Interessen der Arbeiter. Arbeiter sind überall notwendig, beim Schiffbau wie beim Kasernenbau und der Gewerfabrikation. Wollten wir die Konsequenz aus Ihren Argumenten ziehen, dann müßten wir einfach alle militärischen Forderungen bewilligen und sagen: Baut Kasernen soviel Ihr wollt, wir haben nichts dagegen, da ja auch Arbeiter beschäftigt werden. Aber das die Vortheile, die einer kleinen Gruppe von Arbeitern zu gute kommen, von allen anderen Arbeitern bezahlt werden müssen, das vergessen Sie. Giebt's denn aber nicht auch viel bessere Arbeitsgelegenheit? Denken Sie doch an die Bodenmeliorationen. Wenn wir Grund und Boden mit all den Mitteln, die Technik und Wissenschaft bieten, verbesserten, er könnte viel leistungsfähiger werden, und wir könnten unseren Getreidebedarf selbst decken. (Sehr richtig! rechts.) Das muß aber zuzücheln, denn alles Geld brauchen wir für Militärzwecke. Im Osten, Süden und Westen Deutschlands giebt es noch große Strecken, die urbar zu machen sind. Zehntausende und ober zehntausende von Bauernfamilien könnten da ihr Brot finden, große Arbeitermassen da beschäftigt werden. Ist es nicht ein geradezu beschämender Zustand, daß die Unwetter in Schlesien und Sachsen zehntausende von Familien an den Bettelstab bringen konnten? So wenig wird für die Regulierung der Flüsse gethan. Man hat die Sommermonate ins Land gehen lassen, ohne den Leuten zu helfen. Jetzt hat der sächsische Landtag ein paar Millionen bewilligt, der preussische wird die Frage erst noch später behandeln. Es ist kein Geld da für Kulturausgaben. Schiffe und Kasernen sind viel wichtiger. In Oberschlesien giebt es Schulen, in denen für achtzig Schüler nur ein Lehrer vorhanden ist. Ist das nicht eine Schmach und Schande für einen Staat, der sich Kulturstaat nennt? Wenn für je achtzig Schüler ein Lehrer angestellt werden sollte, müßten in Oberschlesien allein 1500 Lehrer mehr angestellt werden. Die Schulstuben in Oberschlesien sind elende Baracken und die Stuben unserer ostpreussischen Junker können dagegen Paläste genannt werden. (Sehr richtig! links.) 8-9 erwachsenen Männern geben Sie in der Armee in Gestalt des Offiziers einen Lehrer und 23 Männern in der Gestalt eines Offiziers einen Oberlehrer. (Heiterkeit.) Aber die Schule auf gleiche Stufe zu bringen, ist nicht möglich. Wenn wir anderen Ländern ökonomisch überlegen waren, so kam das daher, daß trotz alledem unsere Schule noch besser war, als in anderen Ländern. — Das ist nun auch vorbei. Lassen Sie sich aber von der Militärverwaltung sagen, wie wichtig für sie intelligente Soldaten sind. General Sauer in München hat erst neulich anerkannt, daß den bayerischen Rekruten der weite Blick fehlt, der den städtischen eigen ist. Sie müssen die städtische Bevölkerung loben, wo die bitterbösen Sozialdemokraten sitzen, die ja auch nach dem Zeugnis des Generals v. Caprivi die allerbesten Soldaten sind.

Noch andere Kulturausgaben werden vernachlässigt. In Deutschland giebt es 1 1/2 Millionen kranken Augen. Wenn diese armen Menschen in Heilanstalten untergebracht werden könnten, man würde sie der Familie und dem Gemeinwesen zum großen Theile erhalten können. Also geben Sie nur das Geld her, gebraucht wird es für die allernützlichsten Kulturwerke. (Beifall.) Wir verlangen Rücksicht auf die Arbeiter. Sie sind die Grundlage für die gesellschaftliche Pyramide. Ein Rück dieser Grundlage und Sie liegen alle am Boden. Handel und Gewerbe würden ohne den deutschen Arbeiter nicht blühen. Deshalb verlangen wir mehr Berücksichtigung der Arbeiter auch in der Armee. Es muß ihnen dort wenigstens eine gute Gerichtsbarkeit gesichert sein.

Die einfache Menschenpflicht gebietet das, wo die Menschenpflicht nicht vom Soldaten erdrückt ist, müßte man doch das einfache. Statt dessen kommt man uns mit dieser Jammergeburt der Militär-Strasprojeck-Reform, von der auch Herr Stenglein gesagt hat: Sie langt nichts. Die Armee ist eine Volkarmee und wir müssen dafür sorgen, daß dem Volke in Waffen dieselben

Rechtswohlthaten zu theil werden, wie dem übrigen Volke. So steht es mit der Einlösung des einen Versprechens des Fürsten Hohenlohe, wie steht es mit dem zweiten Versprechen des Reichskanzlers, der Aufhebung des Koalitionsverbotes der Vereine. In Preußen sind reaktionäre Maßnahmen vorgeföhren worden, man hat dort ein kleines Sozialistengesetz eingebracht, die dem Reichstag in seiner Mehrheit und auch dem Willen des Volkes direkt widersprochen. Das nennt man, sich um ein gegebenes Versprechen herumzu- begeben, um nicht parlamentarisch auszubringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die vereinsgesetzlichen Zustände in Deutschland sind derart, daß Sie sie nicht eine Stunde länger dulden dürften, wenn Ihnen wirklich die Ehre der Nation am Herzen läge, wie Sie sagen. In England, der Schweiz, Frankreich und Dänemark würde man über solche vereinsgesetzliche Bestimmungen einfach lachen. Ich meine, was die Arbeiter jener Länder für sich in Anspruch genommen haben, das hat der deutsche Arbeiter mit seinen Leistungen, mit seiner Arbeit reichlich verdient. In Sachsen sind jetzt die Reaktionsäre, welche die preussischen vielleicht noch übertreffen, bemüht, neben der Aufhebung der Koalitions- Verbotes noch einige reaktionäre Bestimmungen in das sächsische Vereinsgesetz zu bringen, das schon jetzt das reaktionärste aller Vereinsgesetze ist. Die Regierung hat bisher noch antwortend geantwortet, wer aber das reaktionäre Herz des Herrn v. Weich kennt, weiß, daß sie den Konserwativen schließlich nachgeben wird. Die Frauen sind aus den politischen Versammlungen ausgeschlossen und was wird nicht alles für politisch erklärt! Sachsen ist das größte deutsche Industrieland und gerade in seiner Industrie werden die meisten Frauen beschäftigt. Mehrere hunderttausend Arbeiterinnen sind also an der Gestaltung aller sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse im höchsten Maße interessiert. Die armen Wesen, die von der heutigen Gesellschaft schon ihres Geschlechtes wegen schwer benachteiligt sind, müssen wenigstens das bürgerliche politische Rechte erhalten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Das Vereins- und Versammlungsrecht muß reichsgesetzlich geregelt werden, wie das Preussisch. Das eine ergänzt das andere. Wir werden nicht aufhören, ein Reichsvereinsgesetz immer und immer wieder zu fordern. Die Reichstagskommission ist der Ort, wo wir die Regierung zur Verantwortung ziehen können. Gerade auf dem Gebiete der Koalition, der Lohnkämpfe haben wir jetzt auch ein klassisches Zeugnis dafür, daß die einschlägigen Vereinsgesetz-Bestimmungen von Seiten der deutschen Behörden und Polizeibehörden in der allerwillkürlichsten, ungerechtesten Weise zu Gunsten der Unternehmer gehandhabt werden. (Sehr wahr.) Es ist dies das frühere Mitglied der deutschen Regierung, Freih. v. Berlepsch, der in der vorletzten Nummer der „Sozialen Prognos“ äußert: Darüber kann gar kein Zweifel sein, daß die deutschen Arbeiter gegenüber dem Unternehmer in der schmachlichsten Weise behandelt werden. (Sehr richtig.) Zu bedauern ist nur, daß Herr v. Berlepsch nicht seinen Einfluß als Minister geltend gemacht hat, daß diese Ungerechtigkeiten eingermessen aufgehoben! Heute, wo wir in einer Periode des größten wirtschaftlichen Aufschwungs sind, wo insbesondere unsere Kohlenindustrie blüht, wo Evidenzen und Profite eingesackt werden, wie seit Jahrzehnten nicht, da ist die traurige beschämende Tatsache zu konstatieren, daß von den Männern, die vor 4 Jahren im Kohlenrevier sich am Streik beteiligten und aus dem Werkstätten des Staates herausgeworfen wurden, immer noch eine größere Anzahl vorhanden ist, die keine Arbeit haben! Als sie sich meldeten, erklärte ihnen die Bergverwaltung: Für Euch ist keine Arbeit da! Wni, sage ich, das nennt sich christliche Staat! Ja, meine Herren von der Regierung, daran sollen Sie denken, daß diese schmachlichen Zustände einmal beseitigt werden.

In Bergbaubetriebe sind von 1887 bis 1896 nicht weniger als 9742 Arbeiter geblüdet, über 1600 schwer und 17000 leicht verwundet. Allein im Jahre 1896 sind nach der Statistik der Berufs-genossenschaften nicht weniger als 6448 Arbeiter geblüdet worden. Das ist ein Schlachtfeld der Industrie, weit furchtbarer als das im Kriege! Und da verweigern Sie den Arbeitern ihre natürlichen Rechte!

Und noch mehr: In diesen Tagen hat in Orlau eine Versammlung von Agrariern verlangt: Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter, viermündige Kündigung, Befristung des Kontraktbruchs mit Arbeitshaus, Errichtung von Findelhäusern, — von Findelhäusern, meine Herren, in die man die armen Wärmer hineinwerfen will, um die Mütter desto ungeringer ausbenten zu können. Das ist die Sozialpolitik des 19. Jahrhunderts! Das ist christliche Sozialpolitik! Was Posadowsky hat meinem Parteigenossen Schöenlaub gegenüber erklärt: die Sozialreform sei in der Thronrede deshalb nicht erwähnt, weil diese Session zu besetzt sei. Glauben Sie, daß die Arbeiter auf diese Phrasen etwas geben werden? (Große Unruhe.) In dem Februar-Gesetz wurde den Arbeitern gesetzliche Gleichberechtigung versprochen. In England ist sie etwas selbstverständliches; da erhebt eine Deputation von Gewerkschaftern von dem Minister des Innern die Forderung: „Ich hoffe auf den Tag, wo es in England keinen Arbeiter mehr giebt, der nicht organisiert ist.“ Würde man in Deutschland ähnlich vorgehen, Herr v. Staum und Genossen würden sich auf den Kopf stellen. Die Reichskommission für Arbeiterstatistik hat ihre Arbeiten fast vollständig eingestellt; im nächsten Jahre werden auch die paarsaufenden Marx, die jetzt im Etat stehen, nicht mehr gebraucht werden. Acht Tage vor Beginn der Reichstags-Session tritt sie einmal zusammen, um zu zeigen, daß sie doch noch existirt. Von entsprechenden Maßregeln im Geschäftswesen, im kaufmännischen Gewerbe, in der Konfektion hört man aber nichts. Das einzige, was bisher geschehen ist, ist die Väderei-Verordnung; dieses bürgerliche Arbeitergesetz nennt man schon Sozialreform, und doch ist die Regierung bereits bereit, sie zu modifizieren! Wir werden ja darüber noch ein Wortchen reden. Die interessierten Kreise haben ihre Genossen ja geradezu aufgefordert, durch läugerische Aussagen die Regierung zu täuschen. Die Väderei-Meister wurden vom Reichskanzler empfangen; als aber auch die Weselen eine Audienz nachsuchten, da hieß es, er sei nicht zu Hause. Das ist die Gleichberechtigung zwischen Unternehmern und Arbeitern. Für die niedergetretenen ausgezerrten Arbeiter hat man keine Zeit, hat man etwas Wichtiges zu thun. Die Konfektionsverordnung hat, was ich vorausgesetzt habe, schon jetzt eine Vermehrung der Hand- industrie zur Folge gehabt: vor der Heiligkeit der Familie aber wacht der Gewerbeinspektor halt. Wenigstens um den Schein zu wahren, halle die Regierung die sozialpolitischen Gesetze einbringen sollen, wenigstens das Unfallversicherungsgesetz.

Die ganze Arbeiterfreundlichkeit zeigt sich auch in den Maßregeln, die darauf hinauslaufen, die notwendigen Lebensmittel zu vertheuern, das Schweine-Einfuhrverbot, das Verbot der Einfuhrung von Schmalz und Speck, Maßregeln, durch die auch die kleinen Landwirthe, die Bauern auf das schwerste geschädigt werden.

Mittel, wie die Handwerker vorlage und das Marx-gesetz, sollen dazu dienen, den Mittelstand zu retten. Das ist nach meiner Auffassung ein Schlag ins Wasser. Die Zahl der Proletariat wächst mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft. Deshalb ist es eine Nothwendigkeit, daß sich die Staatsregierung dem Interesse dieser ständig zunehmenden Masse widmet und ihnen das gewährt, was die klassenbewusste Arbeiterschaft fordert. Bei jeder Gelegenheit aber werden Anweisungen gegeben von dem inneren Feind, gegen den in erster Linie die Arbeit aufzubieten ist. Wenn man doch endlich einmal aufhören wollte, solche Reden zu halten, wenn man doch begreifen möchte, daß man gerade das Gegentheil damit erreicht von dem, was man will. Glaubt man uns damit zu imponieren, einzuschüchtern? Dann, ach, dann sollte man einmal hören, wie wir uns darüber unterhalten. (Heiterkeit.) Sie können den inneren Feind auf eine sehr einfache Weise loswerden, indem Sie die kopie

kalistische Entwicklung aufheben und Zustände herbeiführen, wie sie vor 100 oder auch noch 50 Jahren bestanden. Da brauchen Sie keinen Kampf gegen den Unfortschritt, keine Ausnahmegeetze. Die Sozialdemokratie ist das notwendige, naturgemäße Produkt der modernen kapitalistischen großindustriellen Entwicklung. In dem Maße, wie sie freie Bahnen schafft, in demselben Maße werden die Sozialdemokraten wie die Zähne des Radmohls aus dem Boden wachsen. Wie können Sie einen Krieg führen gegen Rußland oder Frankreich ohne die Hilfe der Sozialdemokratie? Sie können ohne die Hilfe unserer Mannschaften keine einzige Schlacht schlagen! Dann sorgen Sie auch für die Rechte der Arbeiterklasse! So lange der Arbeiterklasse nicht ihr Recht wird, werden wir gegen den Staat kämpfen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Unol: Der Redner hat in seiner Rede den Ausdruck „Pfeil“ gebraucht, den ich in diesem Hause als unbedingt unzulässig bezeichnen muß. Er hat ihn zudem noch Andeutung des Eponyms gegen eine Maßnahme einer staatlichen Behörde angewendet. Ich muß ihn deswegen zur Ordnung rufen!

Reichskanzler Fürst Bismarck: Der Abg. Bebel hat die Person des Kaisers in die Debatte gezogen. Ich kann ihm darin nicht folgen, weil es konstitutionell ist, die Person des Kaisers hineinzusetzen. Ich muß mich darauf beschränken, seine Äußerungen zurückzuweisen. (Beifall rechts.) Abg. Bebel hat ferner die Aufhebung des Koalitionsverbots der Vereine zur Sprache gebracht. Ich muß mich dagegen verwahren, daß es sich dabei um die Einlösung eines feierlichen Versprechens handelt. Ich habe nichts anderes getan, als der Zukunft Ausdruck zu geben, daß in verchiedenen Bundesstaaten das Koalitionsverbot für politische Vereine aufgehoben werden würde, und hinzugefügt, daß es in der Absicht der Regierung steht, diese Aufhebung herbeizuführen. Mehr konnte ich nicht in Aussicht stellen. In Preußen handelt es sich um die verchiedenen Faktoren der Gesetzgebung. Nur die allgemeine Revision der vereinsgesetzlichen Vorschriften konnte ich in Aussicht stellen; was das Resultat sein würde, war nicht vorher zu sagen. Deshalb habe ich auch dem Abg. Haumann in der betreffenden Reichstags-Sitzung nicht widersprochen. Ueber den vom Reichstage angenommenen Antrag auf Erlass eines Vereinsgesetzes wird sich bei späterer Gelegenheit reden lassen. — Die Bäckergehilfen habe ich nicht empfangen, weil die Aufhebung der Bäckervereinordnung, deren Aufrechterhaltung sie wünschen, gar nicht in Frage kommt. (Lachen links.)

Kriegsminister v. Goltz: Der Abg. Bebel hat sich mit einer Äußerung von mir einverstanden erklärt. Ich habe auf diese Anerkennung nicht gerechnet. Er hat gleichzeitig damit auch den Rath verbunden, diese Äußerung an anderer Stelle zu wiederholen. Bei der Unterstellung, die in seinen Worten lag, muß ich diesen Rath ablehnen. Die Ausführung eines derartigen Auftrages wäre meiner Stellung unwürdig. Im übrigen hat der Abgeordnete Bebel eine große Unkenntnis in militärischen Dingen verrathen. Was er da auf Grund von Zeitungsgerüchten über bevorstehende Neuordnungen, über die Anschaffung neuer Gewehre, über die Ausstattung der Kavallerie mit Mäxinggewehren, über die Aufhebung des letzten Mannes gesagt hat, alle diese militärischen Details sind vollkommen falsch. Er macht sich, was die Aufhebung des letzten Mannes anlangt, einer Inkonsequenz schuldig. Das Programm seiner Partei verlangt die allgemeine Volksbewaffnung. Den Herren ist die Armee noch nicht annähernd stark genug. Sie fordern, daß der letzte Mann eingezogen wird. Die Herren sind ja mit Zahlen immer sehr vorsichtig, so daß man sich keine rechte Vorstellung von den Massen dieses Aufgebots machen kann. Bei der Festsetzung der jetzigen Präsenzstärke der Armee hat aber Bebel dies Volksgewehr auf 8 1/2 Millionen Mann berechnet. Ich habe mir nun ausgerechnet, was seine Armee ungefähr kosten würde. Sie würde pro Monat 420 Millionen Mark erfordern (Heiterkeit rechts), allein der Verpflegungsbedarf im Kriege würde 885 Millionen verschlingen (Heiterkeit rechts) und an einmaligen Ausgaben hätten wir 2 Milliarden aufzubringen. (Heiterkeit rechts.) Daran geht hervor, daß die Herren von der militärischen Organisation nicht die leiseste Vorstellung haben. Ich kann mir gar nicht denken, wie solche Massen provisionirt und zusammengehalten werden sollen. (Sehr richtig! rechts.) So war eine ganze Reihe von Bebel's Ausführungen in militärischer Hinsicht vollkommen unzutreffend, und ich kann nur rathen, in solchen Mittheilungen etwas vorsichtiger zu sein. Bebel hat weiter darauf hingewiesen, daß wir doch eigentlich auf die Sozialdemokratie in einem künftigen Kriege angewiesen seien. Ich sehe die Zukunft des Staates nicht so schwarz an, wie Bebel. In meinen Augen ist die Sozialdemokratie eine Krankheit, die sich ausgebildet hat (Lachen bei den Sozialdemokraten); sie hat ihren Höhepunkt aber bereits überschritten. (Geneutes Lachen bei den Sozialdemokraten; Bebel: Warten Sie es doch ab!) Daß wir mit der Sozialdemokratie jemals paktiren müssen, kann ich für meine Person durchaus nicht anerkennen. Ich glaube, daß wenn die Bevölkerung zur richtigen Erkenntnis gelangt, die Sozialdemokratie verschwinden wird. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.)

Staatssekretär der Marine Tirpitz: Der Abg. Bebel glaubt, daß Fürst Bismarck gegen die Flottenvorlage sei. Ich freue mich, dem Reichstag das Gegentheil mittheilen zu können. Ich habe vom Fürsten Bismarck einen Brief erhalten, worin er sagt, wenn er im Reichstage wäre, würde er für die Vorlage stimmen. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär des Innern, Graf Posadowski: Der Abg. Bebel hat eine solche Fluth von Beschuldigungen gegen die Regierung gerichtet, daß ich mich verpflichtet halte, ihm eingehend zu antworten. Dazu ist heute die Zeit zu weit vorgerückt. Nur auf eine Behauptung will ich sofort erwidern; es ist eine persönliche Bemerkung. Er hat gesagt, ich hätte hier Phrasen gemacht bezüglich der Nichtvorlegung der sozialpolitischen Gesetze in dieser Session. Ich bin zu höflich, in einer so angesehenen Versammlung, wie der deutsche Reichstag es ist, in gleichem Tone zu antworten. Bebel hat selber gesagt: Wir wissen, daß die Session zu sehr depakt ist mit anderen Gesetzen, aber die Regierung hätte wenigstens den Schein wahren sollen. Nun, uns sind die Forderungen der sozialen Frage viel zu ernst, als daß wir sie als Alltagsmittel benutzen wollten, wir wollen sie in langsame Kulturarbeit fördern. (Beifall rechts.) Gerade in diesen sozialpolitischen Dingen differiren die Anschauungen so außerordentlich. Bei der Reform der Unfallversicherungsgesetzgebung müssen wir auf die freudige Mitarbeit der Versicherungsunternehmen rechnen. Die Vorstände der Versicherungsunternehmen haben aber ernste und eingehende Einwendungen gegen die Reichstagsbeschlüsse erhoben. Um einen akuten Gegensatz zu ihnen zu vermeiden, haben wir von einer Vorlegung in dieser Session abgesehen. Herr Bebel hat noch ein hartes Urtheil über eine preussische Vergewaltigungsverwaltung gefällt. Die Dinge liegen 4 Jahre zurück, ich kann nicht sofort antworten, versichere ihm aber, daß ich ihm die Antwort nicht schuldig bleiben werde. (Beifall rechts.)

Darauf wird die Weiterverhandlung auf Montag 1 Uhr verlagert. Schluß 5 1/2 Uhr.

Kein Denkmal

für die März-Gefallenen?

Die gemischte Deputation zur Vorberatung über die Errichtung eines Denkmals für die am 18. März 1848 Gefallenen hat gestern unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Jelle getagt. Aus der allmählichen Darlegung der Angelegenheit ergab sich, daß aus der Bürgerschaft die Anregung an den Magistrat gelangt

ist, die Zustände auf dem März-Friedhof im Friedrichshain zu verbessern und den Gefallenen ein Denkmal zu setzen. Der Magistrat hat eine Kommission eingesetzt; bevor diese jedoch Bericht erstatten konnte, ist von der Stadtverordneten-Versammlung das Verlangen zur Beratung der Angelegenheit in gemischter Deputation ausgesprochen worden, dem der Magistrat zugestimmt hat. Auf Antrage aus der Deputation wurde festgestellt, daß unmittelbar nach der Revolution ein Fonds zu einem Denkmal gesammelt wurde, dessen Betrag sich auf etwa 2500 Thaler belief, die bei der Stadtkasse hinterlegt wurden. Später wurde dieser Fonds als herrenloses Gut der Justiz und Pensionskasse überwiesen. Außerdem existirte zur Unterstützung der Verwundeten und der Hinterbliebenen der Gefallenen ein Fonds, der vom Magistrat verwaltet wurde und dessen Erträge in Höhe von 22 800 Thalern zweckgemäße Verwendung fanden. In der Debatte ergab sich vollständige Uebereinstimmung darüber, daß der Friedhof verwaht sei und daß derselbe anständig hergerichtet und soviel gut im Stande gehalten werden müsse. Zu diesem Zwecke wurde beantragt, ein schmiedeeisernes Gitter mit schönem Portal aufzustellen und die Gräber in Stand setzen zu lassen. Hiermit sei aber auch — so meinten einige Mitglieder der Deputation — die Aufgabe der Stadt erfüllt. Die Errichtung eines Denkmals habe eine politische Bedeutung. Dazu könne sich die Stadt nicht hergeben, weil man eine Revolution nicht verheerlichen dürfe. Auch würden die Gefälle der nicht liberalen Bürger verletzt werden, wenn den März-Gefallenen ein Denkmal gesetzt wird. Berlin, in dessen Mauern das Kaiser Wilhelm-Denkmal stehe, könne nicht von der städtischen Verwaltung mit einem März-Denkmal geschmückt werden. In Regierungskreisen würde das als eine politische Demonstration aufgefaßt werden, was zu vermeiden sei. Die Mittel der Steuerzahler dürften für einen solchen Zweck nicht verwendet werden, zumal die Ansicht verbreitet sei, daß am 18. März 1848 nicht die Berliner Bürger, sondern Franzosen, Polen und Juden den Aufstand veranlaßt hätten. Von den Stadtverordneten vertrauen diesen Standpunkt namentlich die Herren Spinola und Ryllmann, denen sich vom Magistrat der Oberbürgermeister sowie die Stadträte Weise und Haak, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, angeschlossen, indem sie ausführten, daß alles, was an ein Gedeken des Revolutionstages anstreife, von den städtischen Veranstaltungen fern gehalten werden müsse. Nach Ansicht der Magistratsmitglieder soll die Stadt den Friedhof renoviren, nur den Eingang allenfalls noch mit einer Inschrift versehen lassen. Einen durchaus entgegengesetzten Standpunkt vertrat der Stv. Singer, der dagegen Widerspruch erhob, die fünfzigste Wiederkehr des Berliner Revolutionstages nur durch die Instandsetzung des Friedhofes zu begehen. Man solle nicht Halbheiten und Schwächen begehen, sondern die Verehrung und Dankbarkeit für die März-Gefallenen in einer der Stadt angemessenen Weise zum Ausdruck bringen. Die Volksereignisse gegen Reaktion und Absolutismus, der Kampf für die Freiheit, der die Märtyrer des Jahres 1848 beherrschte, solle den Lebenden durch die Errichtung eines Denkmals ins Gedächtnis gerufen werden. Das sei heute mehr wie je nöthig und die Stadt mache sich zum Gespött der ganzen Welt, wenn sie für die Erinnerung an einen solchen Tag nicht mehr zu thun weiß, als ein Gitter um den Begräbnisplatz zu ziehen. Diejenigen Kreise, auf deren Gefühl man so schonend Rücksicht nehmen wolle, müßten sich eben damit abfinden, daß die allgrößte Majorität der Bevölkerung das Bedürfnis empfindet, den März-Gefallenen ein Zeichen des Dankes zu widmen. Bei dem Kaiser Wilhelm-Denkmal seien auch die Gefühle von Hunderttausenden nicht angenehm berührt worden, ohne daß man danach gefragt habe. Die alten 48er Barrikadenkämpfer Dr. Langerhans, Langenbucher, Santiaßrat Dr. Neumann, sowie die Stadtv. Peris und Ladewig traten ebenfalls warm für die Errichtung eines Denkmals auf dem März-Friedhof ein, indem sie, die Singerschen Ausführungen ergänzend, hervorhoben, daß ihnen eine Provokation andres Denkmal fehlte, daß sie aber den 18. März 1848 als einen für die politische Entwicklung des Volkes hervorragenden wichtigen Tag betrachten und die für das Volk Recht und Freiheit gesankenen Helden in einem der Sache und der Stadt Berlin würdigen Denkmal ehren wollen. Nach einer kurzen Auseinandersetzung zwischen dem Oberbürgermeister und dem Stadtv. Singer, der die Bemerkung des Herrn Jelle, wonach ja jetzt nur die Sozialdemokraten den 18. März feierten und der Liberalismus sich gar nicht mehr darum kümmere, damit beantwortete, daß dies nur die Folge der Verklumpung und Geistesstarrheit des Liberalismus sei, der seine einstigen Ideale jetzt selbst der Reaktion opfere, wurde zur Abstimmung geschritten. Einstimmtig wurde beschlossen, den Gemeindebehörden zu empfehlen, den März-Friedhof in Stand setzen und denselben mit einem eisernen Gitter und schönem Portal versehen zu lassen. Bezüglich des Denkmals wurde in einer Vorabstimmung mit 8 gegen 6 Stimmen der Beschluß gefaßt, einen Denkstein mit der Inschrift: „Den An den 18. März 1848 Gefallenen“ aufstellen zu lassen. In einer weiteren Abstimmung wurde der Antrag, der Inschrift hinzuzufügen, „gewissat von der Stadt Berlin“, mit 7 gegen 7 Stimmen (der Vorsitzende gab den Ausschlag) abgelehnt. Nachdem hierdurch festgestellt war, daß die Deputation es abgelehnt hat, die Stadt Berlin als Sponserin des Denkmals zu nennen, stimmte ein Theil der ersten Majorität bei der definitiven Abstimmung gegen einen Denkstein mit einer dergleichen verfaßten Inschrift, so daß die Errichtung eines Denkmals auf dem März-Friedhof aus Anlaß der fünfzigjährigen Märzfeier nicht statfinden wird — wenn die Deputation Recht behält. Nur hat die Stadtverordneten-Versammlung das Wort.

lokales.

Die erste der öffentlichen Versammlungen, die die sozialistischen Akademiker Berlins in diesem Winter veranstalten, mit dem Zweck, die Studirenden für die Ideen des Sozialismus zu gewinnen, wird Dienstag, den 14. Dezember, statfinden. Genosse August Bebel wird über: „Akademiker und Sozialismus“ sprechen. Die Versammlung findet in Keller's Festsaal, Koppstr. 29, statt. Der Beginn ist auf 8 Uhr festgesetzt.

Arbeiter-Aufbildungsschule. Wir machen die Parteigenossen und Genossen auf den heute Abend 7 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, statfindenden Vortrag des Genossen Dr. Jadel über: „Schulhygiene“ aufmerksam und bitten um zahlreiches Besich.

Die Teilnehmer an den Unterrichtsfächern Geschichte und Gesezeskunde werden darauf aufmerksam gemacht, daß die nächste Unterrichtsstunde am Dienstag, den 14. d. M. und in Gesezeskunde am Donnerstag, den 16. d. M. statfinden muß. — Da in dieser Woche die Unterrichtskurse zu Ende gehen, werden die Mitglieder gebeten, die Bibliotheksbücher in dieser Woche abzuliefern oder zu verlängern. Die Bibliothek bleibt wie bisher an drei Abenden in der Woche von 8-9 Uhr geöffnet. Der Vorstand.

Die Genossen des zweiten Reichstags-Wahlkreises werden auf die am Dienstag, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr statfindende Versammlung des Wahlvereins aufmerksam gemacht; der Reichstags-Abgeordnete Rechtsanwalt Haase-Königsberg wird über „Die Verantwortlichkeit der Innern in Ostpreußen“ referiren. Zahlreiches Besich ist entgegen Der Vorstand.

Achtung! I. Wahlkreis Ost! Die Versammlung des Wahlvereins findet diesen Monat nicht statt, da am Dienstag Genosse Bebel bei Keller spricht; und die Zeit vor dem Fest zu kurz ist, um die Versammlung später abzuhalten. Der Vorstand.

Achtung! IV. Wahlkreis Süd-Ost. Die Genossen werden hierdurch ersucht, zahlreich in der am Dienstag statfindenden Mitgliederversammlung obigen Vereins zu erscheinen. Genosse Förster

referirt über „Die Militärstrafgesetze-Novelle im deutschen Reichstag.“ Ferner kommen in dieser Versammlung die Urania-Bilder zum 27. Dezember zur Ausgabe. (Siehe Inserat.) Der Vorstand.

Die Parteigenossen und Genossen im G. Reichstags-Wahlkreis werden auf die heute Abend 8 Uhr im Köllner Hof, Köllnerstraße 6, statfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht. Den Vortrag hält Genosse Vogt herr. Nachher folgt gemüthliches Beisammensein. Der Vertrauensmann.

Die Frage der Fürsorge für die erwerbsfähigen Kinder wurde am Freitag im Verein für gesundheitsgemäße Erziehung der Jugend“ erörtert. Stadtv. Schwabe berichtete über die bekannten Verhandlungen der städtischen Behörden in dieser Sache, namentlich über den städtischen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung, welche sich aber ein näheres Eingehen auf die Verhandlungen des zur Beratung des Antrages eingesetzten Ausschusses versagen, weil die Berichterstattung vor dem Plenum der Stadtverordneten-Versammlung noch nicht statgefunden hat. Herr Schw. erkannte die Schädlichkeit einer zu angestrengten Erwerbsarbeit für Gesundheit, Schulleistungen und Sittlichkeit der Kinder an, glaubte aber, die gewerbliche Beschäftigung im Hause, die oft in einem bloßen Mißbellen bestehe, mit milderem Auge ansehen zu müssen. Ueber die Vorschläge zur Abhilfe äußerte er sich ziemlich skeptisch. Der Ermittlung des Umfangs des bellagten Mißstandes und seiner Abstellung ständen mannigfache Schwierigkeiten entgegen. Dennoch müsse man wenigstens die Wünsche zu beseitigen suchen. In diesem Zwecke forderte Herr Schw., die gewerbliche Beschäftigung vor dem ersten Lebensjahre („außer bei kräftigeren Kindern“) ganz zu beseitigen und sie auch nach dem ersten Jahre des Morgens im Sommer nicht vor 1/8, im Winter nicht vor 1/7, ferner des Abends (mindestens für das Hausgewerbe) im Sommer nicht nach 8, im Winter nicht nach 7 zuzulassen (mit Ausnahme besonderer Zeiten, z. B. der Zeit vor Weihnacht). Der Vortragende freite auch die Frage der Anstellung von Schulärzten. Von einer ärztlichen Kontrolle sei für die Vermeidung des Uebermaßes der Kinderarbeit Nutzen zu erwarten. Zum Schluß — ebenso, wie am Anfang seiner Ausführungen — versicherte Herr Schw., daß die ganze Angelegenheit nichts Sozialdemokratisches, überhaupt nichts Sozialpolitisches, sondern nur eine reine Frage der Humanität sei. Wenn trotzdem, fügte wir hinzu, solche und ähnliche Fragen nicht eher in weiteren Kreisen Beachtung finden, als bis sich die Sozialdemokratie ihrer annimmt und sie mit Nachdruck vertritt, so beweist das wieder einmal, daß die bürgerliche Klasse in ihrer Mehrheit den Humanitätsbestrebungen keineswegs so freundlich gegenübersteht und so bereitwillig nähertritt, wie manche Leute thun. Der Sach, die Fürsorge für die erwerbsfähigen Kinder sei etwas Sozialdemokratisches, ist auch garricht von sozialdemokratischer Seite angestellt worden. Er stammt von den Gegnern dieser Forderung, die ihn nach bekanntem Rezept als Schreckgespenst benutzen, um die eudallige, der bürgerlichen Klasse durchaus unerwünschte Lösung der Kinderarbeit zu hintertreiben oder doch möglichst hinauszuschieben. — An der Diskussion über den Schwab'schen Vortrag theilte sich unter anderem Lehrer Kaab (Mitzdorf), der durch sein selbständiges Vorgehen in Sachen der Kinderarbeit und durch die von den Mitzdorfer Grundbesitzern deshalb gegen ihn betriebene Hege bekannt geworden ist. Herr A. wandte sich unter Aufzählung mehrerer trauriger Fälle von Kinderarbeit gegen Schw.'s Ansicht gegenüber der Hausindustrie, die, auch wenn die Arbeit leicht sei, bei langer Dauer kumpfsinnig mache. Besonders gefährlich sei die künstliche Steigerung der Arbeitskraft, die durch das auch bei Kindern angewandte Akkordsystem bewirkt werde. Leider werde übrigens ein Theil des Verdienstes oft verprascht, für Spielereien ausgegeben etc. Herr A. forderte noch weiter gehende Beschränkungen der Erwerbstätigkeit der Kinder, namentlich völlige Beseitigung vor dem Uebertritt, wenigstens im Winter. Dr. Jankel wollte die Frage zunächst lokal für Berlin gelöst wissen, unabhängig von der jetzt vom Zentrum aufgestellten Forderung einer Lösung für das ganze Reich. Eine entsprechende Resolution, die eine beglückliche Statistik für Berlin und schon vorher ein Verbot der Notharbeit erwerbsfähiger Kinder fordert, wurde angenommen.

In den Kreisen der bürgerlichen Frauenbewegung will man die Angelegenheit der Sittung und sittenpolizeilichen Untersuchung eines anständigen Mädchens weiter verfolgen. In einer besonderen Versammlung, die sich zwischen Weinacht und Neujahr mit dem Fall befaßt soll, werden „Männer und Frauen aller Stände“ eingeladen werden. Außer dem Verein „Frauenwohl“, der am Freitag eine Petition an das Polizeipräsidium beschloß, haben nun auch der „Berliner Frauenverein“, der Verein „Jugendklub“, der „Berliner Hausfrauen-Verein“ Petitionen an das Polizeipräsidium und an andere Behörden abgefaßt. Ob diese Aktion mit irgend welchen Nutzen anläßt, muß dahingestellt bleiben. Immerhin wird sich zeigen, was die Polizei alles vertragen kann, wenn sich der Unwille der Bevölkerung gegen ihre Institutionen leht.

Die Innungen Berlins, deren Zahl seit längerer Zeit unverändert 68 war, werden vielleicht nächstens um eine vermehrt werden da die hier bestehende „Freie Vereinigung selbständiger Fleischermeister“ beantragt hat, ihr die Rechte einer Innung zu verleihen. Der 68 Innungen gehörten Ende 1886, nach Angabe des neuesten, des Jahr 1890/97 behandelnden Bericht der Gewerbe-Deputation, 17 269 männliche und 1178 weibliche, zusammen 18 447 (Vorjahr: 17 269) Mitglieder an. Die Untertheilung der Mitglieder in männliche und weibliche (nämlich Wittwen) findet sich in diesem Berichte zum ersten Male. Die meisten Mitglieder hatten: die Schuhmacher 2311, Schneider 1408, Tischler 1856, Barbierer, Friseur und Perückenmacher 1227, Weber und Wäcker 1055; die wenigsten: die Schwertsrger 8, Zünftiger 5, Bekraber in Rechtsangelegenheiten 4. Die Zahl der weiblichen Mitglieder war im Verhältnis zu der der männlichen besonders groß: bei den Buchbindern 62 weibliche gegen 345 männliche, Drechslern 47 gegen 330, Friseurern 11 gegen 42, Bäckern 61 gegen 177, Handschuhmachern 52 gegen 81, Korbmachern 58 gegen 206, Polsterern und Seidenknopfmachern 32 gegen 114, Sammet- und Seidenwirtern 30 gegen 23 (also mehr weibliche als männliche), Schlossern 122 gegen 577, Tischlern 248 gegen 1112, Töpfern 25 gegen 181, Tuchmachern 50 gegen 138, Webern und Wäcker 120 gegen 935.

Seit gestern morgen sieben Uhr versagt wieder die elektrische Bahn der großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft auf der Strecke mit unterirdischer Stromzuführung vom Dönhofsplatz bis zur Ecke der Mitter- und Lindenstraße. Die Wagen der drei Linien Schlesisches Thor, Treptow- und Mogensstraße-Dönhofsplatz laufen daher nur bis zu dieser Straßenkreuzung. Hier müssen die Fahrgäste umsteigen, um mit Akkumulatortragnwagen nach dem Dönhofsplatz weiter befördert zu werden.

Wegen versuchten Todtschlages wurden die Brüder Albert und Gustav Gebhardt aus Pankow in Untersuchungshaft genommen. Die Brüder wollten gestern gegen Abend in der Schauparkstraße von L. Schönhauser Allee 79, wo sie eine Besche von 50 Pf. machten, Geld hatten beide Brüder nicht bei sich, und da der Wirth sie nur vom Sehen kannte, wollte er ihnen auch nicht mehr kreditiren, vielmehr wies er beide aus dem Lokal hinaus. Die Brüder begaben sich nun nach Hause, hielten sich ein Tsching und eilten damit nach dem L.'schen Lokale zurück. Der jüngere der beiden, Albert Gebhardt, nahm vor dem Eingang zum Lokale Aufstellung und feuerte einen Schuß auf L. ab; glücklicherweise ohne ihn zu treffen. Er flüchtete, wurde aber in der Nähe der Kaiser Friedrichstraße eingeholt und festgenommen. Gustav G., der zunächst entkam, wurde später in seiner Wohnung verhaftet.

Die gerichtsarztliche Untersuchung der drei Opfer des Familien dramas in der Uhlendstraße in Charlottenburg hat gestern statgefunden, und die Leichen sind für die Beerdigung freigegeben worden. Das dritte Kind der Familie Siebert befindet sich jetzt

Pastor Bodenschwingh und seine Anstalt vor Gericht.

Ein Auffsehen erregender Prozeß fand am Sonnabend vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Bielefeld statt. Im Juni d. J. erschien in Bielefeld eine von dem Maler Pöhlke, genannt Raduak, verfaßte Broschüre unter dem Titel: „Die Wahrheit über die Anstalt Bethel und ihre Verhältnisse bei Bielefeld.“ In dieser behauptet der Verfasser, ein ehemaliger Pflegerling der Anstalt „Bethel“ u. a.: Ehe der Leiter der Anstalt, Pastor D. v. Bodenschwingh, seinen Pflegerlingen das Abendmahl reichen, nehme derselbe eine Ohrspeiche vor. In letzterer sei Pastor D. v. Bodenschwingh bemüht, mit den saftigsten Worten der Liebe und Nachsicht, und unter Begung der feinsten dialektischen Fallstricke, von den Weichlichen etwas heraus zu kochen, um dies alsdann als Waffe gegen dieselben zu benutzen. Ferner wird in der Broschüre behauptet: Das Gesamtvermögen der Anstalt beträgt ungefähr 16 Millionen Mark. Dieser Besitzstand ist unter dem Namen der „armen Kranken“ gesammelt worden. Es wäre vielleicht konsequent, wenn die Nutzung desselben den armen Kranken wenigstens zum Theil zu gute käme. Allein die Kranken sind in der Anstalt „Bethel“ nur Mittel zum Zweck. Sie zahlen ihre Pension, erhalten eine ungenügende, selbst dem geringsten Pensionstage nicht entsprechende Kost und müssen auch außerdem diese Kost durch harte Arbeit selbst verdienen. Wie hoch sich der Gewinn der Anstalt aus der Arbeit der Kranken im Jahre stellt, läßt sich nicht genau angeben, doch gestatten die sehr niedrig gehaltenen Ziffern — 1000 Arbeiter täglich auf etwa 200 Arbeitstage im Jahre — eine gewisse Vorstellung. Die ärmeren Kranken müssen arbeiten, was ihnen aufgegeben wird, den reichen entlockt man ihre Arbeiten auf Schmeicheleien. Kein Kranker genießt die Frucht seiner Arbeit, alle Erträge gebören der Anstalt. Die Baareinnahmen, für welche kein genauer Nachweis existiert, betragen mehrere Millionen Mark im Jahre, abgehen von dem, was die auswärtigen Agenten für ihre „Liebesmühe“ behalten oder bekommen. In den Kanzleien der Pensionen sitzen ganze Stäbe von Sekretären, Hilfschreibern und dergleichen, welche mit ihren Gehältern etwa 100 000 M. jährlich erhalten. Also die bloßen Verwaltungskosten einer „armen“, „elenden“ Gemeinde von etwas über dreitausend Seelen betragen jährlich einmahlhunderttausend Mark. Diese Summe ist nicht erträglich, wenn man bedenkt, daß einem hochbedeutenden Pastore für die jährliche acht- oder vierzehntägige Wadereise 500 Mark, für die Neuberstattung eines Taschenbuches 400 Mark ausbezahlt werden. Das Pastorenmaterial rekrutirt sich zum Theil aus

Individuen, welche in freier Thätigkeit auf dem Lande oder in der Stadt unzulänglich geworden sind und sich hierher ziehen, um eine unerhörte verantwortungslose Gewaltthätigkeit zu üben, Injurien, gehaltene eigene Häuser mit freier Beleuchtung, Prügung etc. zu bewohnen und theilweise Befolgungen wie ein reicher Stadtpfarrer zu beziehen.“ Im weiteren heißt es in der Broschüre: „Im Monat einmal erscheint der Arzt, läßt sich das Buch vorlegen und schreibt neben die Namen mit verwehrteten Anfällen einen Löffel Bromkali mehr, neben die Namen mit verminderten Anfällen einen Löffel weniger. Sonst sieht der Arzt die Kranken überhaupt nicht. In den entlegenen Häusern erscheint der Arzt etwa einmal im Jahre. In einem derselben stellte es sich bei näherer Umfrage heraus, daß von den etwa 70 Insassen kaum 7 oder 8 Bromkali einnehmen; die anderen verziehen wegen der gar zu deutlichen Verwässerung darauf und werden überhaupt nicht behandelt.“ An einer anderen Stelle heißt es: „Aus welcher Stufe einer der Pastoren steht, erhebt aus seinen Predigten. So klagte derselbe am Lutherfest die „elende Regierung“ an, daß sie die evangelische Kirche unterdrücke. In der Festsprache der Jahreshunderfeier für Kaiser Wilhelm I. erklärte dieser Pastor von der Kanzel: er könne über Wilhelm I. nichts sagen, weil er nichts von ihm wisse. Wilhelm I. sei nämlich erst in seinen letzten Lebensjahren kirchlich gesinnt geworden.“ In einer anderen Predigt habe derselbe Geistliche eindringlich davor gewarnt, den Glauben an Hegen aufzugeben, „die es gewiß, vielleicht auch unter uns, giebt, die aber leider nicht mit voller Bestimmtheit zu erkennen sind.“ Ein anderer Passus der Broschüre besagt: „Was mit diesen 1/2 Millionen geschehen ist, entzieht sich äußerer Kenntniß, allein wo auch dieselben geblieben sein mögen: die Forderung muß erhoben werden, daß endlich einmal dem Kollektenwesen ein Ende gesetzt und so ungeheure Summen aus den entferntesten Gegenden des Reiches nicht den wahrhaft Bedürftigen und Leidenden entzogen werden, um in den Schränken eines Millionen verschließenden Geldinstituts zu verschwinden.“ Ferner wird in der Broschüre erzählt: „Ein in der Anstalt arbeitender Mann hatte abgesehen, „Brüder“ zu werden und trotz Schmeicheleien sich geweigert, seine Ersparnisse und ein kleines Guthaben der Anstalt zur Verwaltung zu übergeben. Der Mann sei auch finanziell in der Anstalt betrogen worden und hätte sich nicht geschaut, gelegentlich einer künstlichen Aufreizung den dafür passenden Ausdruck zu gebrauchen. Es galt deshalb den Mann aus der Anstalt zu entfernen. Eines Tages öffnete sich die Thür der Arbeitsstube und mit dem Rücken voran schob sich, die Augen auf das Gesicht des nachfolgenden Hausvaters gerichtet, einer der Anstaltsboten in das Zimmer und brach in das Geschrei aus: „Das ist er, das ist er, ja, der hat es gethan, er hat mich geschlagen, mit einem Stock geschlagen.“ Bis dahin hatte der Schreibende seinen Blick in die Stube gethan und keiner der dort arbeitenden

Leute wußte, wer gemeint sei. Der Hausvater kam dem unbeholfenen Menschen zu Hilfe und zeigte mit dem Finger auf den vorerwähnten Mann, der sich weigerte, „Brüder“ zu werden. „Das ist er, nicht wahr“, fragte der Hausvater. „Ja, ja, das ist er, der mich geschlagen hat“, rief der Anstaltsbote wiederholt. Der Angeklagte stellte den Mann energisch zur Rede. Letzterer bezeichnete jedoch ein Haus, vor dem das Schlagen stattgefunden haben soll und brieflich auf einen Anstaltsbruder als Zeugen. Nach etwa zwei Stunden erschien dieser Anstaltsbruder und sagte dem Angeklagten auf den Kopf zu, er habe gesehen: Der Angeklagte habe den Anstaltsboten vor etwa einem Jahre in der Koblenzerstraße mit einem Stock auf den Arm geschlagen. Das von dem angeblich Geschlagenen bezeichnete Haus liege aber im Anstaltsviertel, während die Koblenzerstraße in der Stadt Bielefeld liege. Durch derartige Manipulationen habe der Hausvater versucht, den Beschuldigten aus der Anstalt zu entfernen. — Endlich wird in der Broschüre behauptet: Ein Hausvater zankte sich vielfach mit seinem leiblichen Bruder, der in der Anstalt unentgeltlich wohne. Die beiden Brüder thun so, als wären sie die ärgsten Feinde. Die Pflegerlinge belagten sich deshalb bei dem Bruder über die ihnen zu theil werdende Behandlung, schimpften auf den Hausvater, die Ärzte und Pastoren. Die Feindschaft bestehe aber nur zum Schein. Die Brüder zankten sich nur, damit die Pflegerlinge dem Bruder vertrauensvoll ihre Herzergeschichte mittheilen. Letzterer habe nichts Giltigeres zu thun, als alle Aeußerungen brüderlich seinem Bruder, dem Hausvater, zu berichten. — Der Inhalt der Broschüre, der theils erlogen, theils entstellt sein soll, veranlaßte den Leiter der Anstalt, Pastor D. v. Bodenschwingh, sowie die Pastoren, Ärzte und Hausväter der Anstalt gegen den Verfasser der Broschüre, Maler Pöhlke und den Kaufmann Schumann, Inhaber der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht“ in Bielefeld, der die Broschüre gedruckt und verlegt hat, auf Grund der §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuches Strafantrag zu stellen und die vorläufige Beschlagnahme der Broschüre zu beantragen. Diesen Anträgen ist stattgegeben worden. Aus diesem Anlaß hatten sich Pöhlke und Schumann wegen Behauptung nicht erwiesener Thatsachen, welche geeignet sind, die Beleidigten verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, vor eingangs bezeichnetem Gerichtshof zu verantworten. Maler Pöhlke, genannt Raduak, heißt mit Vornamen Franz Albert. Er ist am 1. April 1859 zu Drenburg in Ungarn geboren und katholischer Konfession. Schumann heißt mit Vornamen Bruno. Dieser ist am 10. August 1864 zu Greiz geboren und evangelischer Konfession. Die Angeklagten wollen, dem Vernehmen nach, in vollem Umfange den Beweis der Wahrheit führen. Verteidiger der Angeklagten ist Justizrath Vogt-Bielefeld.

2000 Stück Wollene Damen-Kleiderstoffe zur vollständigen Räumung

Gemust. Hauskleiderstoffe doppeltbreit 6 Mtr. das Kleid 90 W.	Belour-Flanelle f. Hauskleider 6 Mtr. das Kleid 2,10 W.	Mittelfarb. Stoffe in engl. Beschm. doppeltbreit 6 Mtr. das Kleid 1,50 W.
Karr. u. gemust. Halbtrübe doppeltbreit 6 Mtr. das Kleid 1,30 W.	Neueste Herbst-Stoffe doppeltbreit 6 Mtr. das Kleid 2,40 W.	Reinwollene Ball-Crêpes doppeltbreit 6 Mtr. das Kleid 2,40 W.
Vollgr. Koppé-Lodenstoffe doppeltbreit 6 Mtr. das Kleid 1,70 W.	Reinwollene Cheviots einfarbig, doppeltbreit 6 Mtr. das Kleid 2,40 W.	Reinw. schwere Crêpes doppeltbreit 6 Mtr. das Kleid 3,60 W.

400 Stück Seidenstoffe zur vollständigen Räumung

Reinseidene gemusterte Stoffe 12 Mtr. das Kleid 6,00 W.	Reinseidene Merveillex 12 Mtr. das Kleid 11,40 W.	Reinseidene Taffete, auch schwarz, 12 Mtr. das Kleid 15,00 W.
Changéant Seidenstoffe glatte u. gemust. 12 Mtr. das Kleid 7,80 W.	Aleintarr. Seidenstoffe 12 Mtr. das Kleid 9,00 W.	Reinseid. Damastées neue Muster 12 Mtr. das Kleid 16,20 W.
Grosse Posten fertiger Unterröcke.		
1 Partie Tuch-Unterröcke, hübsch garnirt, 1,25 W.	1 Partie Flanel-Morgentkleider, durchschnitten, 2,85 W.	Reinwollene Cojume-Röcke zum Ausuchen, durchschn. 3,40 W.
1 Partie Noire-Unterröcke mit Bolant, 2,00 W.	1 Partie Belour-Morgentkleider, durchschnitten, 3,75 W.	Reinw. Double-Cheviot-Cojumeröcke extraweit und tadelloß gearb. 4,60 W.
Seidene Unterröcke, warm gefüttert, 3,00 W.	Elegante Morgentkleider mit Sammet-Garnierung, durchschnitten, 5,75 W.	Reinw. Prima Cojume-Röcke extraweit und tadelloß gearb. 5,85 W.
Für Brautausstattungen! Bedeutende Geldersparnis!		
Ein Posten Bettdamast in ganzer Bettbreite, Meter 58 W.	Weißer Bettbezüge, Doppelbett u. 2 Kissen, fertig genäht, 2,20 W.	Ein Posten Sopha-Teppiche, durchschnittlich Stück 3,00 W.
Ein Posten Bettinlett in ganzer Bettbreite, Meter 65 W.	Bettlatten, 130 cm breit, 2 Meter lang, fertig genäht, 1,00 W.	Ein Posten Engl. Tüll-Gardinen, das Fenster 1,10 W.
Ein Posten Damast-Handtücher, 50 cm breit, 110 cm lang, Dtd. 3,75 W.	Damen-Hemden aus Hemdentuch mit Spitze, 55 W.	Ein Posten reinwollener Steppdecken, Stück 3,75 W.
Ein Posten Damast-Deckende 6 Servietten Gebet, 1,40 W.	Damen-Beinkleid aus rosa Belour-Porzend, 70 W.	Ein Posten Chinesischer Ziegenfelle, gefüttert, Stück 1,00 W.

Durch Wahrnehmung sämtlicher Gelegenheits-Angebote, durch Einkauf sämtlicher Waaren gegen sofortige

Casse und durch auffallend billige Geschäftskosten

sind diese fast unglaublich billigen Verkaufspreise möglich.

In unseren 21 grossen Schaufenstern sind fast sämtliche hier aufgeführte Waaren zur Ansicht ausgestellt.

Waarenhaus Singer & Co., Chausseestr. 56.

Unsere Verkaufsräume bleiben heute Sonntag bis Abends 8 1/2 Uhr geöffnet.

Georg Wagner
Uhren, Goldwaaren
Skalitzerstrasse No. 126
(nahe Cottbuser Thor).

Christbaum schmuck.
Größe Kind. in Glas u. Porzellan-Façon. Engel, Lametta-Engel, Haar, Einschnurleuchter, Kouschhalter etc. Gr. Sortiment in Waare. Christbaumbehang. Billigste Bezugsquelle für Händler u. Wiederverkäufer. S. & G. Saulsohn, Berlin C., Kaiser Wilhelmstr. 19, No. 126.

Z. Alexander,
102. Gr. Frankfurterstr. 102. (Am Strausberger Platz.)
Ballstoffe l. d. feinst. Farb. erdme. rosa, gelb, blau, Meter . . . 55 Pf.
Kleiderstoffe, einfarbig, Meter 48 Pf.
Englische Neuheiten in den elegantesten Dessins, Meter 75 Pf.
Zwirnelangen in großer Mischung, Meter . . . 55 Pf.
Loupeschotten, feinst gehärrt. Karr. u. Mohairstoffen, Met. 1,75 M.

A. Stürmer,
Hauptgeschäft: Brunnensstrasse 27.
2. Sandbergerstr. 23. Gung. Gollnowstr.
3. Chausseestr. 61.
Zum bevorstehenden **Weihnachts-Feste** empfehlen nebenstehende Geschäfte ihre Fabrikate.

Auf 3 Mark 1 M. Rabatt. **Honigkuchen** Auf 3 Mark 1 M. Rabatt.
Baumbehang in größter Auswahl zu billigen Preisen.
Lübecker u. Königsberg. Marzipan in anerkannter Qual. u. sauberster Ausführung.
Eigene Fabrikation in Bonn, Courtairen u. Choroloben.

Julius Andretzki,
Holzmarktstr. 58
Ede Hauptachstraße.

Künstl. Zähne 1,50 M.
Glomben 1 M. Zahnziehen speci. Zahnärztliche Klinik, Wollentheilstr. 43, I., Ecke Drantenstraße. Spr. 8-10 und 1-3 Uhr.

Herm. Koch,
Spandauer Brücke 11
Friedrichstraße 35.
(38519)

Julius Andretzki,
Kottbuser Damm No. 14.

Julius Andretzki,
Kottbuser Damm No. 14.

Künstl. Zähne 1,50 M.
Glomben 1 M. Zahnziehen speci. Zahnärztliche Klinik, Wollentheilstr. 43, I., Ecke Drantenstraße. Spr. 8-10 und 1-3 Uhr.

Jeder Hausfrau empfohlen!
Spezial-
Mehl-Handlung
W. Crahé,
39. Drangelstraße 39, an der Lüdenerstraße.
16. Wienerstr. 16. — 11. Königsbergerstr. 11.

Glühwein
ausgezeichnet 1. Alter 1,20 Mtl., 5. Alter 5,50 Mtl., 10. Alter 10. — Mtl.
Fernsprecher **Eugen Neumann & Co.** Amt IV. 9676.
Komptoir u. Gesamt-Kellereien: Berlin SW. 68, Lindenstr. 16/17. — Detail-Verkaufsläden: Belle-Alliance, Platz 6a, Amt IV 3679. — Neue Friedrichstr. 81. — Oranienstr. 190. — Gendarmenstr. 29. — Grüner Weg 56. — Kommandantenstr. 67. — Wollanstr. 25. — Schöneberg, Hauptstr. 129. — Charlottenb., Kais. Friedrichstr. 45.

Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!
 Sonntag, den 12. Dezember, abds. 6 1/2 Uhr, b. Zubell, Lindenstr. 106:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Genossen Dr. Borchardt über: „Die Vertheilung von Karl Marx.“
 Nach dem Vortrage: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
 Die Vertrauensperson.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den zweiten Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 14. Dezember, abds. pünktlich 8 1/2 Uhr, bei Herrn Martens, Friedrichstraße 236:
Versammlung.
 Tages-Ordnung: 239/6
 1. Die Vogelzucht der Junger in Oelheim. Referent Reichstags-Abgeordneter Rechtsanwalt Haase (Königsberg). 2. Diskussion.
 Gäste willkommen.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Mittwoch, den 15. Dezember, abds. 8 1/2 Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Reichsanwalt Wolfgang Heine über: „Die Sozialdemokratie und die Todesstrafe.“
 2. Diskussion.
 3. Vereinsangelegenheiten.
 Gäste haben Zutritt.
 Der Vorstand.

Achtung! IV. Wahlkreis (Südosten). Achtung!
 Dienstag, den 14. Dezember, abds. 8 1/2 Uhr, im Vereinshaus „Süd-Ost“, Waldemarstraße 75:
Große Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Militärstrafgesetze. Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse Förster. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 Die Mitglieder werden aufgefordert, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. In dieser Versammlung werden die Billets zur „Urania“ am 3. Weihnachtstage ausgetheilt.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 14. Dezember, abds. 8 1/2 Uhr:
Zwei Versammlungen.
 für Draniensburger Vorstadt und Wedding in „Wilbrodt's Festsäle“, Müllerstraße Nr. 7:
 Tages-Ordnung:
 1. Die Nothwendigkeit politischer Organisation. Referent Reichstags-Abgeordneter Vogtherr. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Für Moabit
 im Moabiter Klubhaus, Beusselstraße Nr. 9.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Max Schippel. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet.
 Der Vorstand.

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!
 Sonntag, den 12. Dezember, abds. 6 Uhr, im „Coalner Hof“, Coalnerstraße 8:
Gr. öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Vogtherr. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 Zu recht zahlreichem Besuche, namentlich auch seitens der Frauen, ladet ein
 Der Vertrauensmann.
 Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.)
Branche der Korbmacher.
 Sonntag, den 12. d. M., abds. 6 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:
Versammlung mit Damen.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Augenarztes Herrn Dr. Warm über: Die Erhaltung der Sehkraft, mit Demonstrationen an künstlichen Augen.“
 2. Diskussion und Mittheilungen.
 Nach dem Vortrage: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
 Eintritt 10 Pf. Gäste willkommen. Tanz 30 Pf.

Bürsten- und Pinselmacher.
 Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:
Branchen-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Berichtserstattung der Kommission und Auswahl derselben. 4. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Bezirks-Versammlungen
 Montag, den 13. Dezember, abds. 8 1/2 Uhr.
Wedding-Gesundbrunnen: im Kolberger Salon (Haase), Kolbergerstr. 23.
 1. Vortrag über: Die Ueberkandenarbeit und deren Abts Wirkung. Referent Kollege Heubel. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Westen und Südwesten bei Zubell, Lindenstraße 106.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Bezirksführers. 4. Erhaltung der Werkstatt-Kontrollkommission u. der Beitragskammer. 4. Verschiedenes.
 Kollegen! Da in dieser Versammlung die Wahl von Kollegen stattfindet, welche in Eurem Interesse arbeiten sollen, so agitiert eifrig für zahlreiches Besuche dieser Versammlung. — Hierzu sind besonders eingeladen die Werkstellen von Brädel, Krausstr. 31; Böcker, Dargisdorferstr. 62, und Reter, Schützenstr. 73-74.

Offen und Nordosten bei Thiel, Fruchtstraße 36a.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Grempe über: Sicherheitsvorrichtungen zum Schutze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Mit Demonstration an Sicherheitsapparaten. 2. Diskussion. 3. Werkstatt und Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Die Kollegen von Keller, Königsbergerstr. 4, sind hierzu eingeladen.
 — Gäste haben Zutritt.

Verband aller in der Kürschnerei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.
 Montag, den 13. Dezember, abds. 8 1/2 Uhr, im Reichs-Feind, Weinstr. 11:
Mitglieder-Versammlung.
 T.O.: 1. Vortrag des Genossen Rahn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Gäste willkommen.
 Der Vorstand.

Achtung! IV. Wahlkreis. Achtung!
 Sonntag, den 12. Dezember 1897:
Gr. Winter-Vergnügen
 des Lese-Klub „Leopold Jacoby“
 in Stechert's Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21,
 unter Mitwirkung der Hauskapelle, des Gesangsvereins „Liedesfreiheit“ und der humoristischen Gesellschaft Strzelewicz.
 Anfang 4 Uhr. Entrée 25 Pf.

Arbeiter-Bildungsschule.
 Sonntag, den 12. Dezember, abds. 7 Uhr, in den Armnhallen, Kommandantenstrasse No. 20:
 Vortrag des Gen. Dr. Zadek über: „Schulhygiene.“
 — Nachdem: Gemüthliches Beisammensein und Tanz. —
 Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf.
 Mitglieder und Gäste sind höflichst eingeladen.
 Um zahlreichen Besuch bittet
 Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsverein für Friedrichsberg u. Umg.
Mitglieder-Versammlung
 im Lokale des Herrn Moser, Lichtenberg, Dorfstr. 2.
 Tages-Ordnung: (14/13)
 1. Vortrag des Genossen Dr. Wollheim über: „Naturerkenntnis und Weltanschauung.“ 2. Diskussion. 3. Wahl des Schriftführers. 4. Verschiedenes. Pünktliches Erscheinen erwünscht.
 Der Vorstand.

Freie Volksbühne.
 Sonntag, den 12. Dezember 1897, nachmittags 3 Uhr.
I. Abtheilung Die Jugend. Lessing-Theater.
 Ein Liebesdrama in 3 Aufzügen von Max Halbe.
 Heft IV der „Freien Volksbühne“ sowie Kartennuschläge und Programme vom Winterfest sind bei den Ordnern zu haben.
 Sonntag, den 19. Dezember: Vorstellung für die II. Abtheilung.
 Der Vorstand: I. A.: G. Winkler.

Metallarbeiter!
 Montag, 13. Dezember, abds. 8 Uhr, bei Obst, Schöneberg, Grunewaldstr. 110:
Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung: 170/17
 1. Der Nietenkampf der englischen Maschinenbauer um den Achtstundentag. 2. Wie fördern wir am besten die Interessen der Organisation in Schöneberg und im Westen?
 Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
 Otto Raether, N., Anklamstr. 44.

Verein deutscher Schuhmacher.
Versammlungen
 am Montag, den 13. Dezember, abds. 8 1/2 Uhr.
 Zahlstelle I bei Feind, Weinstr. 11: Vortrag v. Gen. Dr. Rogefeldt über: Volks-Verständnisse.
 Zahlstelle II bei Lange, Dragowitzerstr. 15: Vortrag.
 Zahlstelle III bei Müller, Johannstr. 20: Vortrag.
 Zahlstelle IV bei Roll, Waidbergstr. 21: Vortrag.
 Zahlstelle V (Schäferstraße) bei Schiller, Rosenthalerstr. 57.
 Zahlstelle Schöneberg bei Obst, Grunewaldstr. 110.
 Zahlstelle Friedrichsberg bei Fuchs, Frankfurter Allee 49.
 Um zahlreichen Besuch bitten
 Die Bevollmächtigten.

Große öffentliche Versammlung
 der
Drechsler, Korbmacher u. Kammwacher
 am Montag, den 12. Dezember, abds. 8 Uhr, im Lokal Englischer Garten, Alexanderstrasse 27c.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Th. Metzner über: „Arbeitnehmer und Arbeitgeber-Verhältnisse.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Die Kollegen der Kammwacher-Verhältnisse von Kreiswamm, Blumenstraße 74, und Weisel, Bernauerstr. 79, sind hierzu ganz besonders eingeladen.
 Der Einberufer.

Bildungsverein „Mehr Licht!“
 Sonntag, 12. Dezember, abds. 7 Uhr, Alexanderstraße 27c
 (großer oberer Saal):
Versammlung.
 T.O.: Vortrag über: Berufsstände und Gewerbepläne.“ Ref. Herr Dr. Weyl. Diskussion. — Darauf: Gemüthliches Beisammensein und Tanz. — Gäste heiss willkommen. — Entrée 10 Pf. Garderobe 10 Pf.
 Nächsten Sonntag: Besuch des Hygienemuseums.
 Der Vorstand.

Achtung! Musik Achtung!
 zu aller Privat- und Vereinsfestlichkeiten vom Klavier bis zum Orchester. Prompte Ausführung. Bestellungen werden täglich mündlich von 10 1/2-1 Uhr, sowie schriftlich und per Telefon entgegengenommen: Restaurant Schiller, Rosenthalerstr. 67. Telefon: Amt III, Nr. 1206.
 Fr. Vereinig. d. Zivil-Berufsmusiker Berlins u. Umg.

Erklärung!
 Die Restbestände des seit 12 Jahren bestehenden bestrenommierten Herren- und Knaben-Garderobengeschäfts von Benno Forester sollen in kürzester Zeit ausverkauft werden.
 Winter-Paletots, früher 14, 18, 24, 30, jetzt 9, 12, 15, 18, 21, 24, 27, 30, 33, 36, 39, 42, 45, 48, 51, 54, 57, 60, 63, 66, 69, 72, 75, 78, 81, 84, 87, 90, 93, 96, 99, 102, 105, 108, 111, 114, 117, 120, 123, 126, 129, 132, 135, 138, 141, 144, 147, 150, 153, 156, 159, 162, 165, 168, 171, 174, 177, 180, 183, 186, 189, 192, 195, 198, 201, 204, 207, 210, 213, 216, 219, 222, 225, 228, 231, 234, 237, 240, 243, 246, 249, 252, 255, 258, 261, 264, 267, 270, 273, 276, 279, 282, 285, 288, 291, 294, 297, 300, 303, 306, 309, 312, 315, 318, 321, 324, 327, 330, 333, 336, 339, 342, 345, 348, 351, 354, 357, 360, 363, 366, 369, 372, 375, 378, 381, 384, 387, 390, 393, 396, 399, 402, 405, 408, 411, 414, 417, 420, 423, 426, 429, 432, 435, 438, 441, 444, 447, 450, 453, 456, 459, 462, 465, 468, 471, 474, 477, 480, 483, 486, 489, 492, 495, 498, 501, 504, 507, 510, 513, 516, 519, 522, 525, 528, 531, 534, 537, 540, 543, 546, 549, 552, 555, 558, 561, 564, 567, 570, 573, 576, 579, 582, 585, 588, 591, 594, 597, 600, 603, 606, 609, 612, 615, 618, 621, 624, 627, 630, 633, 636, 639, 642, 645, 648, 651, 654, 657, 660, 663, 666, 669, 672, 675, 678, 681, 684, 687, 690, 693, 696, 699, 702, 705, 708, 711, 714, 717, 720, 723, 726, 729, 732, 735, 738, 741, 744, 747, 750, 753, 756, 759, 762, 765, 768, 771, 774, 777, 780, 783, 786, 789, 792, 795, 798, 801, 804, 807, 810, 813, 816, 819, 822, 825, 828, 831, 834, 837, 840, 843, 846, 849, 852, 855, 858, 861, 864, 867, 870, 873, 876, 879, 882, 885, 888, 891, 894, 897, 900, 903, 906, 909, 912, 915, 918, 921, 924, 927, 930, 933, 936, 939, 942, 945, 948, 951, 954, 957, 960, 963, 966, 969, 972, 975, 978, 981, 984, 987, 990, 993, 996, 999, 1002, 1005, 1008, 1011, 1014, 1017, 1020, 1023, 1026, 1029, 1032, 1035, 1038, 1041, 1044, 1047, 1050, 1053, 1056, 1059, 1062, 1065, 1068, 1071, 1074, 1077, 1080, 1083, 1086, 1089, 1092, 1095, 1098, 1101, 1104, 1107, 1110, 1113, 1116, 1119, 1122, 1125, 1128, 1131, 1134, 1137, 1140, 1143, 1146, 1149, 1152, 1155, 1158, 1161, 1164, 1167, 1170, 1173, 1176, 1179, 1182, 1185, 1188, 1191, 1194, 1197, 1200, 1203, 1206, 1209, 1212, 1215, 1218, 1221, 1224, 1227, 1230, 1233, 1236, 1239, 1242, 1245, 1248, 1251, 1254, 1257, 1260, 1263, 1266, 1269, 1272, 1275, 1278, 1281, 1284, 1287, 1290, 1293, 1296, 1299, 1302, 1305, 1308, 1311, 1314, 1317, 1320, 1323, 1326, 1329, 1332, 1335, 1338, 1341, 1344, 1347, 1350, 1353, 1356, 1359, 1362, 1365, 1368, 1371, 1374, 1377, 1380, 1383, 1386, 1389, 1392, 1395, 1398, 1401, 1404, 1407, 1410, 1413, 1416, 1419, 1422, 1425, 1428, 1431, 1434, 1437, 1440, 1443, 1446, 1449, 1452, 1455, 1458, 1461, 1464, 1467, 1470, 1473, 1476, 1479, 1482, 1485, 1488, 1491, 1494, 1497, 1500, 1503, 1506, 1509, 1512, 1515, 1518, 1521, 1524, 1527, 1530, 1533, 1536, 1539, 1542, 1545, 1548, 1551, 1554, 1557, 1560, 1563, 1566, 1569, 1572, 1575, 1578, 1581, 1584, 1587, 1590, 1593, 1596, 1599, 1602, 1605, 1608, 1611, 1614, 1617, 1620, 1623, 1626, 1629, 1632, 1635, 1638, 1641, 1644, 1647, 1650, 1653, 1656, 1659, 1662, 1665, 1668, 1671, 1674, 1677, 1680, 1683, 1686, 1689, 1692, 1695, 1698, 1701, 1704, 1707, 1710, 1713, 1716, 1719, 1722, 1725, 1728, 1731, 1734, 1737, 1740, 1743, 1746, 1749, 1752, 1755, 1758, 1761, 1764, 1767, 1770, 1773, 1776, 1779, 1782, 1785, 1788, 1791, 1794, 1797, 1800, 1803, 1806, 1809, 1812, 1815, 1818, 1821, 1824, 1827, 1830, 1833, 1836, 1839, 1842, 1845, 1848, 1851, 1854, 1857, 1860, 1863, 1866, 1869, 1872, 1875, 1878, 1881, 1884, 1887, 1890, 1893, 1896, 1899, 1902, 1905, 1908, 1911, 1914, 1917, 1920, 1923, 1926, 1929, 1932, 1935, 1938, 1941, 1944, 1947, 1950, 1953, 1956, 1959, 1962, 1965, 1968, 1971, 1974, 1977, 1980, 1983, 1986, 1989, 1992, 1995, 1998, 2001, 2004, 2007, 2010, 2013, 2016, 2019, 2022, 2025, 2028, 2031, 2034, 2037, 2040, 2043, 2046, 2049, 2052, 2055, 2058, 2061, 2064, 2067, 2070, 2073, 2076, 2079, 2082, 2085, 2088, 2091, 2094, 2097, 2100, 2103, 2106, 2109, 2112, 2115, 2118, 2121, 2124, 2127, 2130, 2133, 2136, 2139, 2142, 2145, 2148, 2151, 2154, 2157, 2160, 2163, 2166, 2169, 2172, 2175, 2178, 2181, 2184, 2187, 2190, 2193, 2196, 2199, 2202, 2205, 2208, 2211, 2214, 2217, 2220, 2223, 2226, 2229, 2232, 2235, 2238, 2241, 2244, 2247, 2250, 2253, 2256, 2259, 2262, 2265, 2268, 2271, 2274, 2277, 2280, 2283, 2286, 2289, 2292, 2295, 2298, 2301, 2304, 2307, 2310, 2313, 2316, 2319, 2322, 2325, 2328, 2331, 2334, 2337, 2340, 2343, 2346, 2349, 2352, 2355, 2358, 2361, 2364, 2367, 2370, 2373, 2376, 2379, 2382, 2385, 2388, 2391, 2394, 2397, 2400, 2403, 2406, 2409, 2412, 2415, 2418, 2421, 2424, 2427, 2430, 2433, 2436, 2439, 2442, 2445, 2448, 2451, 2454, 2457, 2460, 2463, 2466, 2469, 2472, 2475, 2478, 2481, 2484, 2487, 2490, 2493, 2496, 2499, 2502, 2505, 2508, 2511, 2514, 2517, 2520, 2523, 2526, 2529, 2532, 2535, 2538, 2541, 2544, 2547, 2550, 2553, 2556, 2559, 2562, 2565, 2568, 2571, 2574, 2577, 2580, 2583, 2586, 2589, 2592, 2595, 2598, 2601, 2604, 2607, 2610, 2613, 2616, 2619, 2622, 2625, 2628, 2631, 2634, 2637, 2640, 2643, 2646, 2649, 2652, 2655, 2658, 2661, 2664, 2667, 2670, 2673, 2676, 2679, 2682, 2685, 2688, 2691, 2694, 2697, 2700, 2703, 2706, 2709, 2712, 2715, 2718, 2721, 2724, 2727, 2730, 2733, 2736, 2739, 2742, 2745, 2748, 2751, 2754, 2757, 2760, 2763, 2766, 2769, 2772, 2775, 2778, 2781, 2784, 2787, 2790, 2793, 2796, 2799, 2802, 2805, 2808, 2811, 2814, 2817, 2820, 2823, 2826, 2829, 2832, 2835, 2838, 2841, 2844, 2847, 2850, 2853, 2856, 2859, 2862, 2865, 2868, 2871, 2874, 2877, 2880, 2883, 2886, 2889, 2892, 2895, 2898, 2901, 2904, 2907, 2910, 2913, 2916, 2919, 2922, 2925, 2928, 2931, 2934, 2937, 2940, 2943, 2946, 2949, 2952, 2955, 2958, 2961, 2964, 2967, 2970, 2973, 2976, 2979, 2982, 2985, 2988, 2991, 2994, 2997, 3000, 3003, 3006, 3009, 3012, 3015, 3018, 3021, 3024, 3027, 3030, 3033, 3036, 3039, 3042, 3045, 3048, 3051, 3054, 3057, 3060, 3063, 3066, 3069, 3072, 3075, 3078, 3081, 3084, 3087, 3090, 3093, 3096, 3099, 3102, 3105, 3108, 3111, 3114, 3117, 3120, 3123, 3126, 3129, 3132, 3135, 3138, 3141, 3144, 3147, 3150, 3153, 3156, 3159, 3162, 3165, 3168, 3171, 3174, 3177, 3180, 3183, 3186, 3189, 3192, 3195, 3198, 3201, 3204, 3207, 3210, 3213, 3216, 3219, 3222, 3225, 3228, 3231, 3234, 3237, 3240, 3243, 3246, 3249, 3252, 3255, 3258, 3261, 3264, 3267, 3270, 3273, 3276, 3279, 3282, 3285, 3288, 3291, 3294, 3297, 3300, 3303, 3306, 3309, 3312, 3315, 3318, 3321, 3324, 3327, 3330, 3333, 3336, 3339, 3342, 3345, 3348, 3351, 3354, 3357, 3360, 3363, 3366, 3369, 3372, 3375, 3378, 3381, 3384, 3387, 3390, 3393, 3396, 3399, 3402, 3405, 3408, 3411, 3414, 3417, 3420, 3423, 3426, 3429, 3432, 3435, 3438, 3441, 3444, 3447, 3450, 3453, 3456, 3459, 3462, 3465, 3468, 3471, 3474, 3477, 3480, 3483, 3486, 3489, 3492, 3495, 3498, 3501, 3504, 3507, 3510, 3513, 3516, 3519, 3522, 3525, 3528, 3531, 3534, 3537, 3540, 3543, 3546, 3549, 3552, 3555, 3558, 3561, 3564, 3567, 3570, 3573, 3576, 3579, 3582, 3585, 3588, 3591, 3594, 3597, 3600, 3603, 3606, 3609, 3612, 3615, 3618, 3621, 3624, 3627, 3630, 3633, 3636, 3639, 3642, 3645, 3648, 3651, 3654, 3657, 3660, 3663, 3666, 3669, 3672, 3675, 3678, 3681, 3684, 3687, 3690, 3693, 3696, 3699, 3702, 3705, 3708, 3711, 3714, 3717, 3720, 3723, 3726, 3729, 3732, 3735, 3738, 3741, 3744, 3747, 3750, 3753, 3756, 3759, 3762, 3765, 3768, 3771, 3774, 3777, 3780, 3783, 3786, 3789, 3792, 3795, 3798, 3801, 3804, 3807, 3810, 3813, 3816, 3819, 3822, 3825, 3828, 3831, 3834, 3837, 3840, 3843, 3846, 3849, 3852, 3855, 3858, 3861, 3864, 3867, 3870, 3873, 3876, 3879, 3882, 3885, 3888, 3891, 3894, 3897, 3900, 3903, 3906, 3909, 3912, 3915, 3918, 3921, 3924, 3927, 3930, 3933, 3936, 3939, 3942, 3945, 3948, 3951, 3954, 3957, 3960, 3963, 3966, 3969, 3972, 3975, 3978, 3981, 3984, 3987, 3990, 3993, 3996, 4000.
 am Nettelbeckplatz, an der Stadtbahn.
 Sonntag geöffnet bis 8 1/2 Uhr abends.

Trauringe reiffe Dukaten, 990
 22,50 R. 1 1/2 Duk. 17,50 R. Kronen-
 gold gestemp. 900. 7 Gramm 20,50 R.
 5 1/2 Gramm 15,50 R. Alle anderen
 Goldsachen ebenso reell. (2724b)
Hugo Lemeke, Auguststr. 91 pt.
 nahe d. Oranienburgerstr. Geogr. 1840.

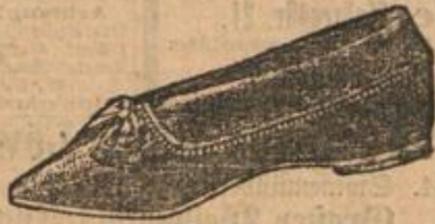
Puppen-Doktor
Otto Kreyssig, Brunnenstr. 119.
 Reparaturen u. Renanfertigung.
Achtung! Kein Laden.
 Nur eigene Fabrikation, 25 Cigarren
 1 Mark. Garantie rein amerikanische
 Tabake. Rippentabak 2 Pf. 60 Pf.
H. F. Dinslage, 30082
 Reibnischestr. 4. Hof parterre.

Kaufhaus Julius Löwenheim
 44. Ewinemünderstraße 44, Ecke Vorhisingstraße.
Großer Weihnachts-Musverkauf.
Kleiderstoffe,
 einzelne Roben und Reste von 2-6 Metern
auffallend billig.
 Große Auswahl in Wäsche, Tricotagen, Weiß- und Vollwaren.
 Magazin für Handhabungsartikel. — Puppenausstellung.
 Feste Preise! Reelle Bedienung!

Einzel-Verkauf von Uhren u. Goldwaren in Fabrik-Preisen.
C. Giesen, Oranienstr. 165a, Oranienplatz.
 Vorzeiger dieses Inserats erhält 5 pCt. Rabatt.

A.

Nützliche Weihnachts-Geschenke



für Damen:

Preiswerthe, hochelegante
Morgenschuhe
 aus Leder und Filz in modernen Farben-Zusammensetzungen mit und ohne Absätze.
Hausstiefel
 von den einfachsten Sorten bis zu den elegantesten Neuheiten.
Knöchelstiefel
 aus Leder und Filz in schwarzer und brauner Farbe mit Filz- und Pelzfutter.
Tanzschuhe
 Gem. Leder 3,00, Sat 3,50 Mk.



Reizende Pantoffeln für Damen

zu 80, 90 Pfg., 1,00, 1,25 Mk.
 Ganz besonders preiswerth:
Rothe Pantoffeln
 aus Filz mit starken Filzsohlen und echten Dammsell-Innen-
 löhlen
 1,25 Mk.
Steter Eingang von Neuheiten.
Filzschuhe und Stiefel
 in unübertroffen reicher Auswahl für Herren, Damen und Kinder.



für Herren:

Geschmackvolle und bequeme
Morgenschuhe
 aus Leder und Filz in allen Farben mit Filz, Woll- und Pelzfutter.
Hausstiefel
 aus Leder und Filz in schwarzen und braunen Farben mit Filz- und Pelzfutter.
 Elegante sowie einfache
Filzpantoffeln
 mit und ohne Lederlöhlen in jeder Preislage.
Gesellschaftsschuhe
 und Stiefel in außerordentlich reicher Auswahl.

Die besten und schönsten Stiefel und Schuhe für Mädchen, Knaben und Kinder.

Schuhwaarenhaus Carl Stiller

Gegründet 1867.

Jerusalemstr. 40, am Dönhoffplatz.

Gegründet 1867.

Heute bis 8 1/2 Uhr Abends geöffnet.

Enorm billig!
Knaben-Anzüge.
 Knaben-Paletots.
 Burschen-Anzüge.
Mädchen-Mäntel
 Mädchen-Jacken
 Mädchen-Kleider
 Riesige Auswahl.
J. Rosenberg,
 Resterhandlung,
 Kottbuser Damm 93, pt.

Winter-Paletots
 in unzähliger Auswahl, um das
 richtige Lager zu räumen, nur
9 Mark
 in eleganter Ausführung und
 guten Stoffen 10, 12-25 Mk.
 Jackett- u. Rock-Anzüge,
 schneidig u. elegant, darunter die
 feinsten Salons u. Reant-Anzüge
 12, 15, 18-30 Mk. Socken
 in vorzüglichen halbfarbenen Stoffen,
 feinst 1/2, 2/3, 3, 4, 4 1/2, 12 Mk.
 Dohenzollern-Mäntel,
 mit weitem, foltiger Vellerrime, nur
 14, 17, 21-35 Mk. Winter-
 Kapotten, warm gefüttert, von
 4 Mk. an. Knaben- sowie
 Burschen-Anzüge u. Paletots
 spottbillig.

Kleider-Pascha
 32 Rosenthalerstr. 32
 Ecke Sophienstr., Eckladen.
 Heute geöffnet von 7-10 und
 1/2-1 1/2 Uhr.

Strickmaschinen
 aus der Dresdener Strickmaschinen-
 Fabrik sind die besten und ein leichter
 Erwerbsweg f. Männer, Frauen und
 Posaun-Geschäfte. Erlernen leicht und
 gratis. Arbeit in nachgewiesener Ver-
 kauf zu Fabrikpreisen. Lager bei dem
 Vertreter H. Gomburger, Kloster-
 straße 63, Berlin, Nachmittags.
 Offene feine Tafelbutter,
 1 Pf. 1.10 Mk., alle Sorten Käse
 zu den billigsten Preisen. 37262
W. Adrian,
 Invalidenstr. 35, Ecke Chausseestr.
 Eckladerstr. 60, Ecke Artilleriestr.

Wenn Sie gut und billig
Goldwaaren u. Uhren
 kaufen wollen, so besichtigen Sie
 unsere permanente
Muster-Ausstellung
 mit
Original-Preisnotirung
 vor dem Hause der
Königstrasse 22.
 Die Konkurrenz wundert sich, wieso wir so billig verkaufen,
 sehr einfach:
 Wir verkaufen so billig, weil wir eigene Fabrikation haben.
 Wir verkaufen so billig, weil wir ohne Zwischenhandel direkt an
 Private verkaufen.
 Wir verkaufen so billig, weil wir keine besonderen Spesen für den
 Einzelverkauf haben, da sich der Einzel-
 verkauf zu **Original-Preisen Hof part.**
 im Fabrikgebäude befindet.
 Dem Käufer kommt die Ersparniss der übertriebenen
 Ladennischen ganz besonders zu gute, da wir hierfür, wie sonst
 selbstverständlich, keinen Aufschlag nehmen brauchen.
Goldwaaren-Industrie Belmonte & Co.,
 Berlin C., Königstrasse 22.
Fabrikation moderner Schmuckgegenstände.
 Einzelverkauf zu Original-Preisen Hof part.
 Fabrik-Aufgang B. Abtheilung für Versand-Export Aufgang C.
 Versand nur geg. vorher. Einsendung des Betrages od. Nachnahme.
 Mk. 3.00. mit 2 echten Perlen Mass. Gold, ges. gest. Alm.
 Mk. 24.-- mit
 Mass. Gold, 3jähr. schriftl. Gar. für guten Gang. Silberne Uhren v. Mk. 9.-- an. Offene Gold-Uhren von Mk. 10.50 an.
 Mk. 5.-- Mass. Gold, ges. gest., echt. Cap Rubin, von beiden Seiten je 3 echte Perlen.
 Mk. 4.75. 15 1/2 kar. Gold, hinten m. vergold. Silber-Boden verstärkt. 5 echte Opale.
 Mk. 7.-- Mass. Gold, ges. gest., v. beiden Seiten echte Perlen, in der Mitte blaue oder rothe Steine.

Grösste Berliner
Zuschneide-Akademie Alexanderplatz
 Direktion **Maurer.**
 Bedeutendste Hochschranke der Gegenwart für die gefamnte moderne Zuschneidkunst. Ohne Kon-
 kurrenz. Im Januar dieses Jahres mit dem zahlreichsten, aus 14 Personen bestehenden Lehrpersonal
 nachweislich 174 Teilnehmer ausgebildet. Komfortable Einrichtung. Herren, Damen, Wäsche-
 schneider, Putz- und Bekleidungs-Unternehmung eigener Garderoben. Vorzügliche theoretische
 und praktische Ausbildung durch hervorragende Lehrkräfte, unter deren Leitung schon Tausende
 unterrichtet wurden. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben. Von 20 Mk. an begünstigter Tages- und
 Abendkurs jeden 1. und 15. im Monat. Kostenloser Stellensuchweis. Man verlange Prospekte
 gratis und franko. Der nächste Hauptkursus beginnt am 3. Januar. 38652
Die Direktion. Maurer.
 Künstl. Zähne 2 M. Schmerz. Zahnziehen 1 M., Plomb. 1.50 M. | Preiswerthe 5 Pf., Zigarren im
 Theilz. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-6U. | Zigarrenladen Rationenstr. 11.

„Alt-Berlin“ am Molkenmarkt,
 Molkenstrasse 12.
 Empfehle mein Weiß- und Bairisch-Bier-Local nebst Vereinszimmer.
 Großer Frühstücks-, Mittags- und Abendisch. Jeden Montag: Schlachtfest.
 Sonntags: Wellfleisch, nachmittags: frische Würst, wozu ergebenst einladet
 NK. Dr. H. Schmalz (Schmalzler)
 35019* Heide vorrätlich.
Hermann Gärtner.

W. Wörjchel, C. Jüdenstr. 35/36,
 (An der Stralenerstraße) 20842*
 empfiehlt sein Weiss- u. Bairisch-Bierlokal nebst gr. Vereins-
 zimmer n. 20-80 Pers. Frühstücks-, Mittags- u. Abendisch u. solid. Preis
Renz' Ball-Salon, Naunynstr. 27.
 Empfehle meine Säle, 600 Personen fassend, zu allen Festlichkeiten und
 Besammlungen. Einige Sonntagsabende sind noch unter kausantesten Be-
 dingungen an Vereine zu vergeben. 23802*
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: **Grosser Ball.**
Gustav Graumann.

Robert Scheere, Restaurant „Zangerheim“
 O. Blumen-Strasse 38.
 Telefon: Amt VII Nr. 3760.
 Arbeitsnachweis der Möbelpolier, Brauer, Brauerei-Gilfsarbeiter.
 Zahlstelle des Verbandes der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Buchbinder,
 Maler, der Orts-Krankenkasse der Möbelpolier, der Zentral-Krankenkasse
 der Schuhmacher, Maler, Gold- und Silberarbeiter, Buchbinder und des
 Arbeitervereins des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Osten).

„Märkischer Hof“, Adulstraße 18c. Jeden
 Sonntag im prachtvollen
 Speisegarten: Gr. Festball. Anfang 4 Uhr, Ende 2 Uhr. Gr. Horn- und
 Streichmusik. Beide Säle zu Hochzeiten, Vereinsfestlichkeiten u. Besammlungen
 u. verg. Die Restaurationsräume jeden Sonntag den geehrten Familien zur
 Verfügung. Große und kleine Vereinszimmer sind noch frei. Selbstver-
 ständl. und Neujahr sind die beiden Säle an Vereine zu vergeben.

Neu eröffnet! Weiß- und Bairisch-Bier-Local eröffnet!
 von **Julius Henke, Gr. Frankfurterstr. 80/81.**
 Gemüthlicher Familien-Ausgang. Vereinszimmer bis 50 Personen.
 2 Kegelbahnen. Billard. 3700L*

Ettablissement Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
 Jeden Sonntag: **Grosser Ball.** - Anfang 5 Uhr. - Ende 2 Uhr.
 Einige Sonntagsabende sind noch zu vergeben. 29832*
Hermann Brüder.

Vereinsbrauerei-Ausschank Rixdorf
 Grosse Säle.
 Mittwoch und Sonntag:
 Gr. Frei-Konzert.
Öconomie: Martin Berndt
 Vorzügliche
 Küche, Barabposition
 Schleichsand, Regalbahnen u.
 sonstige diverse Belustigungen.
 • Elsbahn. •
 34462* Pferdebahn vom Marktplatz für 10 Pf. bis zur Branerei.
 Den Genossen und Freunden zur Nachricht, daß ich die
Restaurations
 von Paul Hilpert übernommen habe.
Adolf Abendroth,
 Badstr. 42, Ecke Gropiusstrasse.
 Vereinszimmer, 50-80 Personen fassend.

Verfassungen.

Die Lohnkommission der Maurer berichtete in der am Freitag abgehaltenen Verbandstag-Verammlung, daß die Arbeitslosigkeit trotz der vorgerückten Jahreszeit augenblicklich noch eine recht günstige genannt werden könne, was wohl eine Folge des jetzigen milden Wetters sein möge. Dem verhältnismäßig guten Geschäftsgang sei es auch zuzuschreiben, daß mehrfache Versuche von Lohnherabsetzungen ohne große Anstrengung verhindert werden konnten. Andererseits sind aber einzelne, nicht hinreichend begründete und bezüglich ihrer Ansichten nicht genügend überlegte Arbeitsniederlegungen erfolglos gewesen. Die Kommission rät den Kollegen, falls nicht zwingende Ursachen vorliegen, Auspensen einstweilen nicht zu verlangen; vielmehr das Hauptaugenmerk auf Heranführung derjenigen Kollegen zu richten, die bisher den gewerkschaftlichen Bestrebungen gleichgültig gegenüberstanden. In der Diskussion wurde unter anderem auch erwähnt, daß auf einem Bau in der Petersburgerstraße die bestehenden Unfallversicherungs-Vorschriften insofern außer acht gelassen werden, als die daselbst arbeitenden Steinträger gegen etwa herabfallendes Material nicht genügend geschützt sind.

Eine Werkstätten-Verammlung der Metallarbeiter der Firma Gebr. Dopp nahm durch das Eingreifen des einen der Herren Dopp einen recht ungewohnten Verlauf. Die Arbeit war schon um eine Stunde früher beendet worden, damit alle Arbeiter sich daran beteiligen könnten. Nachdem der Leiter der Besprechung den Zweck derselben dargelegt, meldete sich der Vertreter der Firma zum Wort,

aber nicht, wie allgemein erwartet wurde, um den Arbeitern mitzuteilen, daß etwaige Beschwerden geprüft und die Mängel, wenn angängig, abgestellt werden würden, sondern er machte vielmehr bekannt, daß jeder entlassen würde, der eine „ungerechte“ Beschwerde vorbringt. Er verlangte auch, daß eine genaue Rednerliste geführt werde, damit er jeden, der etwa die Firma beleidigt, der Staatsanwaltschaft übergeben könne. Der Herr sah indes sehr bald ein, daß seine Unternehmer-Autorität nicht so weit reiche, die Verammlung nach seinem Wunsche dirigieren zu können, und so verließ er das Lokal. Ein Kriminalpolizist, der später erschien, — ob von Herrn Dopp geschickt, bleibe dahingestellt —, fand die Verhandlungen bereits abgeschlossen.

Im Verbands der Graveure, Zifelenre etc., Zahlstelle Berlin, sprach Herr Dr. Bernstein am Dienstag, den 7. Dezember, über: „Geisteskrankheiten.“ Unter Vereinsangelegenheiten wurden den englischen Maschinenbauern 50 M. überwiesen. Im weiteren wurde bekannt gemacht, daß die Ortsverwaltung sich veranlaßt gesehen habe, 21 Mitglieder wegen rückständiger Beiträge aus dem Verbands auszuschließen und werden die Kollegen aufgefordert, die Beiträge pünktlich zu entrichten, da dieselben bei einer Restierung von acht Wochen laut Statut ihrer sämtlichen Rechte verlustig gehen.

Die Freie Vereinigung der Jübil-Berufsmusiker hielt am Dienstag, den 7. Dezember, eine außerordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Robert Merker durch Erheben

von den Plätzen. Nachdem wurde als 1. Vorsitzender Kollege Alb. Hoch wiedergewählt.

Verband der Mübelpolierer. Die Zahlstelle Rixdorf beschäftigte sich in ihrer letzten Versammlung mit den Werkstätten der Großunternehmer; Handel hielt das einleitende Referat. Besondere Klage wurde geführt gegen den Werkführer der Firma Laborenz, mit Namen Schellhorn. Dieser Herr soll gegen Organistrie besonders streng vorgehen und sie womöglich zur Entlassung bringen.

Neu in deutscher Schuhmacher. Montag, den 12. Dezember, abends 8½ Uhr: Zahlstelle I bei Herrn Weinst. 11. Zahlstelle II bei Range, Pragerstr. 15. Zahlstelle III bei Müller, Johannstr. 20. Zahlstelle IV bei Meißner, Altdorferstr. 21. Zahlstelle V (Schäferstraße) bei Schiller, Rosenhaldenstr. 57. Zahlstelle Schöneberg bei Doh, Grunewaldstraße 110. Zahlstelle Trebbin bei Buchs, Frankfurter Allee 49.

Samarkandische für Arbeiter und Arbeiterinnen. Montag, den 12. Dezember, abends 8½ Uhr, bei Herrn Neumann, Brunnenstr. 150. Vortrag über: Verlegungen und Gefährdungen. Nach dem praktischen Uebungen.

Geistlicher Verein Waldsee. Sitzung heute Dinstag, 8 Uhr bei Rosow, Weidstr. 2.

Allgemeine Familien-Hilfskassa. Deutsches Hoflog: Kaserstr. 125 bei Diele.

Berliner Arbeiter-Verein. Mittwoch, den 15. Dezember, abends 8½ Uhr, in den „Kunsthallen“, Kommandantenstr. 20. Vortrag über: Die Befolgung der Volksschullehrer, eine soziale Frage. Referent: Herr Lehrer J. Jahn. Jedermann hat Zutritt.

Zentralverein der Glühauer (Vermahlung Berlin). Dienstag, den 12. Dezember, abends 8½ Uhr, Köpenickerstr. 62: Versammlung.

Verein für Körper- und Naturschulung. Montag, den 12. Dezember, abends 8½ Uhr, in Riehl's Saal, Weidstr. 17: Chronologischer Vortrag über Schicksale und Gesichtsausdrucksstudie mit großen Projektionslichtbildern.

Praktische Weihnachts-Geschenke für Herren und Knaben

Umtausch nach dem Feste gern gewährt.

Für 3 Mk. Velour-Stoff-Hose, schwere Waare.	Für 6 Mk. Loden-Joppe, dick und warm gefüttert.	Für 8 Mk. 50 Schlafrock, grau oder braun, Double mit Tuchbesatz.	Für 10 Mk. Herren-Paletot, Double warm gefüttert.	Für 15 Mk. Schlafrock, weicher mulliger Stoff mit Tuch- od. Sammetbesatz.
Knaben-Anzug, praktisch und haltbar.	Festtags-Hose, guter Monopol-Kammgarn.	Normal-Winter-Anzug, bestehend aus schwerer gefüt. Joppe und dicker Velour-Hose 9 Mk.	Jünglings-Anzug, von blauem oder braunem Cheviot.	Herren-Paletot, Patent-Double mit Plaid-Futter.
Knaben-Mantel, mit Plüsch- oder Krimmerbesatz.	Knaben-Mantel, mit voller Pelerine.	Jünglings-Paletot, mit warmem Futter 9 Mk.	Kammgarn-Hose, elegante Webart.	Hohenzollern-Mantel für Jünglinge, mit voller Glocken-Pelerine.
Sweater für Radfahrer.	Knaben-Anzug in eleganten Façons.	Knaben-Sammet-Anzug, hochlegant, 9 Mk.	Pelz-Herren-Kragen, echter Nutria-Biber.	Loden-Joppe, rein wollener Loden in eleganten Stoffen.
Eleganter Geh-Pelz mit echtem Nerz- oder Persiana-Kragen, mit Wallaby-Pelz gefüttert, mit schwarzem reinwollenem Tuchbezug 95 Mk.				
Für 18 Mk. Herren-Anzug, Kammgarn, Cheviot blau, braun und schwarz.	Für 21 Mk. Herren-Paletot, Cachemir, Eskimo mit elegantem Futter.	Für 30 Mk. Herren-Paletot, reinwollener Aachen, Eskimo.	Für 36 Mk. Herren-Paletot, echter Eskimo in grosser Farben-Auswahl.	Für 45 Mk. Herren-Paletot, hochlegant, Eskimo, Krimmer etc.
Herren-Mantel, mit Pelerine, glatter Loden, gefüttert.	Hohenzollern-Mantel f. Herren mit voller Glockenpelerine, schwarz, blau, grau.	Hohenzollern-Mantel f. Herren, Tuch mit wollenem Lama gefüttert.	Gehrock - Anzug von gutem Satin-Kammgarn.	Gehrock - Anzug, feines, sehr gutes Ripsgewebe.
Kaiser-Mantel für Herren, durchweg warm gefüttert.	Schlafrock, kariertem Innenfutter und Schnurbesatz.	Gesellschafts-Anzug in Rock- und Jaquet-Façon.	Hohenzollern-Mantel für Herren, wollenes Tuch in allen Farben.	Hohenzollern-Mantel, feines, wollenes Tuch, sehr eleg. Ausstattung.
Schlafrock, elegant Velour in Phantasiefarben.	Pelz-Joppe, vollständig mit Pelz gefüttert.	Schlafrock von bestem seidew. Lammwollstoff.	Jaquet-Anzug, eleganter, hochmoderner Cheviot in neuen Farben.	Frack - Anzug aus feinem, gutem, schwarzem Tuch.

Falls obige Angebote ausverkauft sind, wird Ersatz oder Neu-Anfertigung ohne Preisaufschlag gewährt.

Geschäfts-Häuser Baer Sohn

Fabrikation von Herren- und Knaben-Bekleidung

24a Chaussee-Strasse 24a II Brücken-Strasse II 16 Gr. Frankfurter-Strasse 16
zwischen Invalidenstr. und Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Ecke Rungestrasse, am Bahnhof Jannowitzbrücke. schräg über dem National-Theater.
Moderne, elegante Maass-Anfertigung aus besten Fabrikaten zu sehr mässigen Preisen, unter Leitung eigener erster Meister.

Schuhwaaren-Haus

S. Selbiger, 40 Landsbergerstr. 40, Ecke Lietzmannstrasse.

Um meinen geehrten Kunden Gelegenheit zu geben, auch in diesem Jahre ihre **Weihnachts-Einkäufe** zu Ausnahmepreisen decken zu können, habe ich mich entschlossen, **Ausnahme-Preise**

für die Tage von **Sonntag, den 12. December, bis Sonntag, den 19. December, gelten zu lassen.**

Herren-Stiefel

früher	7,50	8,30	9,20	11,00
jetzt	4,50	5,50	6,50	8,35 Mk.

dieselben sind mit Schaft und Gummizügen in allen Grössen und Weiten am Lager.

Damen-Stiefel

früher	5	6,20	7,45	8,30	9,70
jetzt	4	4,90	5,30	6,25	7,30 Mk.

in den feinsten Ausführungen.

Specialität
Für Fussleidende

wird Gelegenheit geboten, an diesen Ausnahmestagen das Beste für wenig Geld zu erhalten.
Sämtliche Grössen und Weiten sind am Lager.

Pelz-Stiefel
für Herren, Damen und Kinder zu staunend billigen Preisen.

Grosses Lager
in Filzschuhen und Pantoffeln sowie Gummischuhen in allen Grössen und Weiten.

Sonntags geöffnet von 8-10 vormittags und von 1-9 Uhr abends.

In Kellnerschuhen bedeutende Auswahl

In Kellnerschuhen bedeutende Auswahl

Jacques Raphaëli



Berlin.

Fabrik-, Versand- und I. Kaufhaus An der Spandauer Brücke No. 2 (Stadtbahnhof Börsé).

H. Kaufhaus Potsdamerstr. 106a, Ecke Steglitzerstrasse.
III. Kaufhaus Grüner Weg 31, Ecke Andreasplatz.
IV. Kaufhaus Jerusalemstr. 50/51, Ecke Zimmerstrasse.

Cigarren grösstes und ältestes Versandgeschäft der Residenz für Händler, Restaurateure, Vereine und Private.

Verkaufs- u. Versandbedingungen. Nicht Zusagendes auf meine Kosten zurück und erhält
nebst allen Auslagen zurück, auch können oldbann 4 Probe-Cigarren von jeder Marke unentgeltlich gerucht
werden. Der Besteller wird in jedem Falle nicht nur schadlos gehalten, sondern hat immer Vortheile davon.
Wer sich auf diese Zeitung bezieht, erhält bei 500 St. 3% - 1000 St. 5% - 2000 St. 8%
Rabaten bis einschließlich 2,25 sind von Frantatur und Kabartgewährung ausgeschlossen. - Unter 100 St. von
jeder Marke werden nicht versandt. 300 St. franco über ganz Deutschland; für Berlin Detail-Verkauf von 10 St.
zu Orig.-Preisen. In allen meinen Kaufhäusern Proberauchen unentgeltlich.

Für Händler andere Ausstattungen. - Ob leicht, mittel oder kräftig gefl. anzugeben. - Nach einer Erklärung der mir
mehr als gegnerisch gesinnten Lohnkommission der Tabakarbeiter in Nr. 122 des Vorwärts vom 28. 5. 96 verkaufe ich 1000 Stk.
Cigarren billiger, wie man hier Arbeitslöhne bezahlt! Ein besserer Beweis meiner Leistungsfähigkeit existiert nicht!

Cigarren à la Manilla, rein aus Tabak, würzig und voll, circa
10 1/2 cm lg., 100 Stk. **Mk. 1,50.**
Der Vorkostenparnis wegen empfiehlt es sich, 3 Original-Pakete
à 200 Stk. 600 Stk. für 9,00 zu beziehen.

Marke 2, ca. 10 1/2 cm lg., 5 cm Umsf., Sumatra-Decke, in Risten per
100 Stk. **Mk. 1,75.**

Marke Schuss, i enorm Gr., unfort. i Papier, p. 100 Stk. **Mk. 2,50.**

Marke Mercado, ca. 10 cm lg. 5 cm Umsf., p. 100 St. jetzt **Mk. 2,50.**

Marke Piccolo, 8 cm lg., ca. 4 cm Umsf., rein überfeinster Tabak,
Originalität, 200 Stk. entl. **Mk. 4,50.**

Marke Manilla, ca. 10 1/2 cm lg., ca. 5 cm Umsf. an der Brandfläche,
p. 100 Stk. jetzt **Mk. 3,-.**

Marke „Portorico“, ca. 10 cm lang, ca. 5 cm Umfang, in
Risten 2x50 gebündelt per 100 Stk. **Mk. 3,-.**

Marke Universal, ca. 11 cm lg., ca. 5 cm Umsf., Salon- u. Promen-
naden-Cigarre, p. 100 Stk. jetzt **Mk. 3,25.**

Marke Afuto, ca. 11 cm lg., ca. 5 cm Umsf., in weit eleganterer
Sumatra-Decke mit vorzüglich harmonisierenden Tabaken gemischter
Einlage; sie bildet vermöge ihrer entzückenden Ausgestaltung u. Aus-
führung eine Augenweide und ist aus diesem Grunde auch für Händler
geeignet. Ein kolossaler Posten, p. 100 Stk. **Mk. 3,50.**

Marke „Ceara“, ca. 11 cm lang, ca. 5 cm Umsf., volle würzige
Cigarre, rein überfein, per 100 Stk. **Mk. 4,-.**

Marke Flor de Cuba „Neu“, hochelegantes schlankes
Facon, ca. 10 cm lg., ca. 4 1/2 cm
Umsf., aus rein überfein Tabaken, u. zw. II. Deli-Sumatra-Decke
mit Feltz-Brasile, Sumatra- und Java-Einlage. Hervorragend kost-
barer Geschmack, mild und doch würzig; die Cigarre ist ein Wunder
der Billigkeit bei der außerordentlich hohen Tabakconjunction, in
Risten zu 250 Stk. franco über ganz Deutschland, für **Mk. 10,-.**

Marke „Non plus ultra“ ca. 12 cm
lang, circa
5 cm Umfang, Torpedo-Facon, Vorkosten-Decke, So Cruz de Alina
(Bohita) und Java-Einlage, hochfeinstes Aroma, milde und von außer-
ordentlichem Wohlgeschmack. Diese Cigarre, welche selbst beim
Ranchen großer Quantitäten keinerlei Beschwerden verursacht,
verkauft ich, des enormen Lagerd wegen (ca. 1 Million), zum
Spottpreise, p. 100 Stk. **Mk. 4,50**

**Marke Cubanos „Neu, Gelegenheits-
tauf“**, Fingerring-Facon,
ca. 10 1/2 cm lang, ca. 5 cm Umfang, theils feinste Sumatra, theils
feinste Havabeden im kostbaren Geschmack u. Aroma, tadellos
schneeweisser Brand, zu vergleichen mit der besten 6 Fig.-Cigarre,
20 Pakete in Papier zu 25 Stk., in Originalitäten zu 500 Stk.
franco über ganz Deutschland für nur **Mk. 18,75.**

1 Partie von 150 000 Stück theils
Brasile, theils Sumatradeden, theils Havana-Cuba und feinsten Sumatra in
der Einlage; diese Cigarre wurde mit Mk. 75 verkauft **100 Stk. Mk. 4,50**

Mexico-Havana (nur für Qualitätsraucher), ca. 9 1/2 cm lg., ca. 5 cm
Umsf., gleich d. feinst. cuban. Havana-Cigarre, p. 100 Stk. **Mk. 4,50.**

Marke „Flor de Copas“, ca. 12 cm lang, ca. 5 cm Umsf.,
elegantes Facon, feinste
Deli-Decke, Vorkosten-Brasile, Feltz- u. Java-Einlage, p. 100 Stk.
Mk. 5,-

Marke Campos, ca. 10 1/2 cm lg., ca. 5 cm Umsf., Havana-Decke,
Bañia-Feltz-Einl., p. 100 Stk. jetzt **Mk. 5,50.**

Marke St. Andres, ca. 11 1/2 cm lang, ca. 5 cm Umfang, in
ersten Eberna-Risten verpackt, tadellos im
Brand. Trotz ihrer Größe von außerordentlicher Milde und kost-
barstem Geschmack im Sinne des verdienstlichen Rauchers. - Der
Rausch der Cigarre kann ohne Beschwerden in sich aufgenommen
werden, wie bei einer Cigarette. - Wer mit der heutigen Conjunction
der cubanischen Tabake vertraut ist, wird es conform mit mir richtig
zu würdigen wissen, wenn ich behaupte, daß mit dem hier folgenden
Preis der Gipfel der Leistungsfähigkeit erreicht ist.
p. 100 Stk. **Mk. 6,-.**
Wer macht's mir nach?

Elegantes Weihnachtsgeschenk
Marke „Andalusia“ mit Ring, elegant verpackt, in 1/10
und 1/20 Risten, ca. 9 cm lang,
ca. 5 cm Umfang, p. 100 Stk. nur **Mk. 5,50**

Marke „Virginia“, Virginia-Facon, Havana in der Einlage,
ca. 13 cm lang, 3 cm Umfang, in Risten
zu 50 Stk. verpackt, bunt à 10 Stk. gebündelt, p. 100 Stk.
Mk. 6,50

Diplomaten-Cigarre, ca. 12 cm lg., ca. 6 cm Umsf., großes
Bodifacon, eine der vollkommensten Cig.,
die ich bisher geliefert, p. 100 Stk. **Mk. 6,-.**

Marke Import, Handarbeit (Regische Presse), ca. 11 1/2 cm lg., ca. 5 1/2 cm
Umsf., schlägt diese Cigarre vermöge ihres kostbaren Aromas, saftigen
und doch milden Geschmacks eine Importcigarre, die mehr als den
doppelten Preis hat. Eine Kiste, 250 Stk. enthaltend, franco
über ganz Deutschland **Mk. 15,50.**

Marke Servantes, kräftige, vollwürzige Cigarre, ca. 13 1/2 cm lang,
6 cm Umsf., deren Werth den sehr geringen Preis bei Weitem über-
trifft, p. 100 Stk. **Mk. 7,50.**

Marke Calderon, Havana, Handarbeit (Regische Presse), Decke
Havana, Blätter-Kudle, feinste La Cruz des Almas- und Havana-
Einlage, ca. 10 cm lang, ca. 5 cm Umsf., p. 100 Stk. **Mk. 9,-.**

Marke Lopez de Vega, imponantes Regalia-Bodifacon, ca. 12 cm
lang, ca. 5 1/2 cm Umsf., Havana-Einlage, zierliche Deli-Raafschappi-
Decke. Diese Cigarre wurde aus hiesigen Plage mit Mk. 250,- p. Kiste
verkauft; dieselbe offerirt ich, so lange das beschränkte Quantum
reicht, in Risten à 50 Stk., p. 100 Stk. **Mk. 10,-**
und darf mir wohl behagt jede weitere Anpreisung ersparen.

Marke El Viso, Bodifacon, ca. 10 cm lang, ca. 6 cm Umfang, feinste
Havana-Handarbeit-Cigarre, p. 100 Stk. **Mk. 12,50.**

Marke Triumfante, Regalia-Bodifacon, m. Ringen verziert, Hand-
arbeit, 15 cm lang, ca. 6 1/2 cm Umfang, zierliche, feinste Deli-Decke,
Havana-Blätter-Kudle in der Einlage p. 100 Stk. **Mk. 15,-.**

Ich empfehle mein reichhaltiges Lager in eleganten, freudeerregenden Präsentkistchen, à 25 Stück gepackt, von Mark 0,90 bis Mark 3,00.

Schutzmarke Herren- u. Knaben-Garderobe Marke Derfflinger



eingetragen unter dieser Schutzmarke Zeichenrolle Nr. 23837
des Kaiserlichen Patentamtes.
Diese Garderobe ist der Jubegriff aller Vollkommenheit sowohl in Paf-
form als auch Ausführung und Material.

- „Derfflinger“ Alle bei mir gekaufte Garderobe wird unentgeltlich ausgebügelt.
- Herren-Jacket-Anzüge, einreihig, mittel- und hellfarbig gemustert, **Mk. 11**
 - Herren-Jacket-Anzüge, einreihig, mittel- und hellmode und **Mk. 12 und 15**
 - Herren-Jacket-Anzüge, ein- und zweireihig, in jeder Farbe, **Mk. 18-22,50**
 - Herren-Jacket-Anzüge, elegante Promenaden-Anzüge, **Mk. 23-36**
 - Paletots, in hell- und mittelfarbigen Satin, engl. Facon, **Mk. 20**

- Paletots, Eskimo, in modernen Farben, engl. Facon, **Mk. 21,50-43**
- Beinkleider, hell, mittel und dunkelfarbig, **Mk. 6,75-13**
- Burschen-Anzüge in besten Qualitäten von **Mk. 8,75** jede Größe um 0,50 Mk
steigernd.
- Knaben-Anzüge von **Mk. 2,50** bis **Mk. 15,-**
- Schlafrocke in größter Auswahl von **Mk. 9,50** bis **Mk. 24,-**
- Pelerinen-Mäntel mit Plaidfutter und weiler Pelerine von **Mk. 15,-** bis **Mk. 36,-**
- Hohenzollern-Mäntel mit bestem Sammfutter, voller Pelerine von **Mk. 22,-** bis **46,-**
- Codenjoppen mit und ohne Gurt von **Mk. 6,50** bis **16,-**
- Beinkleider von Cheviot, Sammgarn, Pelour, Bucklin und sonstigen guten, wolleinen, dauerhaften Stoffen
tadellos liegend, zu **Mk. 3,-, 3,75, 4,50, 5,-, 5,50, 6,-, 7,-, 7,50, 8,50** bis **13,-**
- Arbeitsfachen von dauerhaftem Material, in gediegener Arbeit, sind in großer Aus-
wahl am Lager.
- Knaben-Turn-Anzüge, in allen Farben und Qualitäten, von **Mk. 2,50** an.

Maßbestellung!
Reichste Auswahl in Stoffen, für beste und schnellste Arbeit wie nobelsten Sitz wird garantiert.

Größte Schuhwaaren-Fabrik Berlins auf Hand im Größtes Lager der besten Schuhwaaren der Welt (Goodyear)

Damen-Fußbekleidung.		Herren-Fußbekleidung.		Für Mädchen und Knaben.		
Oberfilz-Pantoffel mit Filz- und Ledersohle	Mk. 0,60	Oberfilz-Pantoffel mit Filz und Ledersohlen	Mk. 0,75	Filz- und Double-Schuhe, bis 17 cm	Mk. 0,50	
Filz- und Double-Schuhe mit Filzsohle	0,80	Filz- und Double-Schuhe mit Filzsohle	1,00	dieselben bis 21 cm	0,65	
Melton-Stiepp-Schuhe m. durchgenäht. Ledersohle u. Absatz	1,60	Plüsch- u. Gordinnet-Schuhe m. Ledersohle u. Abf.	2,50	Oberfilz-Schuhe mit Filz- und Ledersohle	0,60	
Kalbleder-Laufschuhe, nicht mit Wachs- oder Leder- tuch zu vergleichen.	2,75	Rohf- oder Rindleder-Zugstiefel, Strapaziertstiefel, genagelt	4,50	derselbe bis 21 cm	0,80	
Rohleder-Zugstiefel mit reinen Lederzuthaten, solid und dauerhaft	3,60	Filz- und Tuch-Zugstiefel mit Noßbesah	6,25	Rohleder-Zug- u. Schnürschuhe, Strapaziertschuh, bis 18 cm	2,50	
Filz-Zugstiefel mit Rohlederbesah	4,00	Rohleder-Zugstiefel auf Rand, in satiniertes Roh- leder	6,75	bis 22 cm	3,25	
derselbe mit Vachetteblatt	4,50	Rohleder-Schnürstiefel, genäht	6,75	Rohleder-Knopf- u. Schnürstiefel, Strapaziertstiefel, bis 18 cm	3,-	
Rohleder-Knopfstiefel, 11 Knopf hoch, genäht	5,25	Wildkalbleder-Zugstiefel, unverwundlich	8,50	bis 22 cm	Mk. 4,- bis 25 cm	4,75
Rohleder-Knopfstiefel, gelb genäht, mit imitiertem Lammfellfutter	6,75	Raphaëli's Goodyear-Welt-Zug- und Schnür- Schuhe, in Wildroßleder	7,75	Tuch- und Filz-Knopfstiefel mit Winterlackbesah, bis 18 cm	3,90	
Raphaëli's Goodyear-Welt-Zugstiefel, Hagri- nirtes Wildkalbleder	7,75	Raphaëli's Goodyear-Welt-Zugstiefel in Wild- kalbleder	10,75	derselbe bis 22 cm	4,80	
Gummischuhe für Damen	1,90	Gummischuhe für Herren	3,20	Gummischuhe für Mädchen u. Knaben	Mk. 1,40 u. 1,60	

Destillation mit Dampfbetrieb. - Fabrik feinsten Tafelliköre u. Punschessenzen. - Wein, Rum, Cognac, Arac etc.

Damenkleiderstoffe, Gardinen, Herren- und Knabenhüte, Handschuhe für Herren und Damen spottbillig und streng reell.

Jacques Raphaëli, Berlin C., Fabrik und 4 Kaufhäuser.

Heute Sonntag von 8-1/2 10 Uhr vormittags u. 1/2 1-1/2 9 Uhr abends geöffnet. Bitte genau auf meine Firma zu achten, um sich gegen Uebervorteilungen zu schützen.

Meine Offerte gilt bis zur nächsten Anzeige.
Verantwortlicher Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Die Knutung der ungarischen Landarbeiter.

Die intensive Erregung, die sich in den ersten Wochen des Sommers des laufenden Jahres in den Kreisen der landwirtschaftlichen Arbeiter im ungarischen Tieflande offenbarte, zu schier zahllosen partiellen Streiks von kürzerer oder längerer Dauer Anlaß gab und den Landbesitzern den Vorgeschmack eines allgemeinen Erntearbeiter-Streiks bot, hat das so sorgfältig gehütete und von gedankenlosen politischen Bekrüdern so oft aufgeschleppte Märchen von der Interessensharmonie und dem patriarchalischen wohligen Verhältnisse zwischen den ungarischen Latifundienbesitzern und landwirtschaftlichen Arbeitern in Nichts verfliegen lassen. Der letzte Sommer hat diese Mythe vollständig zerstört und den Interessengegensatz zwischen Landbesitzern und Landproletariat gründlich offenbart.

Der Verlauf der Landarbeiterbewegung im Tieflande dürfte noch in allgemeiner Erinnerung sein. Ein Teil der Streikenden war in der günstigen Lage, sich bessere Arbeitsbedingungen zu erzwingen; ein anderer Teil der Streikenden war, weil mittlerweile die vom Landwirtschaftsminister aufgedungenen slowakischen und ruthenischen Streikbrecher zur Feldarbeit eingestellt wurden, von der Arbeit überhaupt ausgeschlossen; die übergroße Masse der Feldarbeiter jedoch hat unter dem Druck der in den ungarischen Staatsgefängnissen angesammelten Streikbrecher, wenigstens widerwillig, sich ins Unvermeidliche gefügt und die Ernte-Arbeiten zu den ihnen diktierten Bedingungen vollführt.

Die übermäßig gewordenen Landbesitzer konnten die Arbeiter ungestraft verböhnen, die Arbeiter mußten das Getreide für den üblichen Vorkaufspreis einheimen. Der Staat, der ohne Zaudern die Partei der Ausbeuter ergriß, hat sich mit allen seinen, ihm zu Gebote stehenden Machtmitteln als starker erwiesen, als die theils schwach, theils mangelhaft oder noch gar nicht organisierten Landarbeiter. Die Ausbeuterklasse hat triumphiert!

Anlässlich der Beantwortung von zwei Interpellationen im ungarischen Parlamente hat der Landwirtschafts-Minister bereits im Hofsenner angekündigt, daß der Staat sich nicht bloß auf die in ausgreifendem Maße in Anwendung gelangten Retorsionsmaßnahmen beschränken wird, sondern auch in die besprochenen Verhältnisse regelnd und ordnend eingreifen wird. An die Forderung des Ministers wurden in sozialpolitischen Kreisen keine zu weitgehenden Erwartungen geknüpft; die Bestimmungen des nun dem Abgeordnetenhause vorgelegten Entwurfs haben jedoch selbst diese geringen Hoffnungen enttäuscht und aufs neue bewiesen, daß die ganze Staatsweisheit der in Ungarn herrschenden liberalen Regierung und ihres ganzen Anhanges sich bloß auf Maßnahmen polizeilicher Natur beschränkt und selbst in so eminent sozialpolitischen Fragen, wie es das Verhältnis zwischen Landbesitzern und Feldarbeitern ist, über das Auffassungsvermögen eines Polizeikommissars nicht hinauskommt.

Die von den ungarischen Feldarbeitern aufgeworfenen und besonders im Tieflande hochwichtigen Forderungen des Lohnminimums, der Verkürzung der Arbeitszeit, des Rechts auf Arbeit, des Koalitionsrechts der Arbeiter, sind an den Verfassern des Entwurfs ganz spurlos vorübergegangen. Die Tendenz des in 80 Paragraphen zersplitterten Gesetzesentwurfs beschränkt sich hauptsächlich darauf, die Bestimmungen der im Jahre 1875 geschaffenen und an die Zeiten

nach den ungarischen Banernkriegen gemauerten Gesinde-Ordnung formalistisch noch mehr zu detaillieren und noch mit derartigen Rechten zur Zurückweisung der Arbeiterforderungen zu ergänzen, wie sie bisher nach landläufigen primitiven Rechtsbegriffen überhaupt nicht statthaft waren.

Die ökonomische Lage der ungarischen Feldarbeiter wird und kann nicht verbessert werden, durch die gesetzliche Verfügung, daß die Landarbeiter von Seiten der Wohngemeinde mit Arbeitszertifikaten auszustatten sind. Zur Besserung der Verhältnisse könnte wohl die projektirte Bestimmung beitragen, daß die Arbeitsverträge vor der Gemeinde-Vorsteherung abzuschließen, diese den Arbeitern zu erklären sind und endlich in diese der Pauschallohn in einer fixen Geldsumme oder in einer fixen Quantität von Produkten anzubedingen, falls jedoch — wie dies allgemein üblich ist — der Arbeitslohn in einem gewissen Theil des Grundvertrages besteht, so muß dieser auch in einer Geldsumme festgesetzt oder doch das Minimum der Produktmenge bestimmt sein, wobei dem Arbeiter die Wahl zwischen den beiden freisteht. Diese Bestimmungen könnten die Feldarbeiter zur Geldentlohnung hinüberführen und könnten denselben auch für jene Fälle entschädigen, wo Hagelschläge oder andere Elementar-Ereignisse die Ernte vernichten oder bedeutend vermindern. In diesen Fällen würde der Landbesitzer von den Versicherungsgesellschaften bisher zwar vollkommen schadlos gehalten, die landwirtschaftlichen Arbeiter hatten aber bei der bisherigen Entlohnung einen bedeutenden Entgang am Verdienst, ohne daß ein Regress-Anspruch irgendwo geltend zu machen gewesen wäre. In dieser Richtung wäre demnach eine Besserung möglich, doch dürfte nach aller Voraussicht der überaus traurige Zustand der ungarischen Gemeinde-Verwaltung die gehegten Erwartungen enttäuschen.

Der Entwurf verbietet ferner das Trudelsystem, er will ferner den Arbeitslohn von wucherischen Leihgeschäften freihalten. Doch werden diese Verfügungen, welche übrigens einen tiefen Einblick in das Ausbeutungs-System der ungarischen Latifundienbesitzer gewahren, wohl nur auf dem Papiere stehen bleiben. Das ungarische Gewerbegesetz hat vor 13 Jahren das Trudelsystem auch abgeschafft, trotzdem blüht diese Ausbeutungsmethode in den ungarischen Fabriken nach wie vor. Warum sollten die Latifundienbesitzer, oder die administrative Kontrolle besser sein als die Fabrikanten oder die gewerbebehördliche Rechtsprechung?

Mit diesen Bestimmungen sind die Lichtseiten des Entwurfs erschöpft. Der Rest der 80 Paragraphen bietet jedoch eine Unmasse von Schattenseiten.

Die von den Landbesitzern so beliebte, von den landwirtschaftlichen Arbeitern so gehaßte „Robot“-Arbeit, d. i. die Gratisarbeit auf dem Felde und im Wirtschaftshofe — eine Ursache tiefgehender Unzufriedenheit der Arbeiterkaste, bleibt vom Gesetze unberührt und bleibt ein gesetzlich unzugängliches Heiligthum im Interesse der Herrn Landbesitzer.

Im Sinne des Entwurfs ist der Landbesitzer berechtigt, den Arbeitsvertrag zu lösen jenem Arbeiter gegenüber, der den Arbeitgeber, eines seiner Familienmitglieder, oder seinen Wirtschaftsbekanntem thätlich beleidigt, in seiner Ehre verletzt hat; in analogen Fällen steht den Arbeitern kein Recht zu, den Vertrag zu lösen. Man ersieht ferner, daß der Entwurf den aus Landbesitzerkreisen in den vergangenen Monaten so eifrig lancirten Vorschlägen betreffs Reaktivierung der Prügelstrafe sehr sympathisch gegenüber steht.

Der Entwurf kennt keine ArbeitsEinstellung nach erfolgtem Vertragsabschlusse, und mobilisiert die Polizeigewalt zum Anstreich der Arbeiter! Im Laufe der Erntearbeiten giebt es überhaupt keine Verhandlungen und alle Beschwerden sind verboten; der Arbeiter hat zu arbeiten und nichts anderes als zu arbeiten! Verläßt ein Arbeiter das Feld, wird er von Gendarmen zurückgebracht und der

benährte Gewehrkolben wird ihm schon seine aparten Rechtsbegriffe aufstreifen.

Die Arbeit des landwirtschaftlichen Tagelöhners wird von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang im Entwurfe fixirt; dafür wird ihm eine Mittagsstunde und vom 15. April bis 30. September eine halbe Stunde vor- und nachmittags eingeräumt.

Ein schier endloses Kapitel ist den überaus zahlreichen Strafbestimmungen gewidmet, natürlich sind diese nahezu fast alle auf die Feldarbeiter gemünzt. Aus der Menge wollen wir bloß einige hervorheben. Im Sinne dieses Kapitels begeht eine Uebertretung und ist mit Haft bis 60 Tagen zu bestrafen jener Arbeiter, der auf dem Arbeitsplatze freiwillig nicht erscheint oder nachdem er dort freiwillig erschienen oder hinausgeschickt worden war, die Arbeit nicht beginnt, nicht ununterbrochen fortsetzt, oder absichtlich schlecht ausführt.

Jeder jene Verabredungen besitzen Geltung, mit welchen die Arbeiter bezwecken, durch gemeinsame Arbeitseinstellung die Arbeitgeber zur Gewährung eines höheren Arbeitslohnes zu zwingen und ihnen überhaupt Vortheile zu entziehen, noch jene Verabredungen, durch welche die Unterstufung jener, die bei den erwähnten Verabredungen beharren, die Schädigung aber jener bezweckt wird, welche die Verabredung brechen. Eine Uebertretung begeht und ist mit Haft bis zu 60 Tagen und mit einer Geldstrafe bis 340 M. ist zu bestrafen wer: a) behufs Zustandbringens, Verbreitung oder Vollzug solcher Verabredungen, Vereinbarungen die Arbeiter, Tagelöhner in der Geltendmachung ihres freien Willens durch Drohung oder Beleidigung hindert, oder zu hindern trachtet; b) behufs Zustandbringens, Verbreitung oder Vollzugs solcher Verabredungen unter den ausgenommenen Arbeitern falsche Nachrichten verbreitet, Geld sammelt, mit den ausgenommenen Arbeitern eine Zusammenkunft hält, zu Zwecken einer solchen Zusammenkunft sein Lokal überläßt, zu Zwecken einer derartigen Zusammenkunft theilnimmt. Derselbe Strafe trifft auch denjenigen, der — unter andern — den vertragsbrüchigen Arbeiter, Tagelöhner, Diensthofen, öffentlich belobt, oder zu dessen Gunsten Spenden sammelt.

Wie ersichtlich, war Draco im Vergleiche zu diesem Gesetzesentwurf ein Sentimentalitäten zureichender wahrer Gefühlsmensch. Es dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Absichten des Entwurfs hauptsächlich darauf ausgehen, für die Gerechtigkeit im ungarischen Tieflande einen Ausnahmezustand zu schaffen, der die weitestgehenden Handhaben bietet soll, zur Unterdrückung aller Bestrebungen, welche darauf abzielen, die Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu verbessern und deren Lage erträglicher zu gestalten.

Ob da wohl ein Resultat erreicht werden wird? Der Entwurf ist mit aller Kraft bestrebt, den Feldarbeiter während der Feldarbeit auf einen schier unzugänglichen Polizeiwinkel zu stellen und ihn von allen Beeinträchtigungen, die von auswärts kommen könnten, fernzuhalten. Nach aller Voraussicht wird das Gesetz die tiefgehende Unzufriedenheit der Landarbeiter nicht beheben, aber auch deren Ausdrücke nicht hintanhalten können. An bedrohlichen Uobergriffen aller Art ist das Landproletariat des Tieflandes bereits seit 7-8 Jahren genügend gewöhnt. Auch diese, sehr weitgehenden Verfügungen werden den Feldarbeitern die Auffassung, als ob ihr Wohlbefinden nur durch die Handhaben der Landbesitzer zu erhalten ist, nicht einpausen können. Das neue Gesetz wird die Landarbeiter nur noch mehr auf sich selbst anweisen, sie energischer machen in ihren Bestrebungen zur Beseitigung ihrer Lage. Sie werden sich inniger zusammenschließen, und dann wird das Gesetz das einzig gute Resultat zeitigen, nämlich die Organisation der Feldarbeiter in Ungarn gefördert und angefeuert zu haben.

* Wegen Raummangels verspätet.

45 M. Schneider in Deutschland. Gemeinschaftlicher Einkauf.

3 Fahrstühle in den 6 Etagen.

M. Schneider & Cie.

II. Spittelmarkt II.

Manufaktur- und Modewaaren-Haus I. Ranges. Eigene Weberei in Landeshut i. Schl.

Folgende reizende Weihnachts-Geschenke:

Für 1 Mark.

- Hauskleid, 6 Meter doppelt breit, sehr praktisch im Tragen.
- Blouse, 2 1/2 Meter doppelt breit, Schotten.
- Muffe, schwarz Kaninchen.
- Sophakissen mit Satinbezug und Lederrücken.
- 1 chinesis. Bambusmatte.

Für 2 Mark.

- Hauskleid, 6 Meter doppelt breit, sehr solid im Tragen, in elegantem Karton.
- 1 Theegedeck mit 6 Servietten.
- 1 Tuch-Unterrock.
- 1 plüschartige Tischdecke, 145/145 cm gross.
- 1 Gobelin, französisches Gewebe.

Für 5 Mark.

- 1 Strassenkleid, 6 Mtr. Cheviot, reine Wolle, in elegantem Karton, mit Seidenbesatz.
- 1 grosses imit. Angorafell.
- 1 reinwollene Steppdecke, 160/210 cm gross.
- 1 Axminster-Teppich, 135/200 cm gross, in reizenden Mustern.
- 2 seidene Schürzen, hochelegant.

Die altbekannte

Goldwaaren-Trauring- und Brunnentrage Fabrik

Carl Lützwow, Goldschmiedemstr.

20/21 Rosenthaler-Strasse

Reichhaltige Auswahl. Reparaturen gut und billig.

Passende Weihnachtsgeschenke.

J. Baer, Berlin N., 30109

nur Gesundbrunnen

26, Badstraße 26,

Ecke Prinzen-Allee,

Herren- u. Knaben-

Garderobe,

- Arbeitsachen -

Anfertigung nach Maass.



Elegante Mäntel und Pelzstoffe.

Elegante Stock- u. Lederaccessoires.

Reparatur für Gummischuhe.

H. Kuntze, Schuhmachermeister

83. Große Frankfurterstr. 83.

Größtes Schuhwaaren-Lager des Ostens

in eigener Handarbeit, Goodyear-Well- und echten amerikanischen Stiefeln.

Gründet 1875

Gründet 1875

Mohr'sche ff. Margarine

pro Pfund 70 Pfennig

Empfehle zum Weihnachtsfest

mein grosses Lager in

Uhren, Juwelen, Gold- u. Silberwaaren

Alfenide, Bestecke, gute Fabrikate

Juweller H. Zimmermann, Uhrmacher

206. Oranien-Strasse 206.

Eigene Reparatur-Werkstatt im Hause.

Werkstatt - Bekleidung

Blonsen Mäntel Mittel u. Höhe Blaue Arbeits-Anzüge

Adolf Wecker, Molkenmarkt 3.

Weihnachtsverkauf

Puppenwagen 1.50; Leiter u. Kastenwagen 2.50

Kinderstühle 3.-; Kinder-Sportwagen 5.50

Kinderwagen 8.- an; Triumpfwagen 1.80

Berliner Möbel-Halle (Norden)

120, Ackerstr. 120.

Wohlfühl-Präsentation

Rauchstiche, Cigarrenspindeln, Konsolen, Elagieren

Schirmständer, Handtuchhalter, Nähstiche, Säulen

Blumentische, Klaviersessel, Bauerntische

Teppiche etc. in reichhaltiger Auswahl zu billigen Preisen.

Carl Schloss

Wienerstrasse 22 und Grünauerstrasse 1,

direct am Görlitzer Bahnhof.

Die grösste Auswahl praktischer Weihnachts-Geschenke,

Reiderstoffe, Wäsche, Schürzen, Wollsocken und Unterzeuge

Puppen etc. etc.

Die Preise sind bis an die Grenze des Möglichen billig gestellt

Alles nicht Convenirende wird bereitwillig umgetauscht oder zurückgenommen.

Uhren- Goldwaaren-Versand.

Puppen Kugelgelenk etc. in grösster Auswahl

Mohr'sche ff. Margarine

pro Pfund 70 Pf., außerdem empfehle zum Weihnachtsfest

August Schulze

94/95 Alte Jakobstrasse 94/95

Goldwaaren, Uhren, Alfenide etc.

Verkauf frisch gel. schw. peelf. und finn. Fleisches.

Goldwaaren- Fabrik und Lager

G. Leweck, Goldarbeiter.

Steppdecken

Weihnachts-Geschenke.

B. Strohmangel, Berlin C., 72. Wallstraße 72.

Uhren- und Goldwaarenfabrik

C. Lübeck, Goldschmied, Berlin SO., Skalitzerstr. 135.

Musverkauf

Billiger als auf der Auction

Teppiche

Echt chinesisches Mandarinendaunen

Das Pfund Mk. 2.85

Teppiche

Dr. Schaper, Schönberg

Teppiche

Aluminium-Gebisse

Preis per Zahn inkl. Platte 4 Mark

Kautschuk-Gebisse

Preis per Zahn inkl. Platte 3 Mark

Waldemar und Reinhold Haupt

Dr. Ringelmann

Haut-, Harn- und Unterleibs-

J. Ch. Pollmann, Berlin C., 30. Linienstraße 30.

Bruch bandagen

100 humoristische Post-Witzkarten

S. Steinecke, Berlin, Chorinerstr. 6.

Maler!

Fr. Sensenhauserschen Buchhandlung

R. Blobel, Musikinstrumenten- und Musikalienhandlung

Zu kaufen gesucht

Mehl

E. Hoffmann

Weihnachtsfeste

Gustav Lustig

Spiel- u. Böttcherwaaren

G. Nibelchen

Carl Zobel, Herren- u. Knaben-Moden

Höchst beachtenswerth!

DAMENKLEIDERSTOFFE

in überraschend grosser
Auswahl
bei
S. Weissenberg,
Grosse Frankfurterstr. 125.

jeder Art gut und billig kaufen Sie wirklich am vortheilhaftesten

Bald unmöglich!
Aber doch bin ich im Stande, durch billigen Gelegenheits-Einkauf großer Böden Winterstoffe Anzüge, reines Kammgarn, für 30 M., Paletots für 24 M., Hüfen für 6 M. zu liefern. Fertige Anzüge für 11 M., Paletots für 10 M., Joppen 4 M., Hüfen von 1,50 M. an; eigenes Fabrikat. Nach wer Stoff hat, fertige Anzüge nach Maß, beste Futter, engl. Schnitt, für 18 M. Bei Einkauf von 10 M. fertiger Sachen eine Hufe gratis.
32538* Wanteufelder, 32, part.

Weihnachts-Ausstellung
des ersten optischen Instituts und Versandgeschäfts von
H. Richter,
Optiker,
Berlin, Spittelmarkt
Ecke Wallstr. Nr. 1.



Rathenower Neugold-Brillen und Pincenez,
garant. nie schwarz werdend, von Gold nicht zu unterscheiden **M. 2,50**
Nickelbrillen u. Pincenez M. 1,50 do. allerfeinste Qual. 2.
Rathenower Stahlbrillen 1.
Brillen u. Pincenez in echt Golddouble von 5 M. an; in massiv Gold 8 M., stärker 10 M., ganz stark 12 M.
Alles mit den besten Rathenower Krystallgläsern versehen.
Operngläser,
rein achromatisch, v. 5 M. an.
Richter's Opern- und Reiseglas



„Excelsior“
mit 8 Gläsern,
Kompaß, Leder 12 M.
Etuis u. Riemen
übertrifft anerkannt alles bisher
besseres Gebotene an Klarheit,
Schärfe, Leichtigkeit u. Billigkeit.
Letzte Neuheit!

Richter's Doppelfernglas No. 290
mit grossartiger Fernsicht,
in Form eines Kinn-
stehers, 8 Gläser, mit
altem Zubehör 12 M.
Operngläser
und **Krimstecher**
in jedem Genre.
Barometer, Thermometer,
Richter's Präzisions-
Holosterie- 10 M.
Barometer Nr. 590
mit bestem Werk. 17700*
Reisszeuge, Lesegläser,
Laterna magica
mit Petrolumlampe u. feinsten
Bildern von 2 M. an bis zu
den feinsten.
Rebelbilder-Apparate etc.



Modell-Dampfmaschinen
von 1,50 M. an.
Solomotiven, Lokomotiven u.
Elektrische Apparate.
Alles, wie bekannt, in vorzüg-
licher Ausführung bei grösster
Auswahl zu den billigsten Preisen.
Prompter Versand
nach auswärts gegen vorherige
Einsendung oder Nachnahme.
Preislisten
gratis und franko.
Sonntag von 8-1/2 Uhr. Sonntags
1/2-1/9 Uhr nachm. geöffnet.

Vortheilhafteste Bezugsquelle. Beste Fabrikate.
Uhren- und Goldwaaren-Fabrik
von **Reinhold Wankel,**
Brunnenstr. 163,
zwischen Anklamer- und Invaliden-Strasse.
Antimagnetische Uhren in Gold u. Silber.
Ringe, Armbänder, Brosche, Ohrringe.
Trauringe per Dukat 10,50 M.
Ketten in Gold (nach Gewicht)
Golddouble u. Silber.
Grösste Auswahl.
Billigste Preise.

Gegen Gefährdung, Gicht und Rheumatismus.
Loh-Tannin-, Heisstrockenluft- und Dampfkastenbäder
mit Verpackung, Massage.
Ritter-Bad, Bad Frankfurt,
18 Ritterstr. 18 (Ecke Pringestr.) 136 Gr. Frankfurterstr. 136.
Bäderlieferung für sämtliche Krankenkassen Berlins und Umgegend.

Deutsche Schuh-Fabrik
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.
Erfurt-Ilversgehofen
Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.

Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalbt, Spezialität, 7 M.
" " ohne Rahl, Spiegel 8,50 M.
" " Befehl u. Knopfbearbeitung 3,00, 4,50,
3,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.
" Agrarstiefel, Beize, 6,50, 7,50, 8,50 bis
18 M.
" Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den
verschiedensten Dessins und Preislagen.
Arbeitsschuhe, reell, solb, kräftig, 4,50 bis 6,50 M.
Schaftstiefel, Reitstiefel.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.
" Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befehl u. Knopf,
von 5,50 M. an.
" Schnürschuhe von 3,50 M. an.
" Hausschuhe von 3,00 M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe,
ausser solb gezeichnet.
zu anerkannt sehr billigen Preisen.
Ballschuhe in den geschmackvollsten Dessins von 2,50 M. an.
Gedöhte Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filz-
schuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf
die Sohlen aufgestempelt, daher jede Ueberschneidung
ausgeschlossen.

Verkaufsstellen:
Berlin SW, Belle-Alliance-
strasse 102.
C. Polentalestr. 63/64.
Stettin, Weichselstrasse 14.
Hannover, Klagenmarkt 7a.
Hamburg, Steinstrasse 10.
Bremen, Faulenstrasse 75.
Düsseldorf, Schadowstrasse 57.
Köln a. Rh., Eigelstein 66.
Frankfurt a. M., Hochstrasse
bez. 26.
München, Sendlingerstrasse 10.
Dachau, Dachauerstrasse 83.
Landshut, Landshuterstrasse 7.

Sonnabend: Koffer-Verkauf!
Aug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.
Brenner & Cie.,
Alte Jakobstrasse No. 57-59.

Gustav Scharnow
besteht **Uhrmacher** besteht
seit 1860. Berlin S. seit 1860.
Oranienstr. 152,
am Moritzplatz.
Grösstes Lager aller Arten Uhren, vorzügliche
Fabrikate, 5jähr. Garantie. Anerkannt billigste
Bezugsquelle. 30772*

Central-Korb- und Kinderwagen-Magazin
A. W. Schulz, 95. Brunnenstr. 95
direkt am Bahnhof Gesundbrunnen.
II. Geschäft (während der Weihnachtszeit):
151. Brunnenstr. 151 (Laden).
großer **Weihnachts-Ausverkauf** in:
Puppenwagen, Sport-, Kisten- u. Leiterwagen,
Nebenwagen, Triumpfwagen, Kinderklapp-
stühle, Kinderstühle und Stühle, sämtliche Korbwaren.
- Fernsprecher-Nr. III. Nr. 1767. -
Geöffnet bis 10 Uhr abends. Sonntags laut polizeilicher Bestimmungen.

5000
Heiz- und
Trocken-
Apparate
mit
Chamotte-
körper
werden von
heute ab in
unserem
Comptoir
D. R. P. 46 694.

Münzstr. 7, Hof parterre,
zum Verkauf gebrüt und gefärbt sind die
Pferde, so lange der Vorrath reicht, pro
Stück auf 2 Mark 25 Pf. Da
viele Nachahmungen sind, bitte
auf **Münzstr. No. 7** zu
achten, da andere nicht genügend Geiz-
trug besitzen. Geöffnet von 9-7 Uhr.
Auch Sonntags geöffnet.
Domke.

**Weihnachts-
Ausverkauf!**
Nach beendeter
Erntesaison verlaufe
„Engeln“ zu halben
Preisen: Winter-
jackets 5-15,
hochleg. Modell,
Kragen, Kappe,
Seidenplüsch,
Federkammer,
Eskimo 5-30,
Abendmäntel
auf beide Weisen, mit
reinen Pelzbelegen,
Strawfedern 7-30.
Max Mosezytz,
Landsbergerstr. 59
1 Treppe
fein Laden.

Grosse
Vorräthe
zurückgekehrter
Teppiche!!
Portièren!!
Gardinen!!
Steppdecken!!
erhaltenlich billig.
Teppich-Haus
Emil Lefèvre, Berlin S
Dranienstr. 158.
Prachtkatalog
mit buntsfarbigen Teppich-
Illustrationen, sowie circa 200
Gardinen- und Portièren-Abbil-
dungen in künstlerischer Aus-
führung auf Wunsch gratis und
franko! 29944*
Grösstes Teppichhaus
Berlins.

Weihnachts-Ausverkauf
**Gardinen-
Rester-Ausverkauf**
Älterer Winter in weich und erdme, zu
1-4 Fenstern passend, haltbar in dem
Gardinenfabrik-Lager von
Bruno Güther,
Berlin O., Gräner Weg Nr. 80
part. Eing. vom Jahr (kein Laden).
Reiszeiten treffen täglich ein.
Proben nach auswärts portofrei.
Sonntags geöffnet von 7 1/2-9 1/2 und
12 1/2-8 1/2 Uhr abends.

Club-Pfeifen,
March-, Shag-, Jagd-
Pfeifen aller Art.
Scheunert & Wirth,
O., Blumenstrasse 13.

Kur-Bade-Anstalt und Massage
für **Rheuma-, Gicht- und Nervenranke** veraltet
Leiden
von **H. Mania,** Brunnenstrasse No. 16. 30062*
Loh-, Dampf- und Heissluft-Kasten-Bäder,
Kohlensäure und andere medizinische, sowie Wannenbäder.
Lieferant u. Massour sämtlicher Ortskranken- u. Freier Hilfskassen.
Die Filiale nur für Massage ist Thurnstr. 46 (4-5 1/2 Uhr.)
Langjähriger, nicht in einigen Tagen ausgebildeter
Anstalts-Masseur.
NB. Bitte meine Anstalt nicht mit der Brunnenstr. 2 zu verwechseln

Arkonabad
34, Anflamerstr. 34 (Schrägüber der
Fionshirchstrasse).
Wannen u. medizinische Bäder sowie russisch-römisch
und vorzügliche Kastenbäder mit Einpaß u. g.
Kaffe u. l. w. Annahme ärztlicher Verordnungen
für Bäder der Orts-, Junungs-, Badris- und freien Dörfer
Krankenkassen Berlins und Umgegend. 30112*

Homöopath. Arzt **Dr. Hoersch,** Linienstr. 149, 8-1-
5-7, Sonntags 8-10, f. Brust-, Unterleibs-,
Frauen-, Kinder-, Haut-, Nervenkrankheiten
Poliklinik Lössenstr. 17, 2-3 Uhr. 3000L*

Münzel's ältestes bestrenommiertes
Loh-Tannin-Bad
Pantstraße 32.
Neu renovirt. Grösste Sauberkeit. Neue Decken.
Neue Wäsche. Peilon im Hause. Heißt über und radikal
Gicht, Rheumatismus, Haut-, Blut- u. Frauenkrankheit etc.
Täglich geöffnet für Damen u. Herren. Probirt mit Dankschreiben
Geheilte gratis und franco. Probirt 1 M. **B. Schneider.**
Loh-Tanninbäder für Krankenkassen.

Künstl. Zähne, vorzüglich, unter Garantie, fast schmerzlos ein-
zusetzen, schmerzlos Zahnziehen, Zahnschmerz beseitigt
unfehlbar sofort. Reparaturen. **Zeiglschilling, Goldstein, Drantenstr. 123.**
Konzeptionirte
Kur- und Bade-Anstalt Gr. Hamburgerstraße 20
(Bahnhof Börsen).
Spezialität: **potent. Seichtrodentium** 131/2-
(Kastenbäder und Inhalatorium)
Wannenbäder, sämtliche Wasseranordnungen (Kneipp'sche Gänge), **Strenge**
Kuren nach ärztlicher Vorschrift bei Gicht, Rheumatismus, Fettleibig-
keit, Nerven-, Unterleibs-, Haut-, Geschlechtsleiden.
Weiztl. **Dr. Hirschfeld,** Sprechstunden: tägl. 6-8 ab. Sonntag,
Oberleitung, **Montag, Donnerstag** auch 11-12 vorm.

Christbaumschmuck.
Grösste Auswahl in Glas- u. Lametta-Engeln, Engel-Lametta-Engel-
haar, Einstrahlenleuchter, Konfektbehälter u. Gr. Sortiment in Watten-
Christbaumschmuck. Billigste Bezugsquelle f. Händler u. Wiederverkäufer.
S. & G. Saulsohn, Berlin C., Kaiser Wilhelmstr. 19, No. 1200.

Uhren u. Goldschmuck umsonst
verlangt niemand, aber jeder kann verlangen, für sein Geld reell und
preiswerth zu kaufen. Ich offerire:
Uhren in Silber für Herren von 10,50 Mt. an,
Gold 45.-
Silber für Damen 12.-
Gold 24.-
Ringe für Damen in Gold 8.-
Ketten (sehr schön) 2.-
Ohrringe, Armbänder, Brosche, auch mit Brillanten,
ebenfalls außergewöhnlich billig, in jeder Preislage.

Reparaturen umsonst
bei Waaren, die von mir gekauft und ohne des Käufers Schuld
entworfte gegangen sind.
Hermann Gotthilf, Goldschmiedemeister,
S., Alexandrinenstr. 64 (Ecke Dresdenerstrasse).

Möbel-Gelegenheitskauf. Neue Schönhauserstr. 2
(früher Rosenstrasse 13)
Liefert bürgerliche Wohnung-Einrichtungen schon von 150 M. an.
Constante Zahlungsbedingungen, Lager gedrehter und verleiher
gewasener Möbel. Eigene Tapezier- und Dekorations-Berkschaft.
34974* Transport durch eigene Gespanne, auch nach auswärts.

Betten
Kompl. Bettstellen, groß u. neuem Federn,
Verticelle, Matratze und Kissen, alles
zusammen 23.-, Tafelbett kleiner 33.-,
43.-, 63.-, 73.- u. höher. Betten-
fabrik, Stand 10.-,
11,50, 18.-, 30.-
Die allerfeinsten, Stuplen
der Betten auf Wunsch
im Betteln der Käufer.
Bettstellen, deutsche u.
englische, für Erwachsene
und Kinder. **Polster-
Bettstellen, Chaiselongues, Matratzenfabrik, Kinderwagen,**
Kleinenwagen, hochmodern 10.-, 16.-, 20.- bis allerfeinsten, Kinder-
stühle, Puppenwagen.
Am III 5251.

Kinderwagen- und Schlafmöbel-Bazar „Baby“.
I. Hauptdenkmal 100, n. d. Markthalle. II. Alexanderstr. 44 (Alexanderplatz).
III. Drantenstr. 70, Ecke Kommandantenstr. IV. Reinoldenborferstr. 2 D-E.
V. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 22 I. Für Wiederverkäufer nur
Zusatzdenkmal 100. Auch Theilzahlung gestattet v. 1 Mt. an wöchentl.

Metzner's Korbwaren-Fabrik.
Berlin, Andreador 23, vis-à-vis dem Andreadorplatz.
II. Geschäft: **Pranzenstr. 95, vis-à-vis Gumboldtstr.**
III. Geschäft: **Wanteufelderstr. 67 (Wobbit).**
IV. Geschäft: **Veiszipgerstrasse (Spittel-Kosonnaden).**
Kinderwagen, grösstes Lager Berlins,
Kinderstühle gratis,
1000 Mark
zahle ich jedem, der mir in Berlin
ein größeres Kinderwagen-Lager
als das meine nachweist.
30959*